



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Deutscher Städtetag:

Überfällige Reformen

Tagung von Präsidium und Hauptausschuss in Frankfurt am Main

Mit Blick auf die gravierenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Landesbanken hat sich der Deutsche Städtetag bei seiner jüngsten Sitzung in Frankfurt am Main für ein rasches, tragfähiges Geschäftsmodell ausgesprochen. Wie der Städtetagspräsident, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude erläuterte, habe sich „auf dramatische Weise gezeigt, dass die Zahl der Landesbanken zu groß ist“. Ihre heutige Rolle als Geschäftsbank, Sparkassenzentralbank und Dienstleister der Sparkassen reiche nicht aus, um dauerhaft auch international wettbewerbsfähig zu sein und hinreichende Erträge zu erzielen.

Anders stelle sich dagegen die Lage bei den Sparkassen mit ihrem Regionalprinzip dar: „Die kommunalen Sparkassen mit ihrem Geschäftsmodell der Selbstständigkeit, dem dichten Filial-

netz in den Regionen und der Kundennähe haben sich in der aktuellen Finanzmarktkrise als



Christian Ude.

der stabilisierende Faktor erwiesen. Und das nicht nur für die Privatkunden und die Wirtschaft, sondern auch für das deutsche Bankenwesen“, betonte Ude. Würden die Sparkassen geschwächt, schade dies nicht nur

Bürgern und Wirtschaft, sondern auch dem deutschen Finanzmarkt insgesamt.

„Im Bereich der Landesbanken sind Reformen überfällig. Die Zeit drängt seit der Krise stärker denn je. Eine Übernahme von Sparkassen durch Landesbanken aber wäre der falsche Weg. Sie ist ökonomisch sinnlos, weil sie schwachen Landesbanken nicht auf die Beine hilft. Sie würde zudem das bewährte Geschäftsmodell der regional selbstständigen Sparkassen zerstören und wird deshalb von den Städten entschieden abgelehnt“, sagte der Städtetagspräsident. Auch Teilprivatisierungen der Landesbanken seien kritisch zu beurteilen.

Bestätigt durch Forsa

Bestätigt sieht sich der Deutsche Städtetag in seiner Haltung durch aktuelle Umfrageergebnisse von Forsa im Auftrag des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Danach spricht sich eine große Mehrheit von 83 Prozent der Bürgerinnen und Bürger dagegen aus, dass Sparkassen aus der Trägerschaft der Städte und Kreise herausgelöst und an private Investoren verkauft werden. Über zwei Drittel der Befragten wollen außerdem nicht, dass Sparkassen von Landesbanken übernommen werden können.

Ziel der notwendigen Konsolidierung der Landesbanken, so Ude, müsse es sein, deren Kapazitäten anzupassen und über veränderte Geschäftsmodelle dauerhafte (Fortsetzung auf Seite 4)

SGK-Landesversammlung in Nürnberg:

Pläne für die nächsten Jahre

Hände weg von den Sparkassen!

Bei ihrer zweitägigen Landesversammlung in Nürnberg haben die Landräte, Bürgermeister und Fraktionen der SPD mit einem einstimmig verabschiedeten Positionspapier inhaltlich Weichen gestellt. „Handlungsfähige Kommunen – Starke Partner“, so lautet der Titel des Forderungskatalogs an den Freistaat.

In ihrem 16-Punkte-Programm befasst sich die SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik) mit den wichtigsten gesellschaftlichen Fragen der Zeit.

Nicht nur Steuer-, Bildungs-, Gesundheits-, Kultur- und Mobilitätsfragen wurden dabei festgehalten. Die Kommunalpolitiker befassten sich auch mit der flächendeckenden Einführung kostengünstiger Breitbandtechnologien, Möglichkeiten der Verbesserung des bürgerschaftlichen Engagements, sowie die Forderung nach einer Stärkung der Zentralorte in ihrer Versorgungsfunktion. Mit dem Positionspapier ist dem neu gewählten Landesvorstand in Nürnberg nunmehr ein Arbeitsprogramm vorgegeben.

Dass die kommunalen Sparkassen ein Garant für das Geld

der Bürger sind war gemeinsamer Tenor der zweitägigen Landesversammlung der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Nürnberg.

Das Eigentum der Bürger erhalten

„Unsere Daseinsvorsorge muss auch in Europa erhalten bleiben. Sie ist Sinn der kommunalen Selbstverwaltung“, lautet eine These. Im Kern gehe es um den Erhalt des Eigentums der Bürgerinnen und Bürger. Dass die Gemeinschaft der Kommunalpolitiker dabei richtig liegt, zeige die augenblickliche Finanzmarktkrise mit aller Deutlichkeit, erklärte SGK-Landesgeschäftsführer Helmut Bertig in einer Presseerklärung. „Nur unsere öffentlich-rechtlichen Sparkassen, sowie die genossenschaftlich organi-



Prominenz beim Musikschultag (von links): Dr. Harald Fichtner, Oberbürgermeister der Stadt Hof, Wolfgang Greth, 1. Vorsitzender des VBSM, Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistages, Wissenschaftsminister Dr. Thomas Goppel, VBSM-Präsident Altlandrat Hanns Dorfner, Intendant Wilfried Anton und Ingrid Schrader, designierte Intendantin. Foto: Giegold

Bayerischer Musikschultag in Hof:

Zauberwort Flächendeckung

Mehr als 132.000 Kinder und Jugendliche lernen in Bayern an insgesamt 215 öffentlichen Musikschulen ein Instrument oder Singen. Von insgesamt gut 2.000 Gemeinden und Städten stellen 850 dieses Unterrichtsangebot in Kooperation mit dem Freistaat bereit. Unverkennbar ist allerdings das Stadt-/Land-Gefälle bei der Verfügbarkeit musikalischer Bildung. Wie diese Situation zu verbessern ist, war eine der zentralen Fragen, die beim 31. Bayerischen Musikschultag in Hof umfassend diskutiert wurden.

40 Prozent der Landkreise haben keine Musikschule, die Bevölkerung keinen zumutbaren Zugang zu musikalischer Bildung. „Der ländliche Raum darf nicht mehr nur als ‚Landschaft‘ definiert werden“, forderte demzufolge Festredner Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistages. Besonderes Verdienst

der Musikschularbeit sei vor allem die Vielfalt der Maßnahmen, die Musikschulen täglich verwirklichen und den Reichtum der bayerischen Kulturlandschaft prägen. Unüberhörbar seien die Ergebnisse dort, wo es Musikschulen gibt.

Zusammenarbeit der Kommunen

Für ein Drittel der Bevölkerung aber ist das Musikschulangebot nicht erreichbar oder zu teuer. Ihr Ausbau zu einem flächendeckenden Netz müsse die Infrastruktur der kommunalen Gebietskörperschaften nützen, so Zellner. So würde an jedem Standort einer Grundschule auch eine Musikschule oder eine Außenstelle zugänglich sein. Nur durch die Zusammenarbeit der Kommunen und der Landkreise könnten die Lücken im

Musikschulnetz geschlossen werden und ein komplettes Musikschulangebot für alle Bürger auch bezahlbar sein. Zellner bot den öffentlichen Sing- und Musikschulen an, künftig unter dem „Schutz des Schirms von 71 Landkreisen“ zu gehen – bestens geeignet für politische Absprache und Vernetzung – und betonte, dass der Bayerische Landkreistag „voll an der Seite“ des Musikschulverbandes stehe.

Initiative der KPv

Mit Blick auf die Initiative der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPv), „Jedem Kind ein Instrument“ meinte Zellner: „Die ‚Fachwelt‘ diskutiert über dieses Projekt und pendelt hin und her zwischen Begeisterung und Bedenken. Dabei ist ganz klar festzustellen, ein Instrument zu erlernen, kann ein wunderbarer Zugang zur Musik sein. Wenn diese Aktion richtig gelenkt wird, sollte man diesen Pflicht-Instrumentalunterricht als große Chance sehen und vor allem als faszinierende Vorstellung: Die besondere persönlichkeitsbildende Kraft der Musik und des Instrumentalspiels können (Fortsetzung auf Seite 4)

Fahrenschon fordert entschlossenes Handeln

Ein entschlossenes Handeln zur Wachstumsstärkung ist angesichts der Turbulenzen an den Weltfinanzmärkten und der zunehmenden Konjunkturrisiken auch in Deutschland alternativlos. Dies bestätigt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem aktuellen Gutachten“, erklärte Finanzminister Georg Fahrenschon in München.

Der bayerische Finanzminister Fahrenschon spricht sich deshalb für zielgenau wirkende steuerliche Entlastungen aus.

Der Sachverständigenrat hält Korrekturen bei der Unternehmensteuerreform und kritisiert die negativen Auswirkungen der Beschränkung der Verlustverrechnung. Von Nachbesserungen bei der Zinsschrankenregelung versprechen sich die Gutachter unmittelbar positive Auswirkungen auf die unternehmerische Investitionsnachfrage.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Dr. Ivo Holzinger.

ker deshalb auch von der staatlichen Politik und fordern dies in ihrem Positionspapier unisono. Der Nürnberger Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly erachtet in diesem Zusammenhang eine Wertdebatte für notwendig. Es (Fortsetzung auf Seite 2)

Sie lesen in dieser Ausgabe

Landtagssacharbeit beginnt im Dezember	Seite 2
FW-Landesdelegiertenversammlung in Wendelstein	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber:	
Koalitionsvertrag stärkt Kommunen	3
Energie- und Klimabeziehungen in der EU	3
Bayerische Landesausstellungen	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Energiefragen	5 - 13
Fremdenverkehr in Bayern	14
Rechtsfragen	14
Aus den bayerischen Kommunen	15 - 18
Sabrina: Das letzte Wort spricht nicht der Mensch	17
GZ-Exklusivbericht:	
Ein Tag im Biomasse-Kraftwerk	II/1 - II/2

Sacharbeit beginnt im Dezember

Landtag zunächst mit Fragen der Organisation und des Selbstverständnisses beschäftigt

Der am 28. September gewählte 16. Bayerische Landtag kommt langsam in Gang. Bevor Ministerpräsident Horst Seehofer am 3. Dezember die Regierungserklärung der CSU/FDP-Koalition abgibt, haben vergangene Woche im wesentlichen organisatorische Fragen die Sitzungen des Plenums mit nunmehr fünf Fraktionen bestimmt. Die teilweise Neufassung der Geschäftsordnung sowie Besetzung und Aufgaben der 12 Ausschüsse führe zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen zwischen Koalition und Opposition über Selbstverständnis und Verfassungsmäßigkeit des Parlaments, wobei sich CSU und FDP letztlich gegen SPD, Freie Wähler und Grüne durchsetzten.

Bisher hatte der Haushaltsausschuss 23, alle anderen Ausschüsse hatten 17 Mitglieder. Die Koalitionsfraktionen einigten sich darauf, dem Haushaltsausschuss 22 Sitze zuzuweisen, den Ausschüssen für Innere Sicherheit und Kommunale Fragen, für Bildung, Jugend und Sport sowie für Umwelt und Gesundheit je 20. Alle anderen bekommen 16 Sitze.

17 Ausschussmitgliedern benachteiligt hätte. Mit acht Abgeordneten hätte die stärkste Fraktion nur 47,06 % der Ausschusssitze. Ihr Gesamtanteil an den 187 Landtagsmandaten betrage aber 49,19 %. In 16-er Ausschüssen bekomme die CSU 50 %, was dem Ergebnis der Landtagswahl besser entspreche.

Eindeutige Entscheidungen

Das ließ die Opposition nicht gelten. Harald Güller (SPD) sah eine Verzerrung des Wählerwillens, wenn die vom Wähler unter die absolute Mehrheit gedruckte CSU sich aufwarte und bei Pattabstimmungen unwillkommene Anträge auch ohne absolute

Mehrheit abschmettern könne. Das sei verfassungswidrig und müsste vom höchsten Gericht überprüft werden. Diese Einschätzung machte sich sein Fraktionskollege Franz Schindler unter Hinweis auf frühere Landtagsausschuss-Besetzungen nicht ausdrücklich zu eigen; das stehe nicht in der Verfassung. Es bleibe jedoch der Versuch, das Wahlergebnis zu manipulieren.

Ulrike Gote (Grüne) meinte ebenfalls, die CSU verstehe die Geschäftsordnung als Instrument der Machtmanipulation. Tanja Schweiger (FW) befand, die ungerade Zahl der Ausschussmitglieder habe sich bewährt, weil sie eindeutige Entscheidungen voraussetze. Der FDP-Abgeordnete Tobias Thalhammer wies die Vorwürfe zurück und versicherte, gerade die FDP werde eine Schmälerung der Oppositionsrechte nicht hinnehmen. Die Koalitionsfraktionen setzten die neuen Ausschussstärken durch.

Besetzung im Dezember

Wie sich die 12 Ausschüsse künftig zusammensetzen und wer Vorsitzender bzw. Stellvertreter ist, wird sich erst Anfang Dezember bei ihrer Konstituierung zeigen. Die Führungspositionen werden nach einem ei-

genen Berechnungsverfahren verteilt. Das heißt, die CSU hat den ersten Zugriff, den dritten, sechsten, achten, zehnten und elften. Die SPD benennt für drei, neun und zwölf den Vorsitzenden, die Freien Wähler greifen an vierter Stelle zu, die Grünen an fünfter, die FDP an der siebenten. Sicher scheint nach bisherigen Fraktionsbeschlüssen nur, dass die CSU vorrangig beim Haushaltsausschuss zugreifen wird. Kandidat ist Georg Winter, von Beruf Diplomverwaltungswirt, der von der Fraktion zum Arbeitskreisvorsitzenden Haushalt gewählt wurde.

Viele Spekulationen

Den früheren Finanzminister und CSU-Vorsitzenden Erwin Huber wählte die Fraktion mit 47 gegen 37 Stimmen zum Arbeitskreisvorsitzenden Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie. Falls die SPD, wie angedeutet, als erstes den Bildungsausschuss greift, wird Huber Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Alles weitere gilt in den Fraktionen vorerst als Spekulation. Die Opposition scheiterte mit dem Vorschlag das Zugriffsverfahren sofort nach der Vollsitzung vorzunehmen. Sieben Wochen nach der Landtagswahl sei es an der Zeit, mit der Sacharbeit zu beginnen. CSU und FDP wollen die Ausschüsse Anfang Dezember konstituieren. Entscheidende Zeitverluste werde es nicht geben.

Bei weiteren Änderungen der

Die kommunale Selbstverwaltung stärken

Innenminister verhandelt mit Städten, Landkreisen und Gemeinden

Die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Kommunen neu zu ordnen, ist für die bayerische CSU/FDP-Koalition eine der wichtigsten Aufgaben, so Innenminister Joachim Herrmann im Pressegespräch. Er hat bereits Kontakt zu Städte-, Landkreis- und Gemeindegremien aufgenommen. Binnen Jahresfrist soll ein gemeinsames Konzept erstellt werden, das sowohl die kommunale Selbstverwaltung stärkt als auch die Verschlingung der Behörden von Bezirken und Ministerien bewirkt.

Die bestehende Aufgabenstruktur soll gemäß Koalitionsvertrag unvoreingenommen durchforstet werden, wie auch Ministerpräsident Seehofer bei Abschluss des Koalitionsvertrages schon angekündigt hatte (s. GZ 21/06.11.08). Herrmann erwartet keine ganz einfachen Verhandlungen. Es werde auch Widerstände gegen bestimmte Aufgabenübertragungen vom Staat bzw. von den Bezirksregierungen auf die Kommunen geben. Eine gewichtige Rolle wird dabei die finanzielle Ausstattung der Städte, Landkreise und Gemeinden spielen. Die Durchforstung der Zuständigkeiten sei jedoch absolut sinnvoll, betonte der Innenminister. **rm**

Geschäftsordnung setzten sich die beiden Koalitionsfraktionen gleichfalls gegen die Oppositionsanträge durch. Es wurden Beschränkungen der Redezeiten mit Ausnahmen beschlossen, wobei SPD, Grüne und Freie Wähler durchaus für eine grundsätzliche Beschränkung waren, weil nun fünf statt drei Fraktionen im Landtag sind.

Nicht durchsetzen konnten sich die drei Fraktionen u. a. mit dem Vorschlag, die im letzten Landtag eingeführte Ministerbefragung in eine Regierungsbefra-

gung auszuweiten, dass also nicht nur ein bestimmter Fachminister antworten müsse. Die Opposition konzidierte verfassungsmäßig jedoch, dass es letztlich das Recht der Staatsregierung sei, eines ihrer Mitglieder für die Regierungsbefragung zu bestimmen.

Erhöhung der staatlichen Fraktionszuschüsse

Einhellig war man für die Erhöhung der staatlichen Fraktionszuschüsse. Wenn auch nach Ansicht der Freien Wähler nicht alles in einem Zuge hätte geschehen müssen. Sie sollen von derzeit knapp 9,5 Mio. Euro pro Jahr auf gut 14 Mio. Euro steigen. Darin sind monatliche Kopfbeträge von knapp 3.000 Euro ebenso enthalten wie ein Bonus zwischen 45.000 und 90.000 Euro für die Opposition, weil sie die Ressourcen der Staatsregierung nicht nutzen können. Alle Fraktionen halten die Erhöhungen für maßvoll und berechtigt. Die Entscheidung fällt nächstes Frühjahr mit Verabschiedung des Staatshaushalts 2009/2010. **rm**

Zuordnung der Behörden als auch bei den Aufgabenzuweisungen.

Vollzugsaufgaben müssten grundsätzlich bei Landratsämtern, Städten oder Gemeinden angesiedelt werden ohne Beteiligungsverfahren durch die Regierung oder Sonderbehörden, regte Pointner an. Gutachterliche Beteiligungen seien möglich, lägen aber im Ermessen der Vollzugsbehörde. Alle Verwaltungsverfahren sollten möglichst nur von einer Behörde erledigt werden.

Weg vom „goldenen Zügel“

Pointner sprach sich für eine Vereinfachung der staatlichen Förderung, weg vom „goldenen Zügel“ aus. Die zeitgerechte Auszahlung der den Kommunen zustehenden Zuschüsse sei dringend notwendig. Der kommunale Finanzausgleich müsse reformiert werden und der kommunale Anteil von jetzt 11,7 % sei nach und nach zu erhöhen. Die Fördermittel für Hochbauten und Sanierungen müssten als Teil des zur wirtschaftlichen Stabilitätsstützung erforderlichen Förderprogramms aufgestockt werden, ebenso der KFZ-Steueranteil zum Ausbau und Unterhalt der Straßen.

Pointner abschließend: „Trotz der aufgrund der Finanzkrise schwieriger werdenden Wirtschaftslage müssen die Kommunen in die Lage versetzt werden weiter zu investieren. Dies gilt für alle Teile Bayerns, vor allem auch für den ländlichen Raum, denn nur dann können Arbeitsplätze gesichert oder neu geschaffen werden.“ **DK**

Exakte Berechnungen

CSU-Vizefraktionschef Thomas Kreuzer begründete dies damit, dass die von der Opposition ausdrücklich gewünschte Umstellung der Sitzberechnung auf ein neues Verfahren die CSU bei



Ab in die Sonne!

Buchen Sie Last-Minute-Schnppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

Pläne für die nächsten Jahre ...

(Fortsetzung von Seite 1) müsse geklärt werden wohin die Reise gehen soll und was der Gesellschaft das Allgemeinwohl wert ist. „Nur wir sind die, die Gier begrenzen wollen und die, die die Gier begrenzen werden, in Europa und in Deutschland!“ rief Maly unter Beifall.

Unterstützung aus Landtag und Bundestag

Unterstützung zugesagt wurde den Kommunalpolitikern aus der landes- und bundespolitischen Szene: Franz Maget, Fraktionsvorsitzender SPD-Landtagsfraktion, äußerte die Vermutung, dass der Finanzbedarf bei der Landesbank wohl deutlich höher sein wird als bisher angenommen. Deshalb müsse Bayern auch aus dem Staatsvermögen

Gelder bereit stellen. Und dies unabhängig davon, welche Neuordnung es künftig geben wird. Grundsätzlich dürfe dies aber nicht zu Lasten der Sparkassen gehen, die im Eigentum der Kommunen gerade in schwierigen Zeiten als Hort der Sicherheit von unschätzbarem Wert seien. Detlef Raphael, Geschäftsführer der BundesSGK, referierte, wie wichtig das Thema Daseinsvorsorge sei. Er wohnt darin ein „Topthema, das die Menschen betrifft und berührt“. Deshalb forderte er die Kommunalpolitiker auf: „Macht das Thema Europa kommunal!“

Holzinger im Amt bestätigt

Bei nur einer Enthaltung wurde der Memminger Oberbürgermeister, Dr. Ivo Holzinger, in Nürnberg als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik bestätigt. Holzinger sieht die SGK als wichtiges Bindeglied zwischen den Kommunen und der SPD-Landtagsfraktion.

Gerade für Regionen, in denen es keinen SPD-Abgeordneten gibt, nehme die SGK diese Funktion wahr. Die gemeinsame Linie bei der Forderung nach der Regionalschule betrachtet der Memminger OB als Ausdruck für die gute und enge Zusammenarbeit mit der Landtagsfraktion. „Doch es liegt noch viel vor uns“, so Holzinger. Gerade die neue Zusammensetzung des Landtags zeige Chancen auf, Dinge anzukurbeln die bisher nicht möglich erschienen. Er hält eine partielle Zusammenarbeit mit den Freien Wähler für nicht ausgeschlossen, da er im kommunalen Bereich viele Übereinstimmungen ausmacht. In Zukunft will die SGK ihre Präsenz in der Fläche erhöhen und sich als wichtige kommunale Kraft noch deutlicher positionieren. **HB**

Nach ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag wollen sich die Freien Wähler nunmehr auch auf Landesebene für mehr Bürgernähe einsetzen. Wie Landesvorsitzender Hubert Aiwanger bei einer Landesdelegiertenversammlung in Wendelstein hervorhob, „muss die Politik das Vertrauen der Bevölkerung wieder zurückgewinnen“. Die Bürger hätten ein Anrecht darauf, dass ihre Sorgen und Nöte ernst genommen werden und in die politische Tagesarbeit einfließen.

Die Freien Wähler wollen mit einem offenen Politikstil und der Suche nach den besten Argumenten unabhängig vom Parteibuch das „Blockdenken“ aufweichen und nach dem Vorbild gut funktionierender Kommunalparlamente eine ergebnisorientierte politische Kultur pflegen, bei der das Wohl der Bevölkerung im Mittelpunkt steht, fuhr Aiwanger fort. Nur so könne erreicht werden, dass sich die Bevölkerung in einem solchen Bürgerstaat wieder mehr mit einbringt anstatt dass Politik und Bevölkerung sich immer mehr voneinander entfremden.

Problemfelder angehen

„Die bevorstehende Rezession und die Zukunftsangst vieler unserer Bürgerinnen und Bürger können nur parteiübergreifend und gemeinsam gelöst werden, die Problemfelder müssen gezielt angegangen werden, die politischen Kräfte dürfen sich dabei nicht in einem Dauersehenswettbewerb gegenseitig neutralisieren“, mahnte der FW-Vorsitzende.

Weiterhin ein zentrales Thema der Freien Wähler ist die Bildungspolitik, wie der Landtagsabgeordnete Dr. Hans Jürgen Fahn bemerkte. In Kürze soll ein finanzierbares Konzept zur Bildung kleinerer Klassen und zur Einstellung von mehr Lehrern vorgestellt werden. Das Ziel von CSU und FDP, die Klassenhöchststärken binnen fünf Jahren auf 30 Schüler in weiterführenden Schulen und auf 25 in Grundschulen zu senken, sei für die Freien Wähler zu wenig, betonte Fahn. Der Abgeordnete plädierte zudem u. a. für eine

Suche nach den besten Argumenten

schutz über die Förderung regenerativer Energien bis zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements, sagte Muthmann.

Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen

Vordringlich aber sei die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In diesem Bereich habe die alte Staatsregierung in den vergangenen Jahren Mittel erheblich gekürzt; als Beispiele nannte der Landtagsabgeordnete Investitionsfördermittel für kleinere und mittlere Betriebe, Kürzungen für die Strukturförderung in der Landwirtschaft sowie die Vernachlässigung der notwendigen Infrastruktur, insbesondere auch beim „schnellen Internet“.

Entscheidungskompetenzen für Kommunen

„Besonders wirksam kann der ländliche Raum auch durch eine gute Finanzausstattung der Kommunen bei weit reichenden Gestaltungsspielräumen unterstützt werden“, machte Muthmann deutlich. Dazu sei die Bereitschaft der Staatsregierung notwendig, Entscheidungskompetenzen an die Kommunen abzugeben und die bestehende Vorschriftenflut endlich zu bekämpfen: „Man braucht nicht nach Brüssel oder Berlin zu schielen, da könnte der Bayerische Gesetzgeber auch als Vorbild wirken.“ Zudem könne dem ländlichen Raum sehr wirksam durch die Verlagerung öffentlicher Arbeitsplätze geholfen werden.

„Mehr Freiraum für die Kommunen“ forderte der ehemalige Freisinger Landrat Mdl Manfred Pointner. Dies könne erreicht werden durch den Abbau bürokratischer Hürden und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Die Freien Wähler forderten eine konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips sowohl bei der



Hubert Aiwanger.

der Gefahr, dass der ländliche Raum im Wettlauf mit den starken Wirtschafts- und Ballungsräumen mehr und mehr ins Hintertreffen gerät. Ohne eine starke politische Unterstützung sei diese Entwicklung des Bevölkerungsverlustes bei gleichzeitiger Überalterung und wirtschaftlicher Schwächung nicht zu vermeiden.

Politik zugunsten des ländlichen Raums sei in nahezu allen Themenbereichen möglich – von der Bildungspolitik über den Gesundheitsbereich, vom Umwelt-

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Bernhard Müller
97616 Salz
am 27.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Erich Schmid
94447 Plattling
am 3.12.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Franz-Xaver Eckl
94267 Prackenhach
am 8.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Energie- und Klimabeziehungen der EU mit Osteuropa:

Strategische Partnerschaft

Vortrag von Dr. Gerhard Sabathil, Direktor der Generaldirektion RELEX der Europäischen Kommission, bei der Europäischen Energiekonferenz in Erfurt

Mit der Initiative des integrierten Klima- und Energiemanagements hat die Europäische Kommission Entschlossenheit zur CO₂-Reduktion gezeigt. Damit ist die EU im Rahmen der UN-Kyoto-Ziele weltweit Vorbild. Die Europäische Energie- und Klimakonferenz in Erfurt griff diese wegweisenden Entscheidungen auf. Vertreter der Energieversorger und -verbraucher, der Kommunen, der KMU sowie der Europäischen Kommission erörterten die zentralen Fragestellungen nach einer zukünftigen alternativen Energieversorgung.

Über die „Energie- und Klimabeziehungen der Europäischen Union mit Osteuropa in einer Strategischen Partnerschaft“ referierte Dr. Gerhard Sabathil, Direktor der Generaldirektion RELEX der Europäischen Kommission.

Verhaltensänderung angemahnt

Wie Sabathil eingangs feststellte, offenbart ein kurzer Blick auf die europäische Energiebilanz, dass fast 37% des Energieverbrauchs im Jahr 2006 durch Öl gedeckt wurde; 24% entfielen auf Gas, 18% auf Kohle, 14% auf Nuklearenergie und lediglich 7% auf erneuerbare Energien. Derzeit werden etwa 60% des Erdgases, das in der EU konsumiert wird, importiert. Ohne Verhaltensänderung könnte

müsse. Er räumte freilich ein, „dass wir – auch bei effizienter Nutzung und dem verstärkten Einsatz von erneuerbaren Ener-



Dr. Gerhard Sabathil.

nerländern Ukraine, Aserbaidschan, Kasachstan und Turkmenistan Absichtserklärungen zu Energiefragen abgeschlossen. Mit der Ukraine unterhalte die Europäische Union eine gemeinsame Arbeitsgruppe zum Klimawandel, mit Russland wurde bereits im Jahr 2000 ein Energiedialog begonnen. Im Jahr 2004 unterzeichnete Russland das Kyoto-Protokoll, in der Folge führe die EU mit Russland einen Dialog über wirksame Klimaschutzmechanismen nach dem Jahr 2012.

Regionaler Energiedialog

Zusätzlich zu bilateralen Kooperationen mit Drittstaaten komme dem regionalen Energiedialog große Bedeutung zu, so Sabathil. Als herausragendes Beispiel nannte er das INOGATE-Programm und die darauf aufbauende Baku-Initiative, durch deren finanzielle Unterstützung seit Anfang der 90er Jahre wichtige technische Maßnahmen, etwa im Bereich der Instandsetzung veralteter Gasleitungen, in den osteuropäischen und zentralasiatischen Staaten mit großem Erfolg durchgeführt werden konnten.

Schwarzmeer-Synergie-Initiative

Die 2007 begonnene Schwarzmeer-Synergie-Initiative fördere wiederum die Zusammenarbeit zwischen den Staaten dieser Region unter anderem im Bereich strategisch wichtiger Energieinfrastruktur. So habe die EU-Kommission eine Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Energiekorridors durch das Kaspische und das Schwarze Meer unterstützt. Die Studie schaffe eine bessere Entscheidungsgrundlage für die verschiedenen Optionen, sei es per Pipeline oder per Schiff.

Sicherheitsverbesserungen an Nuklearanlagen

Auch im Bereich der nuklearen Sicherheit hat die EU durch Hilfen zur Modernisierung veralteter Reaktoren große Fortschritte mit den Partnerländern erreichen können, wie Sabathil erläuterte. Das hierfür geschaffene „Instrument für Zusammenarbeit im Bereich der nuklearen Sicherheit“ verfüge in den Jahren 2007 bis 2013 über ein Budget von 524 Millionen Euro. Mit diesem Geld würden beispielsweise der Tschernobyl-Fonds unterstützt und dringend notwendige Sicherheitsverbesserungen an Nuklearanlagen der ersten Generation aus Sowjetzeiten, etwa in Armenien, durchgeführt. Ende 2008 werde der europäische Rat über die Ausgestaltung einer Östlichen Partnerschaft beraten. Diese soll in erster Linie die Beziehungen zu Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldau und der Ukraine auf eine neue Grundlage stellen. In all diesen Initiativen spiele das Thema Energie eine Schlüsselrolle.

Infrastrukturelle Vernetzung

Von großer Bedeutung für die EU-Energiesicherheit sei auch eine bessere infrastrukturelle Vernetzung der EU-Staaten untereinander und mit den Transitstaaten. Insbesondere bisher vom gemeinsamen Markt abgegrenzte Energieinseln wie die baltischen Staaten müssten durch Verbindungen an die restlichen EU-Staaten angeschlossen

gen – auf absehbare Zeit von fossilen Energieträgern abhängig bleiben werden, besonders im Bereich der Gaslieferungen, die anders als Öl zum Großteil durch nur wenige Pipelines nach Europa gelangen“. Auch im Lichte neuerer Entwicklungen stelle dies schon kurzfristig die Frage nach der Energieversorgungssicherheit Europas.

Diversifizierte Anbindung

Die Ereignisse im Südkaukasus hätten deutlich vor Augen geführt, „dass politische Konflikte in Drittländern kurz- bis langfristige Veränderungen und Gefährdungen für die europäische Energiesicherheit bewirken können“, fuhr Sabathil fort. Auch Handelsdispute zwischen Liefer- und Transitländern bürden Gefahren für die europäische Energiesicherheit. Dies habe sich bei den Lieferunterbrechungen aufgrund der Preisdispute zwischen Belarus und Russland, bzw. der Ukraine und Russland in den vergangenen Wintern gezeigt. Ziel müsse es sein, eine diversifizierte Anbindung an Energieförderländer und Energierouten zu schaffen, so dass Versorgungsrisiken reduziert werden. EU-Instrumente, Verträge und Programme müssten mehr denn je genutzt werden, um in den Außenbeziehungen der EU die Energiesicherheitskomponente zu stärken.

Absichtserklärungen

In diesem Zusammenhang merkte der Generaldirektor an, „dass die EU-Kommission bereits sehr aktiv die Vertiefung der europäischen Energie- und Klimabeziehungen betreibt“. In den vergangenen Jahren habe man mit den Energie-Schlüsselpart-

GZ

Kolumne
Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser,

die Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP setzt die Leitplanken für die bayerische Politik in den nächsten Jahren. Für die Kommunen enthält dieser Vertrag eine Reihe von bedeutenden, meist erfreulichen Aussagen.

So sollen die Kommunen als Keimzellen des bürgerschaftlichen Engagements und insbesondere die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Dazu sollen weitere Aufgaben aus der Staatsverwaltung auf die Kommunen übertragen werden. In diesen Prozess sollen die Kommunen eingebunden werden und es soll ein eventuell erforderlicher Mehrbelastungsausgleich erfolgen.

Koalitionsvertrag stärkt Kommunen

Die Koalitionäre sprechen sich dafür aus, dass staatliches Handeln vom Grundsatz der Subsidiarität getragen sein muss. Es ist deshalb nur folgerichtig, dass die Aufgaben der Regierungen mit dem Ziel, möglichst viele davon auf die untere Verwaltungsebene (Landratsämter oder Kommunen) zu übertragen, überprüft werden sollen. Ebenso soll eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Kommunen erfolgen und die Aufgabenverteilung zwischen den kommunalen Ebenen (Gemeinden und Städte, Landkreise, Bezirke) soll optimiert werden. Gerne hören die Kommunen auch, dass die staatlichen Förderprogramme mit dem Ziel, die Verfahren zu vereinfachen, überprüft werden sollen.

Interessant werden wird auch die vorgesehene Einrichtung von Modellkommunen, die es erlauben soll, innerhalb eines gesetzlich zu definierenden Rahmens nach eigener Entscheidung von Landesrecht abzuweichen. Die Koalitionsvereinbarung sieht auch vor, in den Wahlgeset-



zen für die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge in den Gemeinderäten, Kreistagen und Bezirkstagen das Hare-Niemeyer-Verfahren einzuführen.

Von höchster Bedeutung für die Kommunen ist das Bekenntnis der Koalitionsparteien zum Konnexitätsprinzip, das die Kommunen vor Aufgabenübertragungen ohne angemessenen Finanzausgleich schützen soll. Der kommunale Finanzausgleich soll fortgeführt werden, damit die bayerischen Kommunen auch weiterhin im bundesweiten Vergleich finanziell gut dastehen. Für die kommunalen Schulen wird eine Erhöhung der Förderung angestrebt. Die Kommunen benötigen dringend eine deutliche Erhöhung der staatlichen Personalkostenerstattungen, ersparen sie doch dem Staat durch kommunale Schulen jährlich einen dreistelligen Millionenbetrag. Die Aussage, den kommunalen Straßenbau auch künftig angemessen zu fördern, hätte aus der Sicht der Kommunen durchaus kräftiger ausfallen dürfen.

Ein besonderes Augenmerk wird auf leistungsfähige kleine und mittlere Energieversorgungsunternehmen in kommunalem, genossenschaftlichem oder privatem Eigentum gelegt.

Alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Vorhaben stehen jedoch unter einem generellen Haushaltsvorbehalt. Am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts wird nachdrücklich festgehalten sowie ein Vorbehalt für unvorhergesehene Belastungen aus der Finanzmarktkrise und der Landesbank formuliert.

Die Koalitionsvereinbarung zwischen CSU und FDP stellt nach meiner Auffassung eine geeignete Grundlage für die Arbeit der Kommunen in den nächsten Jahren dar. Nun geht es darum, die Zielsetzungen und Vorhaben in praktische Politik umzusetzen und für unser Land nutzbar zu machen. Es liegt nun an der neuen Staatsregierung und am neuen Landtag, gemeinsam und partnerschaftlich mit den Kommunen die nächsten Jahre zu gestalten.

Ihr Gerhard Weber

Bayerische Landesausstellungen:

Ende und Anfang

Erfolgreiche Bilanz von „Adel in Bayern“

Fokus auf „Wiederaufbau und Wirtschaftswunder“ 2009 in Würzburg

Mehr als zufrieden stellend fällt die Bilanz der im Oktober zu Ende gegangenen Landesausstellung „Adel in Bayern“ auf Burg Hohenaschau und im Lokschnuppen Rosenheim aus: Insgesamt wurden 187.000 Besucher gezählt. Wie Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte, hervorhob, „haben wir zwar mit großem Interesse gerechnet“, jedoch übertreffe diese Zahl alle Erwartungen. Auch Peter Lutz, Geschäftsführer der Veranstaltungs-Kongress GmbH Rosenheim meinte: „Die Landesausstellung war für die Stadt Rosenheim ein wichtiges und gelungenes Projekt.“

Das auf der markanten Anhöhe inmitten des Orientals gelegene Burgschloss Hohenaschau entwickelte sich während der Sommermonate zu einem wahren Besuchermagneten. 106.000 Menschen besichtigten das größte und eindrucksvollste Exponat der Landesausstellung. „Unsere Gemeinde hat mit diesem Projekt nicht nur eine großartige logistische Aufgabe bewältigt. Ich

glaube, die Besucher haben sich hier auch sehr wohl gefühlt“, fasste Bürgermeister Werner Weyerer das Aschauer Großereignis zusammen. Zwar werde die Burg wieder in die Obhut der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zurückgegeben, doch im Rahmen von Führungen des Geschichtsvereins können die Räume zur Gerichtsbarkeit, zur Grundherrschaft und der einmalige Laubensaal weiterhin im Schloss Hohenaschau besichtigt werden.

Lange Schlangen

Auch das Ausstellungszentrum Lokschnuppen Rosenheim war mit 81.000 Besuchern hervorragend frequentiert. Gerade in den letzten Tagen waren an den Ausstellungskassen lange Schlangen zu verzeichnen, und wer keine Führung bekam, griff zu den Audio-Guides.

Erforschung neuer Energietechnologien

Größere Anstrengungen als bisher sind Sabathil zufolge auch zur Erforschung neuer, klimaschonender Energietechnologien nötig. Hier sei ein Strategischer Energietechnologieplan in Arbeit, der die Grundlage für gemeinsame Initiativen von öffentlicher Hand und Industrie zu Erforschung und Einsatz emissionsarmer und effizienter Technologien bilden soll. DK

Einwohner der unterfränkischen Residenzstadt. Auch die meisten anderen bayerischen Großstädte lagen in Trümmern. Familien waren zerrissen, Hunderttausende hatten keine Wohnung, Millionen hungerten oder waren auf der Flucht.

Waschmaschine und Toast Hawaii

Ganz anders jedoch sah die Situation in den frühen sechziger Jahren aus: Die Bayern erfreuten sich nach den Kriegswirren eines normalen Alltags und begannen, den erreichten Wohlstand in komfortablen Wohnungen zu genießen. Die Dynamik dieser Zeit zeigte sich in unterschiedlichen Bereichen: Hausfrauen hatten elektrische Helfer wie die Waschmaschine zur Hand und brachten Exotisches wie den Hawaii-Toast auf den Tisch, während im Wohnzimmer der Fernseher lief und vor der Haustür das Auto parkte.

Geschichte wird zum Erlebnis

Die Landesausstellung 2009 zeigt diese beeindruckende Entwicklung, erinnert aber auch an die Menschen auf der Schattenseite des Wirtschaftswunders. Im Stil der Zeit eingerichtete Wohnungen sowie Schlager und Filme lassen den Geist der Epoche wieder erstehen. So wird Geschichte zum Erlebnis – für Zeitgenossen, die in Erinnerungen schwelgen, und für Jüngere, die die faszinierende Zeit von Wiederaufbau und Wirtschaftswunder erleben möchten. DK

Anzeigen in der **GZ**
Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele
Telefon: 08171/9307-11
Fax: 08171/80514
Internet: www.gemeindezeitung.de
eMail: info@gemeindezeitung.de

dieser Wert im Jahr 2030 an 84% reichen. Im Ölbereich stammen bereits heute 84% des Konsums aus dem Ausland, was sich bis 2030 auf 93% steigern könnte. Bei der Hälfte des gesamten Energiekonsums hängt Europa derzeit schon von Importen ab, Schätzungen gehen von einer Abhängigkeit von 64% im Jahr 2030 aus. Im Ölsektor stammen ca. 26% des Gesamt-konsums von nur einem Anbieter, Russland. Ähnliches zeigt sich beim Gaskonsum, dort liefert Russland annähernd 30% der gesamten in der EU konsumierten Menge.

Schlüssel zum Verständnis der geostrategischen Herausforderungen

Energie war gerade in den Anfängen der Europäischen Integration kein Rand- sondern mit der Gründung von Euratom und EGKS Kernthema, betonte der Generaldirektor. Wie in den 50er Jahren sei Energiepolitik wieder „der Schlüssel zum Verständnis der geostrategischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts schlechthin“ geworden. Europa, wenn auch selbst relativ arm an fossilen Energieträgern, befinde sich dabei in einer begünstigten geographischen Lage: „Wir sind von Energielieferländern umgeben und müssen diese Gunst noch besser nutzen.“ Deutschland als größtes Mitgliedsland der EU sollte Schrittmacher sein für eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung.

Mit Blick auf anstehende Klimaverhandlungen in Posen und Kopenhagen verwies Sabathil darauf, dass die multilaterale Energie- und Klimadiplomatie Hochkonjunktur habe und die EU hier eine aktive Rolle spielen

Krankenhausfinanzierung:

Der Unmut bleibt

Ude und Zellner: Politische Einigung ist unzureichend!

Ärzte und Pfleger aus der gesamten Bundesrepublik haben bei einer Großdemonstration in Berlin ihrem Unmut über die Finanzmisere der Kliniken Luft gemacht. Mit Transparenten und Trillerpfeifen versammelten sich 130.000 Demonstranten am Brandenburger Tor. Klinikbetreiber, Ärzte, Schwestern, Kommunen und Gewerkschaften hatten gemeinsam zu der Demonstration „Lichter aus im Krankenhaus“ aufgerufen. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft warnte vor einer Wartelistenmedizin und schlimmen Folgen für Patienten.

Mehr als ein Drittel der Häuser stehe vor der Pleite, mahnte der Präsident der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Rudolf Kösters. Zwar hatte die Bundesregierung den 2100 Krankenhäusern in einem Notpaket nach monatelangem Streit zwischen Bund und Ländern wenige Tage vor der Kundgebung 3,2 Milliarden Euro zugesagt. Die Kliniken halten jedoch eine Finanzspritze von 6,7 Milliarden Euro für nötig. Auch einige man sich darauf, dass die gesetzlichen Krankenkassen ab 2009 achtprozentige Tarifsteigerungen für das Klinikpersonal mit 1,35 Milliarden Euro zur Hälfte übernehmen sollen. Gegen Stress in der Pflege und schwindende Attraktivität dieses Berufs sollen innerhalb von drei Jahren 21.000 Pflegestellen geschaffen und mit 660 Millionen Euro zu 70 Prozent bezuschusst werden.

Grundversorgung der Bevölkerung in Gefahr

Städtetagspräsident Christian Ude sagte auf der Kundgebung, wenn es so weiter gehe, sei die Grundversorgung der Bevölkerung in Gefahr. Ude: „Wenn die Kosten steigen für Personal, Energie und Sachkosten, wenn die Zahl der langwierigen Krankheiten in hohem Alter immer höher und kostspieliger wird, dann kann man die Einnahmen nicht immer mehr begrenzen. Genau das hat aber der Gesetzgeber mit der Limitierung der Budgets getan. Die Kosten steigen sprunghaft an. Die Einnahmen sollen weitgehend eingefroren werden. Das kann nicht gut gehen.“ Im Gesetzgebungsverfahren müssten die Hilfen des Bundes für die Kliniken deutlich verbessert werden, und die Länder müssten die Investitionsförderung erheblich erhöhen.

Privatisierungswelle

Wenn die Entwicklung so weitergehe, drohe ein Krankenhaussterben und eine Privatisierungswelle. Das würden auch die Patienten unmittelbar zu spüren bekommen, meinte Ude. Ein Kliniksterben im großen Stil würde die Grundversorgung der Bevölkerung gefährden. Bund und

Länder dürften nicht warten, bis es zu spät ist und die Menschen merken, dass das Krankenhaus in ihrer Nachbarschaft schon verschwunden sei.

Hochwertige Leistungen

Die Städte wollten für ihre Krankenhäuser nicht mehr, aber auch nicht weniger als eine Vergütung, die den hochwertigen medizinischen und pflegerischen Leistungen für die Patientinnen und Patienten gerecht werde, machte Ude deutlich. „Die Krankenhäuser müssen für die Versorgung einer immer älter werdenden Gesellschaft so ausgestattet sein, dass dort gute medizinische Leistungen erbracht und die Patienten gut betreut werden können. Der Gesetzgeber kann uns nicht einfach schwer kranke Menschen vor die Tür setzen und sagen: Seht zu, wie ihr zu recht kommt.“ Gerade kommunale Krankenhäuser leisteten vieles, was zwar unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten keineswegs profitabel ist, aber für eine funktionierende Gesundheitsversorgung der Bevölkerung unerlässlich sei, wie eine umfassende Notfallversorgung rund um die Uhr.

Unterfinanzierung der Betriebskosten

Auch der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, bezeichnete die politische Einigung über das Rettungspaket für Krankenhäuser als unzureichend: „Zwar kommt uns der Bund mit dem in Aussicht gestellten 3-Milliarden-Hilfspaket entgegen, mit dem Bayern etwa in Höhe von 430 Millionen Euro entlastet wird. Jedoch sind die Maßnahmen bei Weitem nicht ausreichend, um die Unterfinanzierung der Betriebskosten durch die Personal- und Energiekostensteigerungen auszugleichen.“

Das Rettungspaket weise nicht nur von seiner Höhe her Unzulänglichkeiten auf, sondern auch von seiner inneren Struktur, fuhr Zellner fort. Viele Einzelaspekte wie etwa der Einstieg in die Förderung von Neueinstellungen im Pflegedienst oder die Grundlohnratesteigerung wirk-

ten erst in der Zukunft. Zudem könnten von der Neueinstellung von Pflegekräften nur solche Häuser Gebrauch machen, die auch die anteilige Eigenfinanzierung schultern können. Auch der Wegfall des Sanierungsbeitrags zum 1. Januar 2009, der mit dem Wettbewerbstärkungsgesetz eingeführt worden war, helfe den Krankenhäusern in ihrer heutigen defizitären Situation nicht weiter. Zellner: „Einzig positiver Aspekt des Entwurfs für ein Krankenhausfinanzierungsrahmengesetz ist die Tatsache, dass einzelne Länder entgegen dem Ansinnen des Bundes an der Einzelförderung bei den Investitionskosten der Krankenhäuser festhalten können. Gerade vor dem Hintergrund der besonderen Struktur des Freistaats können wir die Bayerische Staatsregierung nur darin unterstützen, an diesem Grundpfeiler der dualistischen Krankenhausfinanzierung festzuhalten.“

Weg frei für Entlastungen

Laut der damals noch amtierenden Sozialministerin Christa Stewens „ist der Weg frei gemacht für die Entlastung der Krankenhäuser und damit für unsere gute Patientenversorgung“. Bund und Länder seien große Schritte aufeinander zugegangen und hätten dadurch eine Einigung in der Krankenhausfinanzierung erzielt. Gerade in ei-

Überfällige Reformen ...

(Fortsetzung von Seite 1) haft auskömmliche Erträge bei überschaubaren Risiken zu sichern. Dort, wo es wirtschaftlich erforderlich ist, müssten im Bereich der Landesbanken größere Einheiten gebildet werden statt auf wirtschaftlich nicht tragfähige „Stand alone“-Lösungen zu setzen.

Warnung vor Schwächung der Sparkassen

Ude warnte zudem vor einer Schwächung der Sparkassen durch eine Zusammenlegung der Einlagenversicherungsfonds der öffentlichen Banken, Genossenschaftsbanken und der Privatbanken. Eine Zusammenlegung würde dazu führen, dass Sparkassen und Genossenschaftsbanken völlig zu Unrecht auch für Schieflogen der privaten Großbanken haften müssten, mit denen sie im Wettbewerb stehen. Dies würde nicht nur den Kommunen, ihren Bürgern und der

nem Flächenstaat wie Bayern sei die wohnortnahe medizinische Versorgung der Bürger ein hohes Gut, das nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

Unterschiedliche Interessen

Stewens betonte, durch die Einigung zwischen Bund und Ländern sei ein „gordischer Knoten“ zwischen unterschiedlichen Interessen von Bund und Ländern durchschlagen worden: Die wichtigste Botschaft sei: „Die verpflichtende Einführung von Investitionspauschalen ist vom Tisch. Die Länder bleiben Herr des Verfahrens und haben es selbst in der Hand, ob sie Investitionspauschalen einführen wollen oder Einzelförderungen beibehalten. In Bayern hat sich der Weg der bedarfsgerechten und gezielten Einzelförderung sehr bewährt - dieser Weg hat Zukunft!“ Bund und Länder werden eine Arbeitsgruppe einrichten, die bis 31. Dezember 2009 Grundsätze zu den Investitionspauschalen erarbeiten soll.

Teure Investitionspauschalen

Stewens erläuterte die ablehnende Haltung Bayerns zu den Investitionspauschalen: „Durch pauschale Investitionszuschläge muss ein Krankenhaus Baumaßnahmen über Kredite finanzieren. Diese Zinslast verteuert die Investitionen erheblich, denn sieben Prozent Zinsen über eine Laufzeit von 20 Jahren verdoppeln die Kosten. Es ist nicht einzusehen, dass Kassengelder oder Steuermittel dafür verwendet werden, die Umsätze der Banken zu steigern.“ DK

mittelständischen Wirtschaft schaden, sondern auch dem Finanzsystem in Deutschland.

Kinderbetreuung

Weiter auf der Tagesordnung stand unter anderem das Thema Kinderbetreuung. Der Deutsche Städtetag rief die Länder dazu auf, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen, damit die fehlenden Plätze für einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr zum Jahr 2013 überhaupt geschaffen werden können. Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, bemerkte, nähmen die Städte viel Geld in die Hand und bauten das Angebot für Kinderbetreuung Schritt für Schritt aus. Sie stünden zu ihrer Verantwortung. Auch die Bundesmittel von insgesamt 4 Milliarden Euro seien sehr hilfreich. Doch könne mit diesen Summen allein objektiv das ehrgeizige Ziel nicht erreicht werden, für durchschnittlich 35 Prozent der unter Dreijährigen Plätze zu schaffen und darüber hinaus sogar einen Rechtsanspruch zu verwirklichen.

Länder sind in der Pflicht

Articus verwies darauf, dass die Länder nach den jeweiligen Konnexitätsregelungen in den Landesverfassungen in der Pflicht stehen, die finanziellen Belastungen der Kommunen durch die zusätzlichen Betreuungsangebote auszugleichen, denn die Länder haben das Kifög landesrechtlich umzusetzen: „Bisher geben aber einige Länder nicht einmal die vom Bund zur Verfügung gestellten Betriebskosten für die Kindergärten eins zu eins an die Kommunen weiter, sondern stecken sie in die eigene Tasche. Das Geld wird aber dort gebraucht, wo die Betreuungsplätze entstehen, nämlich in den Städten“, so der Hauptgeschäftsführer Articus abschließend. DK

Zauberwort Flächendeckung ...

(Fortsetzung von Seite 1)

te künftig allen Kindern zugute kommen, und erheblich mehr Menschen als bisher würden ein Leben führen, zu dem auch ein Musikinstrument gehört.“

Die Bedeutung der Sing- und Musikschulen in Bayern unterstrich Dr. Thomas Goppel noch in seiner Funktion als Kunstminister: „Die Sing- und Musikschulen sind ein tragendes Fundament der Musikkultur im Freistaat. Sie stellen im ganzen Land ein umfassendes und differenziertes Angebot an musikalischen Grundfächern sowie an Vokal- und Instrumentalunterricht bereit. Hier werden Talente geweckt und nachhaltig gefördert. Die Sing- und Musikschulen bilden weithin das Nachwuchs-Reservoir für die gesamte Palette der Laien-, aber auch der Berufsmusik aus.“

Miteinander von Staat und Kommunen

Die Sing- und Musikschulen leisteten aber auch wichtige erzieherische Arbeit, so der Minister. Wer ein Musikinstrument erlerne, übe zugleich andere Fähigkeiten ein, wie etwa Konzentrationsfähigkeit und Selbstenbewusstsein sowie Ausdauer und Disziplin. Als bedeutende kulturelle Einrichtungen gestalteten die Sing- und Musikschulen zudem das künstlerische Leben in ihrem kommunalen Wirkungsbereich aktiv mit. Das Spektrum reiche von der musikalischen Umrahmung öffentlicher Anlässe über Konzerte und die Beteiligung am öffentlichen Kulturpro-

gramm bis hin zu Partnerschaften mit europäischen Nachbarn. Goppel warb für ein verstärktes Vernetzen der Bildungspartner Musikschule, allgemein bildende Schule und Kindergärten: „Wir müssen soweit kommen, dass die Musik zum Tag gehört wie alles andere auch.“ Vor allem plädierte der Minister für ein besseres Miteinander von Staat und Kommunen und verwies darauf, dass die Musikschulen von den jüngsten Sparrunden ausgenommen gewesen seien und jetzt sogar mehr Mittel bekämen. Diesen Fortschritt gelte es für die nächsten Jahre festzuschreiben.

Besser vernetzen

Um sich zeitgemäßer aufzustellen, müssten sich die Musikschulen besser vernetzen. Ziel sei es, die Musik in die allgemein bildenden Schulen, Kindergärten und in die Ganztagesklassen zu bringen. Der Präsident: „Das ist eine Forderung der Zeit, die Bereitschaft von beiden Seiten benötigt. In Hof sind viele dieser „zukunftssträchtigen Projekte“ bereits Realität. Wir haben eine Umfrage unter den Musikschulvertretern gemacht. Das Ergebnis: Es gibt viele sehr positive Beispiele, allerdings auch negative. Die Finanzierung ist immer ein Problem – im Wesentlichen hängt das Ganze viel zu sehr von den Persönlichkeiten vor Ort ab, davon, wie sich Musikschulleiter und Schulleiter verstehen. An diesem Punkt greifen wir als Verband ein. Wir ermuntern hier beide Seiten und sprechen auch mit den jeweiligen Schulältern. Sie sollen Projekte nicht nur dulden, sondern fördern.“ DK

Carl-Orff-Medaille für Manfred Ach

Für besondere Verdienste um das bayerische Musikschulwesen verlieh der VBSM die Carl-Orff-Medaille an Manfred Ach, Präsident des Bayerischen Blasmusikverbandes (BBMV). Der Politiker Manfred Ach tritt seit vielen Jahren für die Belange der musikalischen Jugendarbeit in Bayern ein. So hat er u. a. als BBMV-Präsident gemeinsam mit VBSM-Präsident Hanns Dorfner im Januar 2005 eine gesamt-bayerische Kooperationsvereinbarung mit dem Ziel einer vertieften Zusammenarbeit auf Orts-, Regional- und Landesebene unterzeichnet. Im März 2005 haben die Präsidenten der beiden Musikverbände mit den Staatsministerien für Wissenschaft, Forschung und Kunst sowie für Unterricht und Kultus in einer Vereinbarung beschlossen, die „Zusammenarbeit bei der Umsetzung des musikalischen Bildungsauftrags der allgemein bildenden Schulen bzw. der Musikschulen“ zu intensivieren. Manfred Ach hat mehrere parlamentarische Abende angeregt, mit deren Hilfe die Kooperationsarbeit aller beteiligten Institutionen politische Unterstützung fand. Im Jahr 2007 ehrte der Bayerische Musikrat Ach mit seiner höchsten Auszeichnung, dem Silbernen Wirbel. DK

Wachstumskräfte stärken

„Die Wachstumskräfte zu stärken und die Investitionsfähigkeit mittelständischer Betriebe zu sichern hat höchste Priorität“, erklärte Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil zu den Wachstumswahlen für das 3. Quartal, die das Statistische Bundesamt veröffentlichte. Entscheidend sei jetzt, dem Hilfsprogramm für die Finanzwirtschaft ein wichtiges Wachstumspaket für die Realwirtschaft folgen zu lassen. Dazu gehörten Steuerentlastungen für alle.

Auf Landesebene will der Minister die Zukunftsprogramme der Staatsregierung zügig vorantreiben. „Um einer Kreditlemme im Mittelstand vorzubeugen und die Mittelstandsfinanzierung zu sichern, werden wir auch das Instrumentarium der LfA voll nutzen“, kündigte Zeil an. Der weltweite Konjunkturreinbruch treffe die stark exportorientierte bayerische Wirtschaft hart. „Die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Betriebe, ihre Innovationskraft und das erreichte hohe Beschäftigungsniveau machen den Freistaat robuster gegen eine Wirtschaftslaute. Insgesamt wird sich Bayern dem allgemeinen konjunkturellen Abwärtstrend aber nicht entziehen können“, so der Minister. □



Bayerische Landessiedlung®
STANDORTENTWICKLUNG UND STÄDTEBAU
KOMMUNALE ENTWICKLUNG
WOHNUNGS- UND EIGENHEIMBAU



Projekt- und Gemeindeentwicklung
in Partnerschaft mit den Kommunen

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14 · 81669 München

Tel. (0 89) 23 87-0 · Fax (0 89) 23 87-99
info@bls-bayern.de

Obersee, Oberfranken
Umfeldplanung u. integriertes
Entwicklungskonzept der Thermo

www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

E.ON Bayern Vertrieb passt Erdgaspreise an

Beschaffungskosten infolge des Ölpreisrekords im Sommer drastisch gestiegen

Die E.ON Bayern Vertrieb GmbH passt zum 1.12.2008 die Erdgaspreise für Privat- und kleinere Gewerbekunden an. Mit Erdgas versorgt die E.ON Bayern Vertrieb Kunden in Oberfranken sowie in Teilen Unterfrankens und Ostbayerns. Ursache für die Preisanpassung sind die im ersten Halbjahr 2008 um rund 50 Prozent gestiegenen Ölpreise, die im Sommer ein neues Rekordniveau erreichten. Die Preisentwicklung beim Öl wirkt sich mit durchschnittlich sechsmonatiger Verzögerung auf die Beschaffungskosten für Erdgas aus. Gleichzeitig bietet das Unternehmen allen Privat- und kleineren Gewerbekunden ein neues Festpreisprodukt sowie ein Produkt mit geringerem Preis bei längerer Laufzeit an.

„Im Interesse unserer Kunden halten wir die Erdgaspreise in den Monaten Oktober und November trotz erheblich gestiegener Beschaffungskosten weiter stabil. Damit gehen wir bis an die wirtschaftlich gerade noch vertretbare Grenze. Denn eigentlich hätten wir - wie mehr als 300 andere Anbieter - die Preise bereits zum 1. Oktober anheben müssen. Ab Dezember können aber auch wir uns der weltweit drastischen Verteuerung von Erdgas nicht länger entziehen“, sagte Otmar Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH. Zisler wies darauf hin, dass zahlreiche Wettbewerber ihre Erdgaspreise bereits in den letzten Wochen um teilweise annähernd 30 Prozent erhöht hatten.

Voll wettbewerbsfähig

Der Erdgaspreis für E.ON BestpreisGas (Stufe 3) steigt ab dem 1.12.2008 um rund 0,93 Cent pro Kilowattstunde (brutto). Für Kunden mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden bedeutet das Mehrkosten in Höhe von rund 15,50 Euro pro Monat (brutto). Damit liegt die Steigerung bei rund 12 Prozent. Die Erdgaspreise von E.ON Bayern Vertrieb blieben aber auch nach der Anpassung voll wettbewerbsfähig, so Zisler.

Auch in Ländern ohne Ölpreisbindung unterscheidet sich der längerfristige Preistrend bei Erdgas nicht von der deutschen Marktsituation. Hintergrund dafür ist vor allem die weltweit anhaltend hohe Nachfrage und die begrenzte Verfügbarkeit von Erdgas.

„Wenn die Ölpreise auf dem derzeitigen Niveau bleiben oder sogar noch weiter sinken, werden wir unsere Preise im kommenden Frühjahr wieder senken. Darauf können sich unsere Kunden verlassen“, sagte Zisler. Erst im vergangenen Jahr hatte E.ON Bayern Vertrieb die Erdgaspreise zweimal gesenkt und damit niedrigere Beschaffungskosten infolge gesunkener Ölpreise an die Kunden weitergegeben. Zisler: „Die Ölpreisbindung ist keine Einbahnstraße, sondern sie wirkt mit zeitlicher Verzögerung in beide Richtungen.“

Neues Festpreisprodukt

„Wir wissen, dass steigende Energiepreise für unsere Kunden eine große Belastung sind. Zwar können wir den weltweiten Trend steigender Energienachfrage bei begrenzten Ressourcen nicht stoppen, aber wir wollen unseren Kunden mit dem neuen Festpreisprodukt E.ON Erdgas speziell die Möglichkeit bieten, ihre Kosten besser zu kontrollieren“, sagte Zisler.

Gegen eventuelle Preissteigerungen können sich E.ON Erdgas spezial-Kunden vom 1. Dezember 2008 bis zum Jahresende 2009 mit einem monatlichen Garantiebetrags in Höhe von 4 Euro absichern. Der Preis ist nach oben fest und nach unten flexibel. E.ON Erdgas spezial-Kunden profitieren also von möglichen Preissenkungen, sind aber vor

vertrieb.com abgerufen werden.

Einigung mit Bundeskartellamt

Das Bundeskartellamt hat die Ermittlungen im Hinblick auf die Erdgaspreise für Privat- und kleinere Gewerbekunden von sechs regionalen E.ON-Unternehmen, darunter auch E.ON Bayern Vertrieb, eingestellt. Zuvor hatte E.ON freiwillig finanzielle Zusagen zugunsten der Kunden gemacht. Davon profitieren auch die Kunden von E.ON Bayern Vertrieb: Trotz erheblich gestiegener Beschaffungskosten hält das Unternehmen die Gaspreise im Oktober und November weiter stabil, und die Kunden erhalten einen Bonus in Höhe von rund 36 Euro. Um diesen Betrag mindert sich die jeweils nächste Jahresrechnung. Die Kunden brauchen selbst nichts zu unternehmen, die Jahresrechnung wird automatisch um den Bonus gekürzt. □

Preiserhöhungen geschützt.

Günstigere Preise bei längerer Vertragsbindung

Kunden, die sich für mindestens ein Jahr binden, können mit E.ON Erdgas aktiv im Vergleich

zur Grundversorgung sparen. Der Preis reduziert sich dann um rund 5,70 Euro im Monat bei einer jährlichen Abnahmemenge von 20.000 kWh. Das Angebot richtet sich an alle Privat- und kleineren Gewerbekunden der E.ON Bayern Vertrieb. Andere Verträge können jederzeit auf E.ON Erdgas aktiv umgestellt werden.

Die E.ON Bayern Vertrieb informiert ihre Erdgaskunden in den kommenden Wochen schriftlich über die neuen Preise und Angebote. Zusätzliche Informationen und vielfältige Tipps zum Energiesparen können im Internet unter www.eon-bayern-

Erste Bohrung der E.ON Bayern Wärme erfolgreich

Die erste Bohrung für das Geothermie-Projekt der E.ON Bayern Wärme GmbH in Poing ist erfolgreich abgeschlossen. Ende Oktober wurden die gründlichen Maßnahmen zur Untersuchung der Bohrung weitgehend beendet und das Bohrloch verschlossen.

Das zur Verfügung stehende Thermalwasser weist eine Temperatur von ca. 80 °C auf - so das vorläufige Ergebnis. Die förderbare Menge liegt bei deutlich über 70 l/s.

Aufgrund dieser Rahmendaten wäre die Bohrung an der Senator-Gerauer-Straße grundsätzlich als Förderbohrung geeignet. Die angetroffenen hervorragenden Durchlässigkeiten eröffnen aber genauso gut eine Verwendungsmöglichkeit als Reinjektionsbohrung. Welche der Bohrungen schließlich als Förder- bzw. Reinjektionsbohrung in Frage kommt, wird erst nach Feststellung der Fündigkeit am

zweiten Bohrloch entschieden.

Derzeit läuft die Vorbereitung des Bohrplatzes und der Bohrung (Sicherheitsrohrtour) in knapp zwei Kilometer Entfernung auf Plieninger Grund in der Nähe des Otterberger Wegs. Die E.ON Bayern Wärme GmbH, eine hundertprozentige Tochter der E.ON Bayern AG, wird die zweite Bohrung (Tiefenbohrung) gegen Mitte November in Angriff nehmen. Die Zieltiefe beträgt hier 2.800 m. Geht auch hier alles glatt, kann gegen Mitte Februar mit dem Abschluss der Bohrarbeiten gerechnet werden; die Feststellung der Fündigkeit kann dann bis Frühjahr 2009 vorliegen. □



Papa spart jetzt 150 Euro beim Strom – und genießt mit E.ON Bayern Kunst und Kultur!

Kunst bereichert unser Leben und beschert uns unvergessliche Stunden. Deshalb unterstützen wir Kulturprojekte und Künstler – für kulturellen Hochgenuss in unserer Region.



Sparen Sie 150 Euro beim Strom – wertvolle Tipps finden Sie im EnergieSpar-Paket:

www.eon-bayern.com/energiesparen

Mit Sicherheit faire Preise

e.on | Bayern

Wegen der Koppelung an den Ölpreis:

Die Gaspreise werden auch wieder sinken

Wirtschaftsminister Glos kündigt scharfe Überwachung der Unternehmen an E.ON-Preisermäßigung im Frühjahr

Mehr als 110 der annähernd 750 Gasversorger in Deutschland haben nach Angaben des Verbraucherportals Verivox für November oder Dezember dieses Jahres Preiserhöhungen angekündigt. Diese aktuellen und angekündigten deutlichen Gaspreiserhöhungen haben in der Öffentlichkeit Irritationen und Ärger ausgelöst. Dies vor allem, weil die Ölpreise zuletzt deutlich gefallen sind, denn die Gaspreise folgen grundsätzlich dem Ölpreis.

Hintergrund für diese Zusammenhänge ist die Bindung der Importpreise für Erdgas mit einem Zeitverzug von etwa einem halben Jahr an die Ölpreis- bzw. Heizölpreisänderungen. Diese Preisbindung kann nicht nur zu Preiserhöhungen, sondern auch zu Preissenkungen führen, wie sich an der jüngsten Ölpreis-Entwicklung ablesen lässt. Erste zaghafte Preissenkungen gibt es inzwischen auch.

Begründet werden die jetzigen Gaspreiserhöhungen mit der Entwicklung der eigenen Bezugspreise, die in der Vergangenheit im Gefolge des Ölpreises stark gestiegen waren. Nach dieser Logik ist aber auch die nächste Gaspreissenkung bereits absehbar. Denn die Ölpreise, die im Spätsommer zeitweise um die 150 Dollar je Barrel (159 Liter) erreicht hatten, sind im Zuge der Finanzmarktkrise inzwischen kräftig zurückgegangen auf unter 70 Dollar.

Einfache Regel

Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, sagte hierzu: „Bei den Gaspreisen gilt im Moment eine einfache Regel. Wer heute die Erdgaspreise erhöht, wird sie übermorgen auch wieder senken müssen. Wer bereits gestern die Bürger stärker zur Kasse gebeten hat, muss bereits morgen die Rechnung kürzen. Um es konkret zu machen: Einige Gasanbieter werden bereits zum Jahresende niedrigere Preise aufrufen müssen, als sie jetzt verlangen. Ich werde sehr genau und öffentlich beobachten, ob es Unternehmen geben wird, die Preissenkungen nicht weiter geben. Das Bundeskartellamt hat den Markt ebenfalls im Blick.“

Glos verfolgt nach seiner eigenen Darstellung die Preisentwicklung bei Erdgas mit großer Sorge. Sie entziehe den privaten Haus-

halten in einer schwierigen wirtschaftlichen Phase Kaufkraft und stelle eine zunehmende Kostenbelastung für die Wirtschaft dar. Er werde mit den Gasversorgungsunternehmen kurzfristig Gespräche aufnehmen, weil er das Ausmaß jüngster Preiserhöhungen als unverhältnismäßig ansieht. Er will mit den Anbietern erörtern, wie extreme Preisausschläge vermieden oder zumindest deutlich gedämpft werden können. „Darüber hinaus bleiben die Kartellbehörden aufgefordert, missbräuchlich überhöhte Gaspreise zu untersagen,“ sagte er.

Wettbewerb lässt viele Wünsche offen

Glos begrüßt es, dass die Bundesnetzagentur die Regulierung der Gasnetze konsequent fortentwickelt und damit Klarheit über die Rahmenbedingungen schafft. Der Wettbewerb auf den Gasmärkten lasse noch viele Wünsche offen. Die hohen Gaspreise machten deutlich, dass eine nachhaltige Regulierung erforderlich ist, um unangemessene Spielräume bei der Preisgestaltung zu beseitigen. Er könne die Bundesnetzagentur nur ermutigen, ihre Arbeit im Interesse der Verbraucher konsequent fortzusetzen. „Ich appelliere zudem an die Verbraucher, die verbesserten Möglichkeiten des Lieferantenwechsels auch wahrzunehmen, wenn sie dadurch sparen können.“ Der Wettbewerb auf dem Gasmarkt müsse noch viel stärker in Fahrt kommen.

Die starken, auch saison abhängigen Preisbewegungen bei Öl und Gas verdeutlichen nach Meinung von Glos die Vorteile preisstabilerer Energieträger wie der Kohle. Kohlekraftwerke seien und blieben wichtige Energieträger für die Grundlast bei der Stromerzeugung. Die aktuellen Preisspitzen in der kalten Jahres-

zeit beim Erdgas seien für alle diejenigen in der Opposition eine bittere Lehre, die ohne nachzudenken allein Erdgaskraftwerke zur Stromerzeugung propagierten.

Kundenbonus

Das Bundeskartellamt hat dafür gesorgt, dass der Energiekonzern E.ON knapp einer Million seiner Gaskunden insgesamt

E.ON Bayern Partner der Kommunen

Rund 60 Bürgermeister beim Kommunalforum in Wirsberg

E.ON Bayern konnte im Reiterhof in Wirsberg rund 60 Repräsentanten oberfränkischer Gebietskörperschaften zum Kommunalforum begrüßen. Der regelmäßige Informations- und Gedankenaustausch mit Bürgermeistern und Entscheidungsträgern von Städten und Gemeinden hat bei dem Energiedienstleister seit vielen Jahren Tradition.

Landrat Klaus-Peter Söllner betonte in seinem Grußwort, dass Energie auch für die Kommunen eines der zentralen Zukunftsthemen sei und der Austausch im Rahmen des Kommunalforums sehr geschätzt würde. Er unterstrich neben der Bedeutung der Arbeitsplätze, die E.ON Bayern seit Jahrzehnten auch in Kulmbach biete, auch die gute Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Energieagentur Oberfranken.

Energie zu fairen Preisen

Ludwig Schiebler, Mitglied der Geschäftsleitung von E.ON Bayern, berichtete über aktuelle Herausforderungen im Energiemarkt. Er verdeutlichte, was es für die Unternehmen bedeute, Energie auf Dauer sicher, ökologisch und zu fairen Preisen liefern zu können. Er stellte zudem die seit 1. September 2008 gültige neue Struktur von E.ON Bayern vor, die sich durch die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Netz und Vertrieb ergibt. Außerdem informierte er über die Möglichkeiten, durch Modernisierung und Umrüstung von

55 Millionen Euro zurückzahlt. Die Regionalgesellschaften in Bayern, Niedersachsen, Brandenburg, Nordhessen, Thüringen und Norddeutschland schreiben jedem Kunden einen Bonus von rund 36 Euro gut. Zugleich aber, und das ist die Kehrseite der Medaille, kommt es bei E.ON zum 1. Dezember 2008 zu einer Gaspreiserhöhung um etwa 10 bis 12 %.

Allerdings wurde diese Erhöhung, die ursprünglich am 1. Oktober kommen sollte, auf Druck des Bundeskartellamtes um zwei Monate verschoben. E.ON Bayern-Kunden mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 20.000 Kilowattstunden müssen nach der Erhöhung im Dezember pro Monat etwa 15 Euro mehr bezahlen, im Jahr also etwa 180 Euro. Im Frühjahr 2009

freilich könnte es zu einer Preissenkung kommen, lässt E.ON durchblicken. Über die jetzige Regelung hatten sich das Bundeskartellamt und E.ON geeinigt. Die Nürnberger N-ERGIE erhöht ihren Gaspreis zum 1. Januar 2009 um 27 Prozent.

Ölpreisbindung ist keine Einbahnstraße

E.ON nennt als Grund für die anstehende Preiserhöhung im Dezember die Rekordölpreise vom Sommer, die sich wegen der Ölpreisbindung eben jetzt auf die Beschaffungskosten für Erdgas auswirkten. „Wenn die Ölpreise auf dem derzeitigen Niveau bleiben oder sogar noch weiter sinken, werden wir unsere Preise im kommenden Frühjahr wieder senken. Darauf können sich unsere Kunden verlassen“, sagte Otmar Zisler, Geschäftsführer der E.ON Bayern Vertrieb GmbH. Erst im vergangenen Jahr habe E.ON Bayern Vertrieb die Erd-

gaspreise zweimal gesenkt und damit niedrigere Beschaffungskosten infolge gesunkener Ölpreise an die Kunden weitergegeben. Zisler: „Die Ölpreisbindung ist keine Einbahnstraße, sondern sie wirkt mit zeitlicher Verzögerung in beide Richtungen.“

Fünf Stadtwerke senken ihren Preis

Erstmals nach zwei Jahren wird Gas bei einigen Versorgern billiger. Nach Darstellung des Versorgerportals Verivox wollen fünf Stadtwerke im Dezember oder Januar ihren Preis senken, darunter mit Rheinenergie in Köln eines der größten deutschen Stadtwerke. Ein Versorger hat schon im November seinen Preis gesenkt. Allerdings beträgt die angekündigte Ermäßigung der fünf Stadtwerke nur zwischen einem und fünf Prozent, weshalb Verivox in diesen Schritten noch keine Trendwende auf dem deutschen Gasmarkt sieht. dhg.

Thomas Barth neu im Vorstand der E.ON Bayern AG

Mit Wirkung ab 1. Oktober 2008 hat der Aufsichtsrat der E.ON Bayern AG Thomas Barth (53) zum Mitglied des Vorstandes des Unternehmens bestellt. Barth übernimmt zunächst als Finanzvorstand die Ressortverantwortung für den kaufmännischen Bereich.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2009 übernimmt Barth auch die Funktion des Vorsitzenden des Vorstandes der E.ON Bayern AG. Er wird die Nachfolge von Dr. Peter Deml antreten, der zum Jahresende in den Ruhestand geht.

Thomas Barth hat nach seinem Jurastudium zunächst im Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen gearbeitet und ist seit 1989 im E.ON-Konzern tätig. Ab 2004 hatte er bis jetzt als Alleinvorstand die Verantwortung für die Rhein-Main-Donau AG.

Nachfolger Barths beim Kanalbauer RMD ist der bisherige E.ON-Regionalleiter Oberbayern Albrecht Schleich (52). Seit Herbst 2001 stand er dort an der Spitze. □

Umfassendes Energieeinsparkonzept in Großostheim:

Gelblicht für die Straßenbeleuchtung

In aufwändiger Kleinarbeit und in enger Abstimmung mit der Marktgemeinde Großostheim hat E.ON Bayern ein umfangreiches Modernisierungs- und Energieeinsparkonzept für die Straßenbeleuchtung in Großostheim erarbeitet. Insgesamt werden 1.140 Straßenleuchten von Weißlicht auf energiesparendes Gelblicht umgerüstet und dabei in über 600 Fällen neue Leuchtaufsätze montiert.

Zur weiteren Effizienzsteigerung wird diese Maßnahme mit ergänzenden Energieeinsparntechniken kombiniert, so wird beispielsweise bei zweiflamrigen Leuchten innerhalb definierter Nachtzeiten eine Lampe ausgeschaltet oder mittels sogenannter Leistungsreduzierschaltungen der Stromverbrauch gedrosselt.

Ökonomische und ökologische Vorteile

Diese Modernisierung der Straßenbeleuchtung durch den Energiedienstleister bedeutet für die Kommune ökonomische und ökologische Vorteile. Sie muss sich weder um die Planung für die neuen Beleuchtungsanlagen, noch um den Erwerb oder die Installation der Leuchtmittel kümmern und kann sich ganz auf ihre Kernkompetenz konzentrieren. Zudem profitiert sie von einer erheblichen Energieeinsparung: Mit einer 70 Watt Gelblicht-Lampe kann die gleiche visuelle Beleuchtungsstärke erzielt werden wie mit einer 125 Watt Weißlicht-Lampe.

Erhebliche CO₂-Minderung

Durch die Umrüstung der 1.140 Leuchten spart die Marktgemeinde Großostheim - bei gleicher Ausleuchtung - ungefähr 38 Prozent der verbrauchsabhängigen Stromkosten für diese Leuchtstellen. Weiterhin leistet die Kommu-

ne einen Beitrag für die Umwelt: Die Umrüstung auf Gelblicht-Lampen bringt in Großostheim eine CO₂-Minderung von circa 300 Tonnen pro Jahr.

Der Marktgemeinderat hat sich für das vom Energiedienstleister angebotene Contracting-Modell entschieden bei der die ersparten Energiekosten für die Tilgung der Investitionskosten verwendet werden. Das eingesetzte Kapital amortisiert sich so bereits nach rund fünf Jahren.

Neuester Standard

„Wir bieten der Kommune die Sicherheit für eine Straßenbeleuchtung nach dem neuesten Standard ohne technisches Risiko bei gut kalkulierbaren Kosten“, beschreibt der für Unterfranken zuständige Regionalleiter von E.ON Bayern, Ludwig Schiebler, dieses Dienstleistungskonzept.

Im Zusammenhang mit der Modernisierung der Straßenbeleuchtung hat die Marktgemeinde auch einen neuen Straßenbeleuchtungsvertrag mit E.ON Bayern abgeschlossen, der unter anderem auch eine turnusmäßige Auswechslung der Leuchtmittel vorsieht. Dieser Austausch erfolgt alle fünf Jahre und gewährleistet eine dauerhaft gute Ausleuchtung der Straßen, mindert Ausfälle und erhöht somit die Sicherheit im Straßenverkehr. Die Umrüstarbeiten werden derzeit durchgeführt und sind voraussichtlich bis Ende des Jahres abgeschlossen. □

LEW

Lechwerke



NATÜRLICH: WÄRMEPUMPE

Die Umwelt-Heizung, die Kosten einspart! Eine Wärmepumpe beheizt Ihr Haus und erwärmt das Brauchwasser über Jahrzehnte. Dabei reduziert sie die jährlichen Kosten erheblich und schont auch noch die Umwelt. Sie ist eine Investition, die sich in jeder Hinsicht lohnt. Wir beraten Sie gerne.

Weitere Infos erhalten Sie unter www.lew.de oder unter der kostenfreien Telefonnummer 0800 539 539 1.

VORWEG GEHEN



GZ-
Exklusivbericht:
Ein Tag im
Biomasse-
Kraftwerk

BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Ein Tag im Biomasse-Kraftwerk Großaitingen:

Auf dem Holzweg

Von Peter Ney, Evonik Services GmbH

Es ist Dienstag, der 22. Juli 2008. Christoph Brey (41) hat sich um sieben Uhr in der Früh von seinem Wohnort in Schwifting bei Landsberg/Lech auf den 30 Kilometer langen Weg zur Arbeit gemacht. Sein Ziel ist das Biomasse-Kraftwerk in Großaitingen, das er seit der Inbetriebnahme der Anlage im Jahr 2002 leitet. Kurz vor Großaitingen, in Schwabmünchen, hat er einen kurzen Stopp eingelegt, um mich mitzunehmen. Jetzt sitze ich auf dem Beifahrersitz und bin neugierig auf das, was mich erwartet. Ich möchte wissen, wie ein ganz normaler Arbeitstag des Betriebsleiters Brey aussieht.

Das Biomasse-Kraftwerk in Großaitingen ist die erste von 10 Biomasseanlagen der Evonik New Energies. Großaitingen ist ausgelegt auf die Verbrennung

tofahrt erscheint das Kraftwerk vor uns. Zunächst noch sehr klein werden der Kamin und das Kesselhaus, die markantesten Anlagenteile, zusehends im-

die Luft die Feuchtigkeit auf, und es ist fast nichts zu sehen“, erklärt er und fährt fort. „Käme aber schwarzer Rauch aus dem Kamin, dann wüsste ich, dass etwas nicht stimmt.“

Auf Notfälle vorbereitet

Meine Frage war also nicht so naiv wie ich zunächst vermutete, denn Christoph Breys Gesichtsausdruck wird ernst. „Es könnte ein „Schwarzfall“ eingetreten sein, zum Beispiel verursacht durch ein Gewitter. Unser Biomasse-Kraftwerk hängt an einem Stromnetz, das durch die westlichen Wälder der Naturschutzgebiete im Augsburgener Land verläuft. Ein Baum, der in die Leitungen fällt, reicht dafür schon aus. Die Turbine fährt in einem solchen Fall auf zehn Prozent ihrer Leistung und versorgt nur noch die Anlage mit Strom. Fällt sie aber ganz aus, wäre auch die Rauchgasreinigung ohne Strom. Rauchgase treten dann ungefiltert aus dem Kamin: Schwarzer Rauch!“ Dann müssen wir sofort handeln. Wir sind auf jeden Notfall vorbereitet. Aber heute ist nichts zu sehen, nur die vorbeiziehenden dunklen Wolkenfelder eines untypischen grauen Sommertages.

Alles wird im Schichtbuch festgehalten

Der Arbeitstag beginnt wie der eines „normalen Büromenschen“, PC einschalten und



Zwei Holztransporter warten auf das Abwiegen im Innenhof des Kraftwerks.



Kurzer Stopp an einer Bäckerei. Christoph Brey organisiert sich auf dem Weg nach Großaitingen sein zweites Frühstück.

von jährlich rund 40.000 Tonnen Rest- und Altholz. 41.000 Megawattstunden Strom können hier erzeugt und ins öffentliche Netz eingespeist werden. Die Auskopplung von Wärme ist technisch möglich, wird aber wegen fehlender Wärmeabnehmer in der unmittelbaren Umgebung zurzeit nicht realisiert.

Nach einer 10-minütigen Au-

posanter. Ich frage Brey, ob er schon aus der Entfernung abschätzen könne, wie „seine“ Anlage - etwa an der Abluft aus dem Kamin - heute läuft. „Im Winter ist es so, dass man Rauch und Dampf aus dem Kamin treten sieht, weil es draußen kalt ist und das Wasser in der Abluft kondensiert. Bei Trockenheit im Sommer nimmt

stille. Das Holz kommt von acht Lieferanten aus dem regionalen Raum. Nach einer halben Stunde geht es zur nächsten Station in die Leitwarte. Dort sitzt Kollege Christian Bee. „Der Anlagenfahrer“ sitzt vor zahlreichen Bildschirmen und steuert das Kraftwerk. So ist auf einem Bildschirm das lodern der Feuer im Brennraum zu sehen. Auf einem anderen Monitor der gerade eingefahrene Holzlast. Bee hatte um sechs Uhr Schichtbeginn. Alles, was seit der Spät- und Nachtschicht passierte, ist im Schichtbuch festgehalten. Dort tragen die zehn Mitarbeiter des Kraftwerks auch ein, was für die Anlage benötigt wird, von der Entsorgung der Gewebefiltertasche bis zu Ersatzteilen. Dafür ist Betriebsmeister Werner Lichtenstein verantwortlich, der hier zu uns stößt. Brey und

lege Siegfried Keller ist gerade damit beschäftigt. Bewegliche Schienen drücken von dort das Holz auf ein Transportband. Es führt in den Brennraum, wo das

sehen Blick begutachtet Brey das gelagerte Holz. Obwohl Überprüfung und Qualitätsnachweis Sache des Lieferanten sind, gehört das für ihn einfach dazu.

Dafür gibt es zwei Gründe. Erscheint das Holz beim bloßen Augenschein bedenklich, wird auf Basis der Qualitätsrichtlinien des Unternehmens eine Probe in Eigeninitiative genommen. Der zweite Grund: Er hat nicht nur wie alle Mitarbeiter des Kraftwerks eine Holzschulung durchlaufen, sondern er kommt vom Holz. 15 Jahre war der gelernte Chemotechniker in verschiedenen Entsorgungs- und Recyclingbetrieben in leitender Position tätig. Zuletzt war er für fünf Altholzplätze zuständig und vermarktete große Altholztonnagen aus dem süddeutschen Raum in die Spanplattenindustrie nach Italien. Die Firma, für die er damals arbeitete, liefert noch heute Altholz für die Anlage.

Anspruchsvoller Job

Durch Verhandlungen über Holzlieferungen für Großaitingen erfuhr er so, dass ein Biomasse-Kraftwerk gebaut werden sollte. „Dieser Holzlieferant hat seinen Sitz in Obersdorf. Jeden Tag musste ich 125 Kilometer hin zum Arbeitsplatz und wieder zurück fahren. So bewarb ich mich bei Evonik New Energies GmbH. Heute spare ich über zwei Stunden Fahrweg. Musste ich früher um sechs Uhr das Haus verlassen, kann ich heute mit meiner Familie noch frühstücken, bevor ich zur Arbeit fahre. Mehr Lebensqualität und einen anspruchsvollen Job, der mich voll ausfüllt“, so zieht Brey zufriedenen Bilanz.

Seine Erfahrung im Holzhandel kommt auch einer weiteren Anlage der Evonik New Energies GmbH zugute. Er unterstützt das Unternehmen bei der (Fortsetzung nächste Seite)



Siegfried Keller fährt den Radlader, mit dem das Holz in den Bunker geschoben wird.

Holz bei 1.000 Grad Celsius verbrennt. Die heißen Rauchgase steigen dann in den Kessel hoch. Hier verlaufen unzählige mit Wasser gefüllte Rohre. Die Rauchgase erhitzen das Wasser in den Rohren zu Dampf. Dieser Dampf wird dann in die Turbine geleitet. Wir stehen also am Beginn des Verwertungsprozesses. Mit einem fachmänni-



In der Leitwarte des Kraftwerks erkundigt sich Christoph Brey bei seinem Kollegen Christian Bee nach dem aktuellen Anlagenstand.

eMails abrufen. In seinem kleinen Büro ist der typische Sound der Dampfturbine zu hören. Wie ein surrender Kühlschrank, nur gedämpft. Brey schaut aus dem Fenster in den Innenhof. Gerade sind wieder zwei Holztransporter durch die Toreinfahrt zur Waage in den Hof gefahren. Zehn 20-Tonnen-Laster fahren das Kraftwerk pro Tag an und liefern 200 Tonnen Altholz, um den täglichen Heißhunger des gefräßigen Biomassekessels zu

Lichtenstein besprechen sich kurz. Alles läuft normal und auch im Schichtbuch ist nichts Besonderes vermerkt.

Verwertungsprozess

Der morgendliche Rundgang geht weiter. Ich begleite Brey in den Holzbunkerbereich. Dort wird das von den Transportern im vorderen Bunkerbereich abgeladene Holz mit einem Radlader nach hinten geschoben. Kol-



Holzexperte Brey begutachtet die erste Lieferung des Tages.

Jährlich werden 350.000 Tonnen CO2 gespart

Evonik New Energies GmbH gehört in Deutschland zu den größten Akteuren bei der energetischen Nutzung von Biomasse. Zehn Anlagen erzeugten im vergangenen Jahr aus rund 400.000 Tonnen Altholz 314,1 Gigawattstunden Wärme und 307,8 Gigawattstunden Strom. Damit können rund 17.500 Einfamilienhäuser mit Wärme und etwa 77.000 Einfamilienhäuser mit Strom versorgt werden. Gegenüber herkömmlicher Energiegewinnung werden pro Jahr etwa 350.000 Tonnen CO2 eingespart. Die Anlagen, die Evonik New Energies GmbH zum Teil allein, zum Teil mit Partnern gebaut hat und betreibt, stehen in Neuwied, Großaitingen im Kreis Augsburg, Neufahrn im Kreis Freising, Werl im Kreis Soest, Ilmenau, Traunreut im Kreis Traunstein, Buchen im Neckar-Odenwald-Kreis, Dresden, Buchenbach im Kreis Breisgau Hochschwarzwald und in Lünen im Kreis Unna.



Jeden Tag eine neue Herausforderung: Christoph Brey und „sein“ Biomasse-Kraftwerk.

Auf dem Holzweg ...

(Fortsetzung von Seite II/1) Biomassebeschaffung für das Biomasse-Heizkraftwerk Neufahrn, eine Anlage, die noch mehr Holz benötigt als Großbaitingen.

Rauchgasreinigungsanlage

Vom Holzlagerplatz marschieren wir weiter durch das Kesselhaus, draußen an der Rauchgasreinigungsanlage vorbei und über das Turbinenhaus wieder in sein Büro im ersten Stock. Auf mich wirkt das Innere der Anlage etwas gespenstig: all die vielen Rohre, das diffuse Licht, die Hitze, die zahlreichen Geräusche. Wie eine Flugzeugturbine im Leerlauf mit an- und ab-schwellenden Klingeltönen, so klingt die Dampfturbine, das Herzstück der Anlage. Eine Vielzahl weiterer Geräusche verstärkt die Klangwelt im Inneren. Der Elektromotor an der Zykloanlage surrt, die Trägerkette des Restaschebandes knarrt, das Holzförderband gibt laute Rüttelgeräusche von sich, das Altholz quietscht, wenn es im Bunker nach vorne geschoben wird, der Generator erzeugt dumpfe kreisförmige Töne. Dampf tritt an verschiedenen Stellen aus und macht die Szene noch unheimlicher. Nichts Neues für Brey. Für ihn haben diese Geräusche längst ihr Geheimnis verloren. Er hat gelernt, genau auf sie zu achten



Die Rauchgasreinigungsanlage mit Kamin.

Hier in Großbaitingen haben wir eine „Schmutzige“, also Luft, die die Reinigung noch nicht ganz durchlaufen hat, und eine „Saubere“, die die Rauchgasreinigung komplett durchlaufen



Brey hört ganz genau hin. Die Betriebsgeräusche der Turbine geben Aufschluss über ihren Zustand.

hat. Der Feinstaub in der „schmutzigen“ Rezirkulationsluft kann zu Anbackungen im Gebläse führen. Es beginnt zu rumpeln. Am veränderten Geräusch erkennt man, wie lange man die „Schmutzige“ noch laufen lassen kann, und wann sie gereinigt werden muss, was einen halben Tag Reparatur bedeutet.“

Brenzlige Situation

Von unserem Rundgang zurück frage ich Christoph Brey nach der bisher gefährlichsten Situation im Kraftwerk. Und da kommt sie wieder ins Spiel, die „Rezi“. Brey überlegt nicht lange und erzählt: „Einem Hersteller hatten wir mitgeteilt, dass eine Klappe nicht schließt. Diese Klappe war sehr wichtig, weil sie bei einem Ausfall der Anlage schließen sollte, um zu verhindern, dass der Saugzug heiße Rauchgase in den Rezikanalstrom zieht. Der Hersteller reagierte nicht sofort und es kam tatsächlich zum Ausfall der Anlage.“ Die Erinnerung an den Vorfall lässt ihn nicht kalt, seine

Es folgt eine Vielzahl kleiner und größerer Besprechungen, am Telefon oder vor Ort. Die Turbine, wichtigster Teil der Anlage, soll nochmals einer Revision unterworfen werden. Das bedeutet viel Planungs- und Abstimmungsarbeit. Planungen dieser Art machen den Löwenanteil der täglichen Arbeit aus. Sie stehen meist in Zusammenhang mit der Optimierung der Anlage. Hier ein kleiner Auszug aus der Arbeitsliste: Bau einer zusätzlichen Halle für die Holzlagerung, Maßnahmen gegen die Staubentwicklung, Kesselprüfung, Überhitzerwechsel, Bau eines neuen Turbinentisches, Anschaffung einer Reinigungsanlage für Luftkondensatoren, schrittweise Umsetzung der Betriebssicherheitsverordnung.

Medienarbeit

Jetzt hat Brey einen Holzlieferanten am Telefon. Ihn bittet Brey darum, mehr auf die Qualität des gelieferten Holzes zu achten, besonders was die



Die beiden Luftkondensatoren haben die Aufgabe, den Dampf nach seiner Nutzung in der Turbine herunterzukühlen. Der Dampf kondensiert zu Wasser und wird dann im geschlossenen Wasserkreislauf zurück in den Dampfkessel geleitet. Je leistungsfähiger die beiden Ventilatoren sind, je höher ist der Wirkungsgrad der Turbine.

Stimme verrät Aufregung. Er fährt fort. „Wenn die Anlage steht, ist das letzte, was noch läuft, der Saugzug. So wurden 1.000 Grad heiße Rauchgase rückwärts angesaugt und brachten Leitungen zum Glühen. Mit Hilfe der örtlichen Feuerwehr haben wir die Situation wieder in den Griff bekommen. Das war eine brenzlige Situation. Aber gemeinsam haben wir sie gut bewältigt. Wir wussten was zu tun war.“

Planungs- und Abstimmungsarbeit

Mittlerweile ist es fast Mittag.

Chlorwerte angeht. Dann erscheint Frau Völk von der Werbeagentur Reiser im Büro. Sie möchte eine Anzeige für den Gemeindeführer Großbaitingen. Da ich bei Evonik New Energies GmbH u.a. für Anzeigenschaltungen zuständig bin, erledigen wir das sofort zu Dritt.

Emissionsschutz

Neben Großbaitingen ist Brey zusätzlich für die Objektversorgungen Nürnberg-Norikus, Nürnberg-Reichelsdorf und Augsburg Schwabencenter zuständig. Dort schaut er alle drei bis vier Wochen vorbei. Für die drei



Bis der Erweiterungsbau des Holzbunkers fertig ist, helfen Nebelbedürfnisse die Staubentwicklung einzudämmen.

Biomasseanlagen der Evonik New Energies in Bayern - Großbaitingen, Neufahrn und Traunreut - fungiert Brey als Emissionsschutz- und Abfallbeauftragter.

Optimierung ist das tägliche Ziel

Am Nachmittag wird es etwas ruhiger. Mich interessiert Breys Meinung, auf was es in seinem Beruf letztendlich ankommt. „Am wichtigsten ist die Fähigkeit, in Ruhe abwägen zu können. Bei einem Schadensfall hieße das z.B.: lasse ich die Anlage weiterlaufen, stoppe ich sie oder wie fahre ich sie weiter. Ein sicheres Urteil ist nur mit viel Betriebserfahrung und Wissen um den Brennstoff Holz möglich. Fast noch wichtiger ist es, die Mannschaft zusammenzuhalten und gut zu führen. Wir waren als erste Anlage quasi das Lernfeld für die weiteren Anlagen des Unternehmens. Optimierung ist daher unser tägliches Ziel.“ erklärt Brey selbstbewusst.



Anzeigenauftrag im Pausenraum. Besuch von Frau Völk.

Vier Uhr am Nachmittag. Wir machen uns auf den Rückweg. Früher als üblich, denn Breys Frau hat heute Geburtstag. Sie wird 42 Jahre jung. „Kochen werde ich diesmal aber nicht. Das mache ich meist nur am Wochenende. Es gibt Rotbarschfilet mit Mozzarella. Das ist wie bei einer Roulade.“ Dem

Hobbykoch und Bratenspezialisten ist die Vorfreude auf den Gaumenschmaus am Gesicht abzulesen. Am Hotel in Schwabmünchen verabschieden wir uns. Vorher hat er mir noch mitgeteilt, dass er sich morgen früh auf den Weg zu seinen Holzlieferanten machen werde. Er nennt das: Sich auf den Holzweg machen.

Kontaktfreudiger Genussmensch

Nachtrag: Auf meine Frage, wie er sich denn selbst einschätze, wollte mir Christoph Brey nicht sofort antworten. Ich bat ihn daher, einfach seine Frau während der Geburtstagsfeier zu fragen, die könnte ihn doch bestimmt gut einschätzen. Am 31. Juli erhielt ich in meinem Büro in Saarbrücken eine eMail von Brey. Er hätte seine Frau gefragt, und die hätte sich wie folgt geäußert: Familien- und Genussmensch, kontaktfreudig und sehr teamfähig. Mein Eindruck fand sich bestätigt.



Das Biomasse-Kraftwerk liegt am östlichen Rand der 5.000-Einwohner-Gemeinde Großbaitingen.

„Erdgas kommt bequem aus der Leitung“

Das Wasser blubbert, Dampf steigt auf. Der Generator beginnt zu arbeiten und schließlich leuchtet die Glühbirne. Die Viertklässler der Grundschule Maisach stehen gebannt um eine Dampfmaschine. Der Versuch ist ein Teil des von Erdgas Südbayern (ESB) initiierten Projektunterrichts mit der Deutschen Umwelaktion e.V. in 20 Grundschulen.

Wo wird Energie im Alltag verwendet und wie wird sie produziert? Mit diesen Fragen beginnt der umweltpädagogische Projektunterricht, der von insgesamt zwei Lehrerinnen der Deutschen Umwelaktion e.V. gestaltet wird. Erarbeitet wird dann, aus welchen Energieträgern in Kraftwerken Strom und Wärme produziert wird. „Erdgas ist praktisch, weil es bequem aus der Leitung kommt“, wusste ein Schüler bei der Projektstunde in Maisach.

Anschauliche Erklärungen

Weiter geht es mit den Themenblöcken Erdgasentstehung und -förderung. „Zehn Kilometer Bohrtiefe sind bei der Förderung keine Seltenheit, das ist so weit wie von Maisach nach Fürstenfeldbruck und zurück.“ so die anschauliche Erklärung für die Maisacher Schüler. Über kilometerlange Pipelines fließt das Gas dann zum Beispiel in ein Kraftwerk. Was dort passiert, wird im Klassenzimmer anhand einer Dampfmaschine vorgeführt. Gespannt verfolgen die Kinder das Entzünden des Esbit-Stücks und warten, bis die Glühlampe des Mini-Kraftwerks zu leuchten beginnt. Mit so genannten Odorierungskarten erfahren die Kinder danach, wie es riecht, wenn Erdgas aus einem Leitungsleck ausströmt: Der Duftstoff werde künstlich zugesetzt, weil Erdgas von Natur aus geruchlos sei.

Im letzten Teil der Stunde dreht sich alles um den sparsamen Einsatz von Energie – zu Hause und in der Schule. Zahlreiche Finger gingen in Maisach nach oben, als die Projektlehrerin nach Energiesparmaßnahmen fragte. Die Tipps der Viertklässler: Die Heizung nicht zu weit aufdrehen. Das Auto stehen lassen und mehr mit dem Fahrrad fahren oder zu Fuß gehen. Und damit der Schulweg zu Fuß auch im Winter sicher bleibt, erhalten die Schüler von Erdgas Südbayern zum Abschluss reflektierende Stoffmäuse zum Anhängen an den Schulranzen. □

Gasförderung in Dänemark:

Bayerngas Danmark ApS gegründet

Bayerngas GmbH profitiert von Durchlässigkeit des nordeuropäischen Gasexplorations- und Gasproduktionsmarktes

Das Gasförderunternehmen der Bayerngas GmbH, die Bayerngas Norge AS, hat die Bayerngas Danmark ApS gegründet. Sitz der Gesellschaft ist Kopenhagen. „Die Aufgabe der Bayerngas Danmark entspricht jener der Bayerngas Norge in Oslo: die Beteiligung an Explorationslizenzen und Gasfeldern kleinerer und mittlerer Größe“, erklärte Marc Hall, Geschäftsführer der kommunalen Gas-Beschaffungsplattform Bayerngas in München und Aufsichtsratsvorsitzender des norwegischen Unternehmens.

„Sowohl in Norwegen als auch in Dänemark profitieren wir von der Durchlässigkeit des Gasexplorations- und Gasproduktionsmarktes. Anders als in den südlichen oder östlichen Förderländern, in denen die Märkte für die 'Big Player' reserviert sind, gibt es auf den nordeuropäischen Märkten gute Beteiligungsmöglichkeiten auch für konzernunabhängige Unternehmen“, so Hall weiter.

Gasexplorationslizenzen

Erforderlich wurde die Gründung der Bayerngas Danmark durch den Kauf von Anteilen an Gasexplorationslizenzen in der dänischen Nordsee. Im Juli 2008 hatte sich die Bayerngas Norge mit 15 Prozent am Gasfeld Hejre und mit 25 Prozent am Gasfund Svane nahe der norwegischen Grenze beteiligt. Diese Beteiligungen wurden in die neue dänische Gesellschaft überführt.

Das operative Geschäft zur Entwicklung der Gasfelder wird von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bayerngas Norge in Oslo geleistet. In Norwegen ist eine Mannschaft aus erfahrenen Spezialisten aufgebaut worden, die sowohl das erforderliche technische als auch kaufmännische Know-how vorhält. Weitere Unterstützung leistet die Bayerngas in München. Diese Struktur minimiert die laufenden Ko-

sten für die neue Gesellschaft.

Die Bayerngas Norge hält unabhängig von Hejre und Svane gegenwärtig Beteiligungen an fünf Lizenzen in der norwegischen Nordsee und Norwegischen See. Insgesamt verfügen die Bayerngas Norge und die Bayerngas Danmark über Erdgasreserven in Höhe von ca. 7,7 Mrd. m³ Gas Äquivalent. Das entspricht der 1,3-fachen jährlichen Verkaufsmenge der Bayerngas von derzeit annähernd 6 Mrd. m³ Erdgas (64,2 Mrd. Kilowattstunden) beziehungsweise mehr als dem jährlichen Verbrauch von sechs Stadtwerken, drei Regionalversorgern und ca. vierzig großen Industriekunden.

Das erste Erdgas wird aus dem norwegischen Gasfeld Vega South voraussichtlich 2010 fließen. Der Produktionsstart für das dänische Gasfeld Hejre ist für 2013 vorgesehen.

Bayerngas Norge

Die Gasfördergesellschaft Bayerngas Norge wurde 2006 von Bayerngas in Norwegen gegründet. Aufgabe des Unternehmens ist die Beteiligung an Gasfeldern und Lizenzen zur Gas-aufsuchung auf dem norwegischen Kontinentalschelf sowie in angrenzenden Gewässern. Die Gesellschafter der Bayerngas Norge sind die Bayerngas, Stadtwerke München, Swissgas und TIGAS – Erdgas Tirol. □



Martina Raschke, Vorsitzende der Energiewende Oberland, übergibt die Stiftungsurkunde an die beiden Geschäftsführer der ESB-Wärme GmbH Martin Heun (l.) und Bernhard Reith. □

Energiewende Oberland:

Neues Stiftungsmitglied

Wie kommt umweltfreundliche Energie zu möglichst vielen Verbrauchern? Zukunftsfähige Energiekonzepte und Energiesparen in der Praxis, dafür engagiert sich die Bürgerstiftung Energiewende Oberland in den Landkreisen Bad Tölz und Wolfratshausen. Der regionale Wärmedienstleister ESB-Wärme ist ab sofort neues Stiftungsmitglied und fördert die Initiative mit 1.000 Euro.

„Wie aktuell die Themen Nachhaltigkeit und neue Technologien bei der Wärme- und Stromerzeugung sind, sehen wir täglich bei unserer Arbeit“, erklärt Martin Heun, Geschäftsführer der ESB-Wärme. „Die Stiftung Energiewende Oberland nimmt sich diesen Themen erfolgreich an. Das möchten wir als Stiftungsmitglied künftig unterstützen“, so Heun weiter.

Einsatz für zukunftsorientierte Projekte

Konkret setzt sich die Energiewende Oberland in Fachgruppen für zukunftsorientierte Projekte zur Energieversorgung ein. Außerdem werden Vorhaben anderer Organisationen finanziell gefördert wie etwa das Bürgersolarwerk auf dem Dach des Finanzamtes in Bad Tölz.

Für mehr Energieeffizienz

„ESB-Wärme und Energiewende Oberland passen gut zusammen, denn beide sorgen für mehr Energieeffizienz“, so

Martina Raschke, Vorsitzende der Energiewende Oberland, anlässlich der offiziellen Übergabe der Mitgliedsurkunde. Als Contractor übernimmt die ESB-Wärme in Unternehmen, Krankenhäusern, Schulen oder Hotels die Investitionen für neue Heizungstechnik. Unwirtschaftliche und veraltete Anlagen werden ausgetauscht und gegen sparsame Modelle ersetzt. Außerdem kümmert sich der Wärmedienstleister um die regelmäßige Wartung und Optimierung der Anlagen.

Aus heimischen Wäldern

Als Energieträger kommt dabei nicht nur Erdgas zum Einsatz. Hackschnitzel, Pellets, Pflanzenöl oder Sonnenenergie ermöglichen einen vom Gasleitungsnetz unabhängigen Betrieb. „Die Hackschnitzel, die wir verwenden, kommen ausschließlich aus heimischen Wäldern. So können wir zusätzlich die regionale Forstwirtschaft unterstützen“, so Martin Heun. □

Mini-BHKW-Aktion der ESB:

Überraschend viel Strom

Wie effizient sind Mini-Blockheizkraftwerke (BHKW)? Eine Studie von Erdgas Südbayern und Technischer Universität München wird dies herausfinden. Jetzt liegt der erste positive Zwischenbericht vor. Überrascht waren die Wissenschaftler vom hohen Anteil des selbst genutzten Stroms und der durchgängigen Laufzeit.

Ganze 24,39 Megawattstunden Strom produzierten sieben Test-Geräte in Summe. Das ist soviel wie der jährliche Strombedarf von 14 Personen. Dabei laufen die Geräte im Schnitt erst seit Frühjahr dieses Jahres – in der so genannten Übergangs- oder Sommerperiode, wo weniger verbraucht wird als im Winter.

Elektrischer Deckungsgrad

„Im Fachjargon nennen wir dies elektrischen Deckungsgrad. Je höher dieser ist, desto lukrativer ist das Mini-BHKW für den Betreiber“, erklärt Josef Lipp, Mitglied des Projektteams der Technischen Universität München, das die Studie betreut. „Bei einem hohen elektrischen Deckungsgrad muss der Verbraucher weniger Strom aus der Steckdose beziehen. Die Stromrechnung wird günstiger. Darüber hinaus wird der überschüssige Strom eingespeist und vergütet“, so Lipp weiter.

Stromproduktion auch vom Staat gefördert

Mit der neuen KWK-Förderung ab September 2009 zahlt sich der hohe Strombedarf für die BHKW-Betreiber noch mehr aus: Ab dann gibt es sowohl für eingespeisten als auch für selbst genutzten KWK-Strom einen Zuschuss von 5,11 Cent pro Kilowattstunde.

Ein weiteres erfreuliches Zwischenergebnis der Studie: Die Mini-BHKW hatten trotz Sommertemperaturen eine relativ lange Laufzeit. „Diese Anlagen haben eine intelligente Re-

geltechnik: Sie modulieren. Das heißt sie produzieren nur dann Wärme und Strom, wenn es erforderlich ist und auch nur so viel wie benötigt wird. Bislang hatten wir keine Erfahrungswerte, wie hoch die Gesamtlaufzeit dadurch ist“, so Lipp. Fakt ist aber: Je länger die Laufzeit, desto wirtschaftlicher das BHKW. Im nächsten Schritt wird das Projektteam der TU München die Energie-Verlaufsströme erfassen und auswerten: Mit Hilfe eines vor Ort installierten „Datenloggers“ wird festgehalten, wie viel des eingesetzten Erdgases in Wärme für Heizung und für Warmwasser sowie in Strom umgewandelt wird.

Test-BHKW von ESB gestiftet

„Das Zwischenergebnis der Studie bestätigt unseren Kurs, innovative Anlagentechnik zu fördern und unseren Kunden zu empfehlen. Gerade vor dem Hintergrund steigender Energiepreise“, so Andreas Ludeck, Fachbereichleiter Neue Energien bei der ESB.

Für die Studie mit der Hochschule hatte Erdgas Südbayern im Herbst letzten Jahres acht Mini-Blockheizkraftwerke kostenlos vergeben. Die Geräte werden mit Erdgas betrieben und produzieren nicht nur Wärme für Heizung und Warmwasser, sondern auch Strom. Die Test-BHKW gingen an Betreiber in Abensberg, Deggendorf, Garching/Alz, Hohenwart, Lenggries, Ohlstadt, Obing und Pilsting und können auf Anfrage bei der ESB besichtigt werden. □

Energie-Partnerschaft mit Köpfchen

Das Contracting-Modell für öffentliche Gebäude und soziale Einrichtungen



Erdgas-Blockheizkraftwerk – Heizung und Strom aus einer Anlage

Gesundheit und Lebensqualität mit innovativer Erdgas-Technik. Am Anfang steht das Energie-Konzept. Ob konventionelle Wärme, Stromversorgung oder innovative Klimasysteme, die ESB-Wärme plant nach individuellem Bedarf. Dabei stehen Wirtschaftlichkeit, regionale Energien und natürlich die Umwelt an vorderster Stelle.

Ihre Vorteile mit dem ESB-Wärme Service:

- Modernisieren ohne selbst zu investieren
- ESB-Wärme plant, organisiert und betreibt Ihre Energieversorgung
- Moderne, umweltschonende Anlagen mit niedrigem Energieverbrauch
- Alle Leistungen sind im monatlichen Wärmepreis enthalten
- Sie haben einen Partner mit viel Erfahrung an Ihrer Seite

Rufen Sie uns an! Wir schicken Ihnen unsere Referenzbroschüre oder vereinbaren Sie einen Termin mit dem ESB-Wärme Berater.

ESB Wärme

Rote Kelle für Finanz- und Wirtschaftskrise

erdgas schwaben senkt die Erdgas-Preise und startet Investitionsprogramm in Millionenhöhe

In Zeiten von Börsen-Crash, Wirtschafts- und Finanzkrise setzt erdgas schwaben ein Gegensignal. Und was für eines! Zum 1. Januar 2009 senkt Schwabens größter Erdgasdienstleister die Preise! Rechtzeitig zum Beginn der Heizperiode spart eine Familie durchschnittlich 138,04 € oder ganze 8 % an Energiekosten.

Die Heizkosten liegen damit auf dem Niveau vom 2007 (bezogen auf den Jahresverbrauch von 20.000 kWh, etwa in einem Reiheneckhaus oder in einer großen Altbauwohnung mit schwabenpreis incl. schwabenbonus und Treuerabatt).

Möglich macht diese Preissenkung die günstige Entwicklung auf dem Energiemarkt, das rapide Sinken des Ölpreises und damit des Gaspreises. „Jetzt können wir senken, dann tun wir's auch!“, so Klaus-Peter

Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer von erdgas schwaben. Und der positive Trend geht weiter: „Nach heutigem Kenntnisstand können wir zum 1. April wahrscheinlich nochmals senken“, prognostiziert Dietmayer.

Alle Kunden werden mit einem Anschreiben über die Preissenkung informiert; für mehr Information steht der Kundenservice 0821 9002-459.

Doch erdgas schwaben geht noch weiter und schert aus dem

Rezessionsgejammer aus: Rund 13 Millionen Euro investiert das Unternehmen im kommenden Jahr in den Ausbau und die Sanierung des Erdgasnetzes. Bis zu 20 Gemeinden sollen 2009 neu an



Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer von erdgas schwaben.

das Erdgasnetz angeschlossen sein. Erdgas ist nach wie vor Wunsch-Energie Nr. 1!

„Jetzt sind Taten nötig; es hilft den Menschen in der Region nicht, abzuwarten und Reden übers Vertrauen zu hören!“, fasst Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer erdgas schwaben, das Konjunkturprogramm

zusammen. Durch dieses Bauprogramm erhält die regionale Wirtschaft Impulse und die Menschen „verdienen in Schwaben ihr Geld.“

Bioenergie für Schwaben

Rund 600 Kunden entscheiden sich im vergangenen Jahr für Bioerdgas. Trotz etwas höherer Kosten als beim fossilen Erdgas setzen also immer mehr Menschen in Schwaben darauf, klimaneutral und umweltbewusst zu heizen. „Unse-

Startschuss für Suche nach neuen Erdgasquellen

Bayerngas GmbH und RAG unterzeichneten Vertrag über gemeinsame Suche nach Erdgas in Bayern

Die Bayerngas GmbH, München, und die RAG, Wien, haben einen Vertrag zur gemeinsamen Suche nach Erdgas in Bayern unterzeichnet. Die kommunale Gas-Beschaffungsgesellschaft Bayerngas beteiligt sich mit 30 % an der Erlaubnis der RAG, in der Region Salzach-Inn nördlich des Chiemsees nach Erdgas zu suchen. Gemeinsam werden die Unternehmen innerhalb der nächsten zwei Jahre in diesem Gebiet mehrere Aufsuchungsbohrungen durchführen.

„Die Partnerschaft mit Bayerngas bei der Gasexploration & Gasproduktion kennzeichnet eine neue Entwicklung in der jetzt schon langjährigen Beziehung beider Unternehmen. Bisher war uns Bayerngas vor allem als Gasbeschaffungsgesellschaft bekannt“, sagt Vorstandsdirektor Markus Mitteregger, Sprecher des Vorstandes der RAG. „Wir freuen uns, mit Bayerngas als langjährigen verlässlichen Geschäftspartner nun eine Ausweitung unserer Geschäftsbeziehung mit der Beteiligung an einer unserer bayerischen E&P Lizenzen in Angriff nehmen zu können“, so Mitteregger weiter.

Verlässlicher Partner

Marc Hall, Geschäftsführer der Bayerngas, ergänzt: „Die RAG hat sich durch frühere Lieferbeziehungen als verlässlicher Partner bewährt. Ihr spezielles Know-how und ihre Leistungsfähigkeit bei der Gassuche und Gasförderung entsprechen höchstem internationalem Niveau. Ich freue mich deshalb über unser gemeinsames Engagement in Bayern und bin mir sicher, dass beide Unternehmen davon profitieren werden.“

Aktivitäten ausweiten

Bayerngas hat sich zum Ziel gesetzt, die Anzahl ihrer Gasbeschaffungsquellen zu erhöhen und ihre Explorationsaktivitäten auszuweiten. Die Suche nach Erdgas in Bayern fügt sich in

diese Strategie: Das Volumen der eigenen Reserven ließe sich erhöhen und Gas aus der Salzach-Inn-Region wäre eine willkommenen zusätzliche Gasbezugsquelle.

Bisher kauft Bayerngas bei rund zehn Vorlieferanten Gas und ist über die Bayerngas Norge AS, Oslo, an Reserven in Norwegen und Dänemark in Höhe von ca. 7,7 Milliarden Kubikmeter beteiligt. Der Produktionsbeginn in Norwegen ist für 2010 geplant.

Neue Möglichkeiten

Die Gasvorkommen im deutschen Alpenvorland galten als weitestgehend ausgebeutet. Nach dem Abschluss der Gasförderung in den 80er Jahren war davon ausgegangen worden, dass es keine wirtschaftlich förderbaren Ressourcen mehr gibt. Moderne 3D Seismik und computerbasierte Modelle eröffnen neue Möglichkeiten bei der Suche.

Erfolgreiche Erschließung

RAG hat in unmittelbarer geografischer Nähe auf österreichischem Boden in den letzten Jahren erfolgreich durch Einsatz modernster Technologien neue Gaslagerstätten erschlossen, die jetzt einen wesentlichen Beitrag zur österreichischen Inlandsförderung leisten. Diese zwischen 1969 (Atzbach) und 1997 (Haidach) bzw. 2004 (Zagling) erschlossenen Gasfelder lagen in vergleichbaren Gesteinsschichten.

811 Erdgastankstellen:

Deutschland ist Spitzenreiter in Europa

Im europaweiten Vergleich verfügen deutsche Autofahrer über die besten Voraussetzungen, um Erdgas zu tanken: Mit aktuell 811 Erdgastankstellen besitzt Deutschland das größte Erdgastankstellennetz Europas. Im weltweiten Vergleich entspricht das immerhin noch Platz fünf – hinter Pakistan, Argentinien, Brasilien und den USA. Mehr als 530 deutsche Städte können auf mindestens eine Erdgasstation verweisen, auch das ist der Spitzenplatz in der Welt.

Das Potenzial verdeutlicht ein Blick über die Ländergrenzen: In Italien stehen den rund 580.000 Erdgasfahrzeugen 700

Erdgastankstellen zur Verfügung. Mit mehr als 1,7 Millionen Erdgasfahrzeugen ist Argentinien weltweit Spitzenreiter – deren Fahrer tanken an 1.784 Erdgasstationen im Land.

Wichtige Standortwahl

In Sachsen und Sachsen-Anhalt gibt es derzeit 27 bzw. 38 Erdgasstationen. Bis Ende 2009 soll die Zahl auf 31 bzw. 43 wachsen. „Dabei konzentrieren wir uns vor allem auf Rasthöfe an Autobahnen und viel befahrene Bundesstraßen“, erklärt Dr. Horn. „Um eine Erdgastankstelle langfristig wirtschaftlich betreiben zu können, ist die ideale Standortwahl von entscheidender Bedeutung. Denn die Investitionskosten pro Tankstelle belaufen sich durchschnittlich auf 250.000 Euro.“ Geplante Standorte sind in Sachsen die Städte Dresden, Bautzen, Grimma und der Raum Chemnitz an der A72. In Sachsen-Anhalt laufen die Planungen für Erdgastankstellen in Leuna, Sangerhausen, Magdeburg sowie Thesen und Ursleben an der A2.

100 km fahren für drei Euro

An der Uni Bayreuth entwickeltes Erdgas-Motorrad erhielt TÜV-Zulassung

Es sieht fantastisch aus, lässt Biker-Herzen höher schlagen, schont die Umwelt und den Geldbeutel: Das an der Universität Bayreuth entwickelte Erdgas-Motorrad erhielt nun die Zulassung des TÜV -, und es ist schadstoffärmer als das Ausgangs-Motorrad, auf dessen Basis es gebaut wurde“, berichtet Susanne Knye vom Initiativkreis Erdgas als Kraftstoff in Bayern (IEK Bayern).

Das zweirädrige Erdgasfahrzeug aus Oberfranken ist das erste Motorrad der oberen Leistungsklasse, das Erdgas tanken kann. Wenn er an der Tankstelle die Erdgaszapfsäule anfährt, ernte er oftmals ungläubige Blicke, erzählt Andreas Dörnhöfer, einer der „Väter“ des rassigen Bikes. Noch größer werde das Staunen beim Bezahlen, „denn die Befüllung der Erdgastanks kostet nur rund zwei Euro“.

Mit dieser Summe lassen sich etwa 60 bis 80 Kilometer zurücklegen. „100 Kilometer kosten also rund drei Euro“, so Dörnhöfer, der am Lehrstuhl für Konstruktionslehre und CAD von Professor Frank Rieg forscht. „Da der Benzintank vollständig erhalten wurde, beträgt die Gesamtreichweite über 400 Kilometer“, betont der akademische Oberrat Reinhard Hackenschmidt, federführend für das Projekt Erdgas-Motorrad verantwortlich.

Zu zeigen, was mit Erdgas alles möglich ist, war für die Bayerreuther Energie- und Wasserversorgungs-GmbH Motivation für die Unterstützung des ehrgeizigen Vorhabens. Der lokale Energieversorger setzt stark auf den Kraftstoff Erdgas und „wir wollten dazu beitragen, dessen vielfäl-

tige Potenziale noch bekannter zu machen“, sagt BEW-Energieberater Hans-Jürgen Heinz. Ein lohnendes Unterfangen, stößt das Erdgas-Motorrad der Premiumklasse laut Abgasgutachten im Erdgasbetrieb beispielsweise 78 Prozent weniger Kohlenmonoxid und 28 Prozent weniger Kohlendioxid aus als im Benzinbetrieb. Konstruiert wurde die Maschine als Umbau eines Modells mit einer Leistung von 130 PS (96 kW) und einem Hubraum von 1.171 Kubikzentimetern. Die Projektgenieure der Fakultät für Angewandte Naturwissenschaften hatten die Maschine vor der Präsentation beim TÜV ausgiebig getestet. Dafür wurde ein Prüfstand konstruiert, an dem unter anderem Bergfahrten und der Dauerstress einer langen Autobahnfahrt simuliert werden konnten.

Hackenschmidt und Dörnhöfer sind davon überzeugt, ein absolut praxistaugliches Produkt entwickelt zu haben. Das Erdgas-Bike habe sich inzwischen bei zahlreichen Testfahrten unter realen Bedingungen bewährt. Als mögliche Zielgruppen sehen die „Schöpfer“ umwelt- und energiebewusste Motorrad-Fans, welche ihrer Leidenschaft mit gutem Gewissen fröhnen möchten.

erdgas schwaben auf der Renexpo:

Hi-Tech für den Heizungskeller

Auf der diesjährigen Renexpo in Augsburg, der internationalen Fachmesse für erneuerbare Energien und energieeffizientes Bauen & Sanieren, versammelte erdgas schwaben die namhaftesten Hersteller für Heizungen, die Geld verdienen: Erdgas-Blockheizkraftwerke, Erdgas-Wärmepumpen sowie eine Weltneuheit: Das Mini-BHKW für Ein- und Zweifamilienhäuser, ecopower e 3.0, erzeugt Strom und Wärme.

Bauherrn wurden am Messestand umfassend über den Stand der effizienten Heiztechnik, staatliche Basis- und Bonusförderungen sowie den attraktiven KWK-Zuschlag für eingespeisten Strom informiert. Tipp: bis zu 25.550 € Förderung für Erdgas-Blockheizkraftwerk. Infos holen, Beratung vereinbaren, Antrag stellen!

Technik im Heizungskeller ist oft ein trauriges Kapitel. Hier wird Geld buchstäblich verheizt, weil völlig veraltete Heizungen arbeiten. erdgas schwaben zeigte kostengünstige Wege zum sparsamen, umweltschonenden und bequemen Heizen.

Das perfekte Energiebündel

Bio-Erdgas aus Schwaben und Blockheizkraftwerke sind für Bauherren wegen hoher Strom-Einspeisevergütungen besonders interessant. Regeneratives Bio-Erdgas wird im schwäbischen Graben produziert und seit Oktober angeboten. Energieberater rechneten während der Renexpo Potentiale aus.



- CO₂-neutral
- regional produziert
- stärkt den Wirtschaftsstandort Schwaben
- rund um die Uhr verfügbar

Noch Fragen?
Wir beraten Sie gerne
Telefon 0821 9002-0

www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Kennst Du schon unser
Bio-Erdgas?

Die Emter-Technologie:

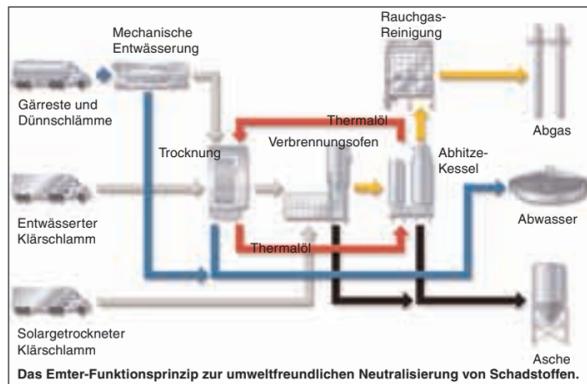
Modernes Entsorgungskonzept aus einer Hand

Speisereste, überlagerte Lebensmittel und Klärschlamm

Verwertung von Speiseresten, überlagerten Lebensmitteln, Klärschlamm sowie eine eigene Photovoltaikanlage sind die Kernbereiche des 1985 von Johann Emter als „Self-made man“ gegründeten Familien-Unternehmens. Emter hat sich nicht nur durch sein herausgehobenes Umweltbewusstsein leiten lassen, jetzt neue Wege zu gehen, um sein Unternehmen und die inzwischen über 50 Mitarbeiter in die Zukunft zu führen. Seit einigen Jahren unterstützt er Kommunen in ihrem Bestreben, Klärschlamm nicht mehr landwirtschaftlich zu verwerten.

Seit 2001 betreibt das Unternehmen mit einer Biogasanlage die stoffliche Verwertung biogener Abfälle (Speisereste, überlagerte Lebensmittel). Derzeit

Lösungsmöglichkeiten entwickelt. Denn neben wertvollem Dünger (u. a. Phosphat, Kalium und Stickstoff) enthält er auch Stoffe (u. a. Schwermetalle, Lösungs-



werden rund 35.000 Tonnen pro Jahr verwertet. Über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) werden ca. 1,5 Megawatt elektrische Energie in das öffentliche Netz eingespeist. Zusätzlich ist auf dem Dach des Zwischenlagers für Klärschlamm eine Photovoltaikanlage mit 100 KW gebaut worden. Ab 2009 sollen ca. 1.000 m³ Methan aus der Speiserestvergärung in eine nahe Erdgasleitung eingespeist werden.

Verwertung/Entsorgung von Klärschlamm

Wo Menschen in einer zivilisierten Welt zusammenleben entsteht Klärschlamm. In Bayern fallen jährlich 6 Millionen Tonnen Klärschlamm an (Stand 2006), vorwiegend aus kommunalen Kläranlagen. Das entspricht rund 300.000 Tonnen Trockenmasse. Weil aber jeder Klärschlamm aus Abwässern ein Schadstoffrisiko darstellt, hat man bei Emter innovative

mittel, Pestizide, Arzneimittel oder Tenside), deren schädliche Auswirkungen hinreichend bekannt sind.

Daher hat Emter Überlegungen angestellt, wie man Klärschlamm umweltschonend und nachhaltig entsorgen kann. Aus seinen Geschäftsverbindungen zu einigen hundert Kommunen wusste er, wie sehr diesen das Problem „unter den Nägeln brennt“.

Alternative Anlage

Die Beseitigung in großtechnischen Anlagen (bisher ca. 40 %) in z. B. Mitverbrennungsanlagen ist bekannt. Über alternative Anlagen war in Bayern bisher aber weniger praktisches Wissen vorhanden. Emter hat nun eine alternative thermische Klärschlammverwertungsanlage gebaut. Sie wurde im Dezember 2007 durch Dagmar Wöhr, Parlamentarische Staatssekretärin im Wirtschaftsministerium in Berlin, eingeweiht.

Die Anlage läuft mit guten Ergebnissen rund und zuverlässig.

Die Emter-Technologie

Bei Konzeption und technischer Realisierung der Anlage hat Emter unter Berücksichtigung etablierter Technologien (Stand der Technik, keine Experimente) Neuland beschritten. Er setzte den Grundgedanken einer Gesamtanlage in die Realität um, die nahezu energieautark arbeitet, Synergieeffekte nutzt, dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet ist und zudem kurze Transportwege ermöglicht. Die Emter-Anlage unterschreitet dabei auch die strengen Normen der 17 BIMSCH und der TA Luft deutlich.

Ziel erreicht!

Das Verfahren lässt sich kurz in sechs Schritten erläutern:

1. Der ankommende Klärschlamm (KS) wird nach HU-Wert (Brennwert) untersucht, dann im Vorratslager abgekippt.
2. Je nach Brennwert wird er mit dem Kran in vier verschiedene Felder abgeworfen, um später das richtige Mischverhältnis sicher zu stellen.
3. Anschließend wird der KS getrocknet, bis er dem Heizwert

Emter-Service

- Komplette Transportabwicklung, Einsatz von Spezialfahrzeugen und Bereitstellung der Container.
- Beseitigen von etwa 120.000 Jahrestonnen Klärschlamm und Gärsubstraten nahezu rückstandsfrei.
- Entsorgungssicherheit durch umweltfreundliche und energieeffiziente Neutralisierung der Klärschlämme.
- Kosteneffizienz, da kaum fossiler Brennstoff zusätzlich verwendet wird.
- Technologisches Gesamtpaket, das für jeden Einzelnen nicht zu betreiben ist. □

hochwertiger Braunkohle entspricht.

4. Das getrocknete Material wird direkt zu den beiden Feuer-

boxen gebracht und thermisch verwertet. Die Abwärme nutzt man wiederum im Kreislaufsystem (Thermalölkreislauf zur

Abkühlung des Abgasstromes und der Trocknung des KS).

5. Modernste Rauchgasreinigung, Abluftbehandlung und Wasserschutzvorrichtungen sind integriert.

6. Was übrig bleibt, sind zwischen 5 und 10 Prozent unbedenkliche Restasche, die entweder in Zementwerken als Füllstoff verwertet, oder deponiert werden kann.

Dünger aus Restasche

Das oberbayerische Unternehmen lehnt sich jetzt aber nicht selbstzufrieden zurück. Als nächster Systemschritt schwebt der Emter GmbH vor, den wertvollen Phosphor als Dünger aus der Restasche zu gewinnen. Denn die cadmiumarmen Phosphatlagerstätten sind begrenzt. Der Rückgewinn von Phosphor aus Klärschlamm kommt also in Zukunft eine besondere Bedeutung zu. In Deutschland können aus der Klärschlammverwertung jährlich ca. 60.000 Tonnen Phosphor gewonnen werden.

Johann Emter zusammenfassend: „Wir sorgen mit unserem Unternehmenskonzept für Zukunftssicherheit. Unser Entsorgungsweg findet zunehmend ökologische Akzeptanz und sorgt für Nachhaltigkeit.“ □



Johann Emter mit Dagmar Wöhr, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium, bei der Einweihung der alternativen thermischen Klärschlammverwertungsanlage. □

Erneuerbare Mobilität:

Unverzichtbarer Motor des Klimaschutzes

Ohne einen stark steigenden Anteil Erneuerbarer Mobilität sind die Klimaschutzziele der Bundesregierung im Verkehrsbereich nicht zu erreichen. Während die CO₂-Emissionen in Deutschland in den Bereichen Energie und Industrie seit 1990 gesunken sind, stiegen sie im Mobilitätssektor um rund 5 Prozent an.

„Wir brauchen rasch Fahrzeuge, die das Klima entlasten“, betont Jörg Mayer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien. „Schon heute gibt es marktreife Technologien, mit denen Erneuerbare Energien in allen Mobilitätsbereichen eingesetzt werden können.“ Zudem müsse die Effizienz der Antriebe verbessert und der Energiebedarf des Mobilitätssektors insgesamt gesenkt werden.

„Im PKW-Bereich hat das Elektroauto klar die größten Potenziale, sofern kein fossil er-

zeugter Strom eingesetzt wird. Wird es mit Strom aus regenerativen Quellen betankt, liegt sein Ausstoß an Treibhausgasen bei wenigen Gramm pro Kilometer. Außerdem werden die Akkus der Elektromobile dringend als Speicher für Wind- und Solarstrom benötigt“, so Mayer.

Elektroantrieb

Dank der hohen Effizienz der Elektroantriebe ließen sich auf diese Weise Zehntausende von Fahrzeugen betreiben, ohne dass

zusätzliche Stromproduktionskapazitäten erforderlich würden. Bis 2020 gehen Experten von einer Million Elektroautos auf Deutschlands Straßen aus, auf die aber nur ein Anteil von 0,3 Prozent am Stromverbrauch entfallen wird.

Sparsamere Motoren

Doch auch der Verbrennungsmotor wird langfristig unentbehrlich bleiben. „Indes lassen sich durch sparsamere Motoren und den Einsatz nachhaltig produzierter Biokraftstoffe auch hier erhebliche CO₂-Reduktionen erreichen, und das schon heute“, stellt Mayer fest. Verglichen mit fossilem Diesel stößt etwa Biodiesel aus heimischem Raps bis zu 70 Prozent weniger Treibhausgas aus. Keine Alternative zum verbleibenden Erdöl ist dagegen synthetisch erzeugter Diesel aus Steinkohle, wie er in einigen Ländern der Welt erprobt wird. Dessen CO₂-Emissionen sind mehr als doppelt so hoch und schädigen das Klima in unabsehbarer Weise. □

EMTER TECHNOLOGIE- FORMEL

FÜR MODERNE KLÄRSCHLAMM- ENTSORGUNG



Klärschlamm in Bayern: jährlich sind rund 6 Mio. t zu entsorgen.

Neue Emter Verbrennungsanlage jetzt in Betrieb

Zur thermischen Entsorgung von Klärschlamm hat die Emter GmbH in Altmühl/Schongau eine moderne und hocheffiziente Verbrennungsanlage errichtet. Rund 120.000 t können pro Jahr umweltschonend beseitigt werden.

Emter-Vorteile

Die Technologie-Formel der Emter GmbH: Optimale Energieeffizienz, Neutralisierung der Schadstoffe, keine Belastung der Böden, saubere Abluft, dezentrale Anlage. Die neue Kläranlage sorgt für sauberes Wasser. Sprechen Sie mit uns über kostengünstige Preise!

Entsorgungskonzept aus einer Hand

Die Emter GmbH bietet ein Entsorgungskonzept aus einer Hand: Komplette Transportabwicklung, Entsorgungssicherheit, Kosteneffizienz, Zukunftssicherheit, ökologische Akzeptanz und Nachhaltigkeit durch Kreislaufentsorgung der Rückstände.

Inhaber und Betreiber der Anlage sowie Informationen:

Emter GmbH
Alpenstraße 50
D-86972 Altmühl
Tel.: 08861/2344-0
Fax: 08861/2344-55
Internet: www.emter-gmbh.de
E-Mail: emter-gmbh@t-online.de



N-ERGIE AG / Energiegespräche 2008:

Engagement für die Region

Diskussionsforen in Titting, Neuendettelsau und Marktbreit

Die schon zur Tradition gewordenen Energiegespräche der Nürnberger N-ERGIE Aktiengesellschaft standen heuer besonders unter dem Einfluss der politischen Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft. Über Energiepreisentwicklung, Wettbewerb und aktuelle Entwicklungen in der Energiebranche informierten die N-ERGIE Vorstände Herbert Dombrowsky, Dirk Fiehl und Josef Hasler. Die Resonanz war wie immer sehr groß: Rund 270 Bürgermeister nahmen an den drei Diskussionsforen in Titting (Landkreis Eichstätt), Neuendettelsau (Landkreis Ansbach) und Marktbreit (Landkreis Kitzingen) teil.

Mit Stolz konnte der Energieversorger zunächst auf die jahrelange vertrauensvolle Partnerschaft mit den Kommunen verweisen, sind mit N-ERGIE doch immerhin rund 250 Kommunen über Konzessionsverträge verbunden. Allein seit Mitte 2007 haben sich 57 Gemeinden für eine Verlängerung dieser Abmachungen entschieden.

Anreizregulierung

Wie der N-ERGIE-Vorstand mitteilte, stellt die für das Jahr 2009 geplante Einführung der Anreizregulierung eine von vielen Herausforderungen für die Energiewirtschaft dar. Damit werden den Netzbetreibern von der Bundesnetzagentur Erlösobergrenzen vorgegeben, die unabhängig von den tatsächlichen Kosten für Wartung, Instandhaltung, Bau oder Betrieb der Netze sind. Ziel der Anreizregulierung ist es, die Preise für die Verbraucher zu senken. Der Preiseffekt dieser Maßnahme wird jedoch nach Auffassung von N-ERGIE häufig überschätzt, da die Netzkosten nur etwa ein Drittel der Strompreise ausmachen. Mit der Anreizregulierung steht den Netzbetreibern künftig weniger

Geld für Investitionen in die Versorgungssicherheit zur Verfügung. Die N-ERGIE stellt sich diesen Herausforderungen offen und sieht sich mit wettbewerbsfähigen Produkten und einer vorausschauenden Strategie gut aufgestellt.

Ausbau der Stromerzeugung

Vor dem Hintergrund des zunehmenden Kostendrucks und aufgrund erwarteter Marktchancen plant der Energieversorger den Ausbau der eigenen Stromerzeugung von derzeit 10 auf mittelfristig rund 40 Prozent. Im Frühjahr 2009 soll das Gemeinschaftskraftwerk Irsching mit einer Gesamtleistung von 845 Megawatt und einer Investition von 400 Mio. € in Betrieb gehen. An der GuD-Anlage mit einem Gesamtwirkungsgrad von mehr als 58 Prozent ist die N-ERGIE mit 25,2 Prozent beteiligt. Im Bereich der regenerativen Stromerzeugung erarbeitet die N-ERGIE derzeit ein Detailkonzept für den Bau eines Biomasseheizkraftwerks mit Verbrennung von natur belassenem Waldrestholz. Die elektrische Leistung der gut 21 Mio. €-Investition auf dem

Betriebsgelände in Sandreuth beträgt 6 Megawatt. Darüber hinaus ist gemeinsam mit der Schmack Energie Holding GmbH (SEH) die Errichtung einer Bioerdgasanlage im Gewerbepark Gollhofen/Ippesheim vorgesehen. Die Besonderheit der geplanten Pilotanlage ist die Aufbereitung des Gases zu Erdgasqualität und die Einspeisung in das Gasnetz.

Machbarkeitsstudie

Derzeit prüft die N-ERGIE Aktiengesellschaft auch die Umsetzung eines Projekts zur Klärschlamm-trocknung im Raum Feucht/Altdorf/Schwarzenbruck. Im Auftrag der N-ERGIE, der Gemeindegemeinschaft Feucht und der Gemeinde Wendelstein erstellt ein Ingenieurbüro momentan eine Machbarkeitsstudie für das Areal der ehemaligen Trocknungsanlage des Kanalisationszweckverbandes „Schwarzachgruppe“. Noch in diesem Herbst soll klar sein, ob der Betrieb auf dem Gelände der alten Anlage mit neuer Technik wieder anlaufen kann.

Klärschlamm-trocknung

Durch eine Gesetzesänderung der Abfallablagereverordnung zum 1. Juni 2005 ist die Klärschlamm-trocknung für zahlreiche Kommunen zu einem brisanten Thema geworden. Aufgrund der Verschärfung gesetzlicher Auflagen läuft die Verwendung des mit Schadstoffen belasteten Klärschlammes in der Landwirtschaft und im Landschafts-

bau aus. Zunehmende Bedeutung gewinnt die Verwendung von Klärschlamm als Brennstoff. Vom Heizwert ist dieser mit Braunkohle vergleichbar.

Rentable Entsorgungslösung

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie untersucht die N-ERGIE derzeit die Möglichkeiten, den Kommunen durch die Nutzung des Schlammes zur Energiegewinnung eine rentable Entsorgungslösung zu ermöglichen. Eine mögliche Variante ist die Errichtung von mit Blockheizkraftwerken (BHKW) betriebenen Klärschlamm-trocknungsanlagen. Das BHKW produziert gleichzeitig Strom und Wärme. Die entstehende Wärme dient der Klärschlamm-trocknung, während der Strom ins Netz eingespeist wird. Ein BHKW für eine Trocknungskapazität von 4000 Tonnen Klärschlamm wäre in der Lage, eine Leistung von bis zu fünf Millio-

nen Kilowattstunden zu erzeugen. Betreibt man die Anlage mit Biomasse, erhält der Betreiber dafür sogar eine EEG-Einspeisungsvergütung. Damit die Kommunen ihre Aufgaben ohne finanzielles Risiko optimieren können, bietet N-ERGIE zudem verschiedene Finanzierungsmodelle wie Contracting und Public-Private-Partnership an.

Hohe Versorgungssicherheit

Mit 13 Minuten Stromstörungen pro Kunde und Jahr liegt die N-ERGIE noch unter dem europäischen Spitzenwert, den Deutschland mit 19 Minuten für das Jahr 2006 einnimmt, hob der Vorstand hervor. Diese hohe Versorgungssicherheit gewährleistet die N-ERGIE durch kontinuierlich hohe Investitionen in die Strom- und Erdgasnetze. 2008 sind es rund 77 Mio. €. Etwa 34 Mio. € fließen in Neu- und Ersatzinvestitionen für das Strom- und Kommunikationsnetz.

In der Region Weißenburg, die

die Landkreise Weißenburg, Roth, Teile von Ansbach, Neumarkt, Donau-Ries sowie Eichstätt umfasst, investiert die N-ERGIE insgesamt rund 10,3 Mio. € in die Stromnetze (Neu- und Unterhaltungsarbeiten). Allein für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten werden in diesem Jahr etwa 1 Mio. € aufgebracht. In der Region Rothenburg mit den Landkreisen Ansbach, Kitzingen, Neustadt a.d. Aisch und Würzburg werden wiederum insgesamt rund 9,4 Mio. € in die Stromnetze investiert. Für die Erschließung von Neubau- und Gewerbegebieten werden heuer ca. 0,3 Mio. € aufgebracht.

Mittelspannungsfreileitungen

Die bisherige Politik der sukzessiven Verkabelung von Mittelspannungsfreileitungen führt die N-ERGIE mit einer Investition von insgesamt 2,3 Mio. € (Region Weißenburg) und 1 Mio. € (Region Rothenburg) fort. Neu- und Unterhaltungsarbeiten im Bereich der Gasversorgungsnetze machen 2008 in den Regionen Rothenburg und Weißenburg insgesamt rund 1 Mio. € aus. Beispiele hierfür sind die Baugebiete in Hilpoltstein und Pleinfeld sowie in Windsbach.

Wichtiger Sponsor

Bei den Energiegesprächen wurde zudem darauf hingewiesen, dass die N-ERGIE zu den großen Sponsoren der Region zählt und so dazu beiträgt, dass Sport- und Kulturveranstaltungen den Lebensraum von 2,4 Millionen Einwohnern bereichern. Von der anspruchsvollen Musikveranstaltungsreihe Fränkischer Sommer über das Fränkische Freilandmuseum, den Windsbacher Knabenchor bis zum international renommierten Triathlon-Wettbewerb Quelle Challenge in Roth reicht das Spektrum des N-ERGIE Engagements.

Niveauvolle Filme zum kleinen Preis für einen guten Zweck – dies ist das Konzept der Open-Air KINOTOUR, die der Energieversorger in Eigenregie für die Region entwickelt hat. 2008 machte die Kinotour in 15 Gemeinden Station und erzielte einen Gesamterlös von über 12.000 €. Seit ihrem Start vor vier Jahren spielte sie insgesamt 44.000 € für die Region ein.

„Schöner Denken“

Gastredner der diesjährigen Energiegespräche war der Autor und Journalist Dirk Maxeiner. Sein Buch „Öko-Optimismus“ wurde 1996 zum „Wissenschaftsbuch des Jahres“ gewählt. Maxeiner referierte über das Thema „Schöner Denken – wie man politisch unkorrekt ist“. Dabei warf der Umweltpolter einen Blick auf die politische Kultur in Deutschland und die alltäglichen Floskeln, die den Einzelnen gelegentlich davon abhalten, selber zu denken. **DK**

Bioerdgas-Pilotprojekt:

Rohstoffakquise läuft weiter

Die Umsetzungsentscheidung zur geplanten Bioerdgas-Pilotanlage der N-ERGIE Aktiengesellschaft und der Schmack Energie Holding GmbH (SEH) im Gewerbepark Gollhofen/Ippesheim kann derzeit noch nicht getroffen werden, da die vertraglich gesicherte Rohstoffversorgung dies nicht zulässt. Die N-ERGIE sieht Bioerdgas als Chance und als zukunftsweisendes Thema und steht nach wie vor zu ihrem Vorhaben.

Die Projektpartner arbeiten derzeit intensiv an der Erhöhung der vertraglich gesicherten Rohstoffversorgung und führen zu diesem Zweck umfangreiche Einzelgespräche mit Landwirten. Erreicht die vertraglich gesicherte Rohstoffmenge einen höheren Versorgungsgrad der Anlage, dann rückt auch die Umsetzungsentscheidung näher.

Bisherige Schritte

Gemeinsam mit der EBA-GmbH Triesdorf wurde ein geeigneter Standort gefunden, der den Anforderungen entspricht und eine möglichst verträgliche Integration in die landwirtschaftlichen Strukturen ermöglicht. Mit dem potenziellen Standort im Industrie- und Gewerbepark Gollhofen/Ippesheim konnte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Gollipp ein verfügbares Grundstück mit guten Voraussetzungen gefunden werden.

Das Genehmigungsverfahren verlief bisher weitgehend unkritisch, so dass die Projektpartner aktuell von der Genehmigungsfähigkeit ausgehen. Durchgeführt wurde die Vorbereitung zu einer Gesellschaftsgründung. Mit der Liefergemeinschaft wurde ein Konsens zu den Rahmenbedingungen der Rohstofflieferung erreicht.

Die N-ERGIE legt großen Wert auf ein partnerschaftliches Verhältnis zur Landwirtschaft und die verträgliche Integration der Anlage. Das Unternehmen strebt dabei eine langfristig angelegte, stabile Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft vor Ort an. Die Realisierungsentscheidung ist abhängig von der Genehmigung, der gesicherten Rohstoffversorgung sowie der wirtschaftlichen Darstellbarkeit des Vorhabens.

Die letzten Wochen haben in der Praxis gezeigt, dass noch Informations- und Beratungsbedarf seitens der Landwirte besteht. Deshalb suchen die Außendienstmitarbeiter der Schmack Energie Holding derzeit den Kontakt mit den Landwirten vor Ort. In diesen Einzelgesprächen werden Details der Vergütung, der Ernteorganisation und der übrigen Vertragsgestaltung erläutert.

Das vorgeschlagene Vertragsmodell zur Lieferung von Biomasse für die Landwirte stellt gerade in Hinblick auf die momentane Preisentwicklung beim Getreide - ein attraktives Angebot dar, da es für die Landwirte eine Absicherung des Preises nach unten bietet. Die Preisindizierung bildet auch steigende Getreidepreise ab.

Jährlich sollen in der Anlage rund 40 Millionen Kilowattstunden Bioerdgas produziert werden. Das Bioerdgas wird auf Erdgasqualität aufbereitet und in das Erdgasnetz der N-ERGIE eingespeist. Die Einspeisung und Nutzung des Bioerdgases ist ein wesentlicher Baustein in der Realisierung.

Primärer Einsatz

Das Bioerdgas soll primär in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen eingesetzt werden. Dabei nutzt ein Blockheizkraftwerk (BHKW) das Bioerdgas als Energieträger und setzt es in Strom und Wärme um. Das BHKW kommt dort zum Einsatz, wo die Wärme genutzt wird. Der erzeugte Strom wird in das Stromnetz eingespeist.

Mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze und der Kooperation mit der Landwirtschaft stärkt die N-ERGIE durch dieses innovative Projektvorhaben ihre Wertschöpfungskette in der Region. **□**

Der Termin für Ihren Erfolg



Bei uns finden Sie die Antwort auf Ihren individuellen Energiebedarf. Strom- und Erdgasprodukte für jede Unternehmensgröße und Branche, professioneller Service, kompetente Beratung – profitieren Sie von unserer Erfahrung und den Chancen am Energiemarkt.

Unsere Kundenmanager sind für Sie da, gerne auch zu einem persönlichen Termin in Ihrem Unternehmen. Senden Sie uns einfach eine E-Mail an dialog@n-ergie.de

www.n-ergie.de

N-ERGIE
Spürbar näher.

Erneuerbare Energien in Politik & Wirtschaft

Wie muss die Energieversorgung der Zukunft aussehen, damit die Klimaschutzziele erreicht werden? Die neue „Leitstudie 2008“ des Bundesumweltministeriums hält dafür Lösungsvorschläge parat. In mehreren Szenarien wird durchkalkuliert, welche energiepolitischen Weichenstellungen heute zu welchen Ergebnissen in der Zukunft führen werden. Dabei wird deutlich: Die Erneuerbaren Energien müssen und können erheblich stärker wachsen als bisher angenommen.

Bis 2020 wird sich etwa ihr Anteil an der Stromversorgung auf mehr als 30 Prozent verdoppeln und bis 2050 auf mindestens 50 Prozent ansteigen. Der erforderliche Strukturwandel der Stromversorgung wäre allerdings gefährdet, wenn die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängert würde, warnt die Studie. Gleichzeitig müsse die effizientere Nutzung der vorhandenen Energie in allen Sparten – Strom, Wärme und Verkehr – vorangetrieben werden. **□**

LEW-Schulwettbewerb zum Thema Energieeffizienz:

„Pack's an – Gemeinsam geht's schlauer“

Unter dem Motto „Pack's an – Gemeinsam geht's schlauer“ startete der RWE-Schulwettbewerb zum Thema Energieeffizienz: Schüler entwickeln Projekte, durch die sie Menschen in ihrem eigenen Umfeld zum bewussteren und effizienteren Umgang mit Energie bewegen. In Bayern wird der Schulwettbewerb von „Forum Schule“, der Bildungsinitiative der Lechwerke AG (LEW), durchgeführt.

In der Augsburger LEW-Zentrale fand die offizielle Auftaktveranstaltung des Wettbewerbs an den bayerischen Schulen statt. Einleitend erläuterte LEW-Vorstand Paul Waning das von der Muttergesellschaft RWE aufgelegte Energieeffizienz-Programm: „Der RWE-Konzern hat sich zur Unterstützung der politischen Klimaschutzinitiativen für ein 150 Millionen Euro Programm in den nächsten drei Jahren entschlossen. Die LEW hat davon einen Anteil von 10 Millionen Euro, um Einsparpotenziale zu aktivieren.“

Straßenbeleuchtung

Ein Beispiel der Förderung mit Mitteln aus dem LEW-Energieeffizienzprogramm sei die zur Zeit laufende Ausrüstung der Straßenbeleuchtung in Königsbrunn bei Augsburg mit modernen Energiesparlampen. Für die Kommune mache sich die Investition in die neue Technik in kurzer Zeit bezahlt und der Haushalt werde entlastet.

Die Aktivierung von Einsparpotentialen beginne mit Kommunikation – aufklären, informieren, auch schon in der Grundschule. Es sei wichtig, so Waning, dass bei den Schülern ein Bewusstsein für Energie

„erfahren und erlernt“ werde. Dieses würden sie dann auch an die Eltern weitergeben. Er spreche aus eigener Erfahrung, z.B. was das Sortieren von Müll angeht: „Meine Kinder waren da renitent“. Kinder würden Themen ernst nehmen und hätten oft einen missionarischen Drang. Auch seien sie freier in ihren Handlungen. Während bei Erwachsenen oft die Devise gelte: „Treiber ist die Ökonomie, nicht die Ökologie“, müsste der Nachwuchs die ökonomische Abwägung nicht machen.

Herz und Charakter

Gabriele Schlecht vom „Forum Schule“, hat es sich zum Ziel gemacht, „nicht nur Wissen und Können, sondern auch Herz und Charakter zu prägen“. Unter dem Motto „Wir wollen was Neues“ wurde die Bildungsinitiative unter der Schirmherrschaft des bayerischen Kultusministers Siegfried Schneider im Schuljahr 2005/06 gegründet.

Wechselweise profitieren

„Forum Schule“ stellt eine Plattform bereit, bei der sich Wirtschaft und Bildungsinstitutionen zum gegenseitigen Nut-

zen austauschen können. Gleichzeitig haben Schüler und Lehrkräfte ein breites Angebot an energiereichen Themen. Ganz im Sinne der Stiftung Bildungspakt Bayern, deren Stifterunternehmen es als ihre gesellschaftliche Verantwortung ansehen, die bayerische Bildungslandschaft mit Ressourcen, aber auch mit Know-how zu unterstützen und zu begleiten.

Unterrichtshilfen

„Wichtig ist, dass alle Schularbeiten, aber auch der Kindergartenbereich von uns durchgängig bedient werden“, so Schlecht. Ein Forum im Internet (www.lew-forum-schule.de) soll bei der Umsetzung der für das Unterrichtsjahr 2008/09 geplanten Maßnahmen helfen. Es bietet werthaltige Unterrichtshilfen an, die zielgruppengerecht – also für Grundschüler, Jugendliche sowie Lehrer und Eltern – aufbereitet sind. Angesprochen seien aber alle Akteure im Bildungssektor.

Schüler als Multiplikatoren

Neben einer Suchmaschine für Unterrichtsmaterialien, Online-Spielen, z. B. zum Standby-Stromverbrauch wird auch interaktiv Wissen vermittelt. Daneben gibt es Downloadmöglichkeiten für Redakteure von Schülerzeitungen.

„Wir sehen die Schüler als Multiplikatoren“, sagt Uta Rinck von Forum Schule. „Durch den

Schulwettbewerb „Pack's an – Gemeinsam geht's schlauer“ sollen andere Menschen zum Mitmachen bewegt werden.“ Dabei ist dem Ideenreichtum der Schüler keine Grenze gesetzt: von der Postkarte bis hin zu technischen Lösungen – wichtig ist, dass andere Menschen zum Mitmachen bewegt werden.

Fördermittel

Die Umsetzung der besten Ideen wird mit Fördermitteln von bis zu 1.000 Euro (Grundschulen 500 Euro) unterstützt, die besten Projektgruppen aus den bayerischen Schulen haben zusätzlich die Chance auf Sonderpreise im Wert von 1.000 Euro. Alle teilnehmenden Schulen erhalten kostenlose Arbeits- und Informationsmaterialien, darunter einen Energiesparkoffer mit praktischen Messgeräten. Bis 31. Januar 2009 müsse eine feste Projektzusage vorliegen, bis 30. Mai deren Umsetzung erfolgt sein. Anschließend werden die geförderten Projekte dokumentiert und evaluiert.

Verhaltenswandel im Visier

Die Regionalsieger können auf Bundesebene weitere 10.000 Euro zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen an ihrer Schule gewinnen. „Wir wollen bei den Kindern mit unserer Kampagne Leidenschaft erzeugen. Die Umsetzung des erreichten Wissens soll zu einem allgemeinen Verhaltenswandel beitragen“, betont Gabriele Schlecht.

Dr. Anke Blöbaum von der Ruhr-Uni Bochum betont, dass es anstrengend sei, gewisse Verhaltensgewohnheiten beim Menschen zu durchbrechen.



Die Projekte an den Schulen werden mit bis zu 1.000 Euro für die Umsetzung gefördert, alle teilnehmenden Schulen erhalten außerdem kostenlose Arbeits- und Informationsmaterialien, darunter einen Energiesparkoffer mit praktischen Messgeräten.

„Bei uns besteht eine Kluft zwischen Einstellung (hohes Umweltbewusstsein bei Verkehrsmitteln, Müll und Umgang mit Energie) und dementsprechendem Verhalten.“

Soziale Norm

Erst müsse sich eine soziale

Norm beim Umweltschutz etablieren. Kinder könnten dabei eine wichtige Multiplikatorenrolle spielen, da sie oftmals zu Hause ein Mitspracherecht hätten. Wenn Energiesparen „cool“ und „angesagt“ sei, werde dies auch positiv in die Diskussion mit der Familie eingebracht. dsp

Technisches Sicherheitsmanagement der LEW:

Bei Unterhalt, Wartung und Betrieb des Stromnetzes zertifiziert

Mit der offiziellen Urkundenübergabe durch Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (VBEW), die gestern Abend in der LEW-Unternehmenszentrale stattgefunden hat, konnte die Lechwerke AG (LEW) ein wichtiges Projekt abschließen: Die LEW Netzservice GmbH, die für Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung des LEW-Stromnetzes zuständig ist, sowie die LEW Verteilnetz GmbH, die Betreibergesellschaft des LEW-Stromnetzes, haben ihr Technisches Sicherheitsmanagement (TSM) erfolgreich zertifizieren lassen.

Das branchenspezifische TSM-Zertifikat belegt, dass die gesamte Aufbau- und Ablauforganisation beider Gesellschaften allen gesetzlichen und technischen Normen entspricht und keine Mängel in der organisatorischen und technischen Sicherheit bestehen.

Mehr als 200 Fragen

Knapp ein Jahr waren Projektteams in beiden Unterneh-

men damit beschäftigt gewesen, den mehr als 200 Fragen umfassenden Prüfkatalog des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zu beantworten. Untersucht wurden alle Betriebsabläufe, die Schnittstellen und Verantwortlichkeiten sowie die Dokumentation und Kommunikation.

Zertifizierung

„Wir haben eine Menge Ar-

beit in die Zertifizierung gesteckt“, berichtet Theo Schmidtnr, Geschäftsführer der LEW Netzservice GmbH. „Schließlich wurden alle Bereiche hinsichtlich organisatorischer Defizite geprüft.“ Stießen die Teams auf Schwachstellen in Organisation, Dokumentation oder Kommunikation, wurden diese korrigiert.

Nachholbedarf

„Die Prüfung hat uns gezeigt, dass wir im Vergleich zu anderen Unternehmen insgesamt schon gut aufgestellt waren“, sagte Manfred Lux, Geschäftsführer der LEW Verteilnetz GmbH. „Nachholbedarf gab es eigentlich nur bei der Dokumentation. So haben wir alle Handbücher noch einmal überarbeitet und in eine einheitliche Form gebracht, sodass wir nun über eine bis ins Detail durchgehende Dokumentation aller Verantwortlichkeiten, Zuständigkeiten und Abläufe verfügen.“

Auf Herz und Nieren geprüft

Ob die entsprechenden Vorgaben und Regeln tatsächlich umgesetzt wurden und im Arbeitsalltag befolgt werden, untersuchten zwei vom BDEW bestellte Prüfer im Rahmen einer zweitägigen Zertifizierung: „Hier wurden wir auf Herz und Nieren geprüft“, sagt Theo Schmidtnr. „Die Prüfer gingen vor Ort zu den Kollegen in die Betriebsstellen um zu testen, ob unsere Angaben im Prüfkatalog mit dem übereinstimmt, was in der täglichen Praxis gelebt wird.“ □



Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V., (2. v. r.) gratuliert Paul Waning, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG, zur erfolgreichen Zertifizierung. Theo Schmidtnr, Geschäftsführer der LEW Netzservice GmbH (l.) und Manfred Lux, Geschäftsführer der LEW Verteilnetz GmbH (r.) freuen sich über die Urkunden. Bild: LEW / Bleier

Sparkassen-Finanzgruppe

Genießen, sich sichern, besser vorsorgen.

51%

besser jetzt als später Ihre schenken

Jetzt Riester-Förderung sichern: Über 51% sind möglich!* Mehr Informationen unter: www.roterballon.de

Zugeschnitten auf Ihr Leben. Die Sparkassen-Altersvorsorge.



Wenn Ihre Altersvorsorge gut sitzen soll, nehmen Sie eine nach Maß! Wir stecken Ihre Bedürfnisse genau ab und schneiden Ihnen ein ganzheitliches Vorsorgekonzept direkt auf den Leib. Damit Ihre finanziellen Freiräume durch attraktive Erträge ständig wachsen. Infos in Ihrer Geschäftsstelle oder auf www.sparkasse.de. Wenn's um Geld geht – Sparkasse.

*Die Höhe der staatlichen Förderung für Ihre Vorsorge ist abhängig von Ihrer Lebenssituation.

Informationsveranstaltung von „Pro Nah“ in Pfaffenhausen:

„Klimaschutz - das (Unter) Allgäu handelt“

Es ist mittlerweile unumstritten, was auch die Kernaussage beim „Pro Nah“-Diskussionsabend in Pfaffenhausen zum Thema „Klimaschutz“ war: Der Klimawandel ist da und lässt sich nicht mehr weg diskutieren. Als Hauptverursacher der Klimaprobleme wurde der CO₂-Ausstoß ausgemacht, der insbesondere vom Verbrennen fossiler Energieträger abhängt. Was kann eine Region wie das (Unter)Allgäu, was kann ein Einzelner und was können Unternehmen und Kommunen tun, um der heraufziehenden Katastrophe zu begegnen? Der „Pro Nah“-Vorsitzende im Unterallgäu, Hermann Kerler, beschrieb das Problem mit Fakten und Zahlen auch zum Unterallgäu.

Für die interessierten Zuhörer gab es eine Fülle von Anregungen, Zukunftsszenarien, Handlungsempfehlungen, Erfahrungswerten und Lösungsversuchen, die sich vor allem auf regionale Ansätze konzentrierten. Darum hieß die Veranstaltung auch „Klimaschutz - das (Unter)Allgäu handelt“. Mehrere Experten stellten ihre Positionen rund um das Energiesparen und um den Klimaschutz in der Region vor.

Es sei beim Klima „fünf Sekunden vor oder bereits nach dem Zwölf“, sagte Martin Sambale vom „eza Energie- und Umweltzentrum Allgäu“ in seinem engagierten Vortrag. Da auf die Politik kaum zu hoffen sei, müssten die Regionen selbst aktiv werden. Derzeit gebe es durch die hohen Energiepreise sogar einen positiven Schub im Verbraucherverhalten und Klimaschutz – ein Zeichen, dass über das Geld einiges zu aktivieren sei. Im Allgäu werde es demnächst ein Zukunftsprojekt geben mit dem Titel „Klimaschutz - das Allgäu handelt“. Hierfür werde das Allgäu Modellregion und als Vorzeigeregion entwickelt. Ziel sei es, überall im

privaten Bereich die CO₂-Emissionen zu reduzieren. Einsparpotentiale sehe man in Verhaltensänderungen (Reisen, Ernährung etc.) und bei Investitionen wie Gebäudesanierungen oder effizienten Haushaltsgeräten. Ähnliches gelte auch bei Unternehmen und Kommunen. Letztlich gehe es also um regionale Ausgleichs über Klimaschutzfonds und um die Finanzierung regionaler Klimaschutzmaßnahmen. Die Pilotphase starte öffentlichkeitswirksam in einem halben Jahr. Man hoffe auf eine hohe Beteiligung Privater sowie auch der Unternehmen und der Kommunen. Wichtig sei es jedenfalls, dass alle zusammenhalten und -helfen. Jeder werde spüren, dass es sich lohnt.

Energiemodelle

Mit dem Klimaschutz speziell durch Kommunen befasste sich Professor Thomas Hamacher vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik Garching. Er sprach sich dafür aus, das Thema Klima in die Stadt- und Ortsplanungen einzubringen. Am

Beispiel konkreter Erfahrungen seines Instituts in Wien, in Greifswald oder auch im „kleinen“ Unterallgäu, zeigte er die systematische Vorgehensweise und die Erstellung von Zukunftsszenarien und Energiemodellen auf. Jedenfalls müsse künftig das Abwägen der Energieauswirkungen ein fester Bestandteil der Stadtplanung werden. Dies erfordere Maßnahmenkataloge und permanente Überprüfungen der Energieeffizienz. Für die Gemeinden und ihre privaten Haushalte sei dies ein Aufwand, der notwendig, aber auch lohnend sei.

Regionales Handeln

Der „Pro Nah“-Diskussionsabend bot auch die Möglichkeit, gelungene Beispiele zum regionalen Klimaschutz vorzustellen. Landrat Hans-Joachim Weirather machte den Anfang und berichtete über das „Energiemanagement für Kreisgebäude“ im Unterallgäu. Seine Botschaften hießen: „Das Unterallgäu handelt“, „das Thema ist im Landkreis gut angekommen“, „es gibt keinen Grund zum Zaudern“ und es gebe „viele Möglichkeiten, Energie zu sparen“. Der Landkreis besitze eine Großzahl von Gebäuden als Handlungsobjekte. Hier könne man durch entsprechende Einsparungen (Warmwasser, Stromverbrauch...) und durch förderliche Investitionsentscheidungen (Wärmedämmungen, Heizungen, Dachsanierungen...) viel bewirken. Der Kreis habe bereits zahlreiche seiner Einrichtungen von Gas- oder Ölheizungen auf Fernwärme und Hackschnitzel-Heizungen umgestellt. Somit wisse man, dass allein ein betreutes, permanentes Energiemanagement zu Einsparungen von rund 30 Prozent führen könne. Fazit von Landrat Weirather: „Ökologie und Ökonomie stehen nicht im Widerspruch!“

Expansion von E.ON und RWE gestoppt

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat einer weiteren Ausdehnung des Energiekonzerns E.ON einen Riegel vorgeschoben, um den Wettbewerb auf dem Strommarkt zu stärken. E.ON habe zusammen mit RWE in Deutschland eine marktbeherrschende Stellung, heißt es in der Entscheidung. Auf dem Strommarkt gebe es keinen freien Wettbewerb.

Mit dieser Begründung untersagte der BGH-Kartellsenat dem Unternehmen eine Minderheitsbeteiligung an den Stadtwerken Eschwege. Der BGH gab damit dem Bundeskartellamt Recht, das den beabsichtigten Kauf von einem Drittel der Anteile 2003 verboten hatte.

E.ON und RWE werden mit dem BGH-Beschluss weitere Beteiligungen an kommunalen Stromversorgungsunternehmen untersagt. Der BGH wies darauf hin, dass E.ON und RWE bereits jetzt Anteile an insgesamt 204 Strom verteilenden Unternehmen haben. Insgesamt sind etwa 350 der rund 700 kommunalen Versorgungsunternehmen direkt oder indirekt in Händen großer Energiekonzerns. Es sei Geschäftsstrategie von E.ON und RWE, sich durch Minderheitsbeteiligungen an Stadtwerken und sonstigen Stromversorgern Absatzgebiete zu sichern, hielt der BGH-Kartellsenat fest. RWE und E.ON bildeten ein marktbeherrschendes Oligopol, dem weder ausländische Stromanbieter wegen der geringen Durchleitungskapazität der Kuppelstellen an den deutschen Grenzen noch die beiden anderen großen Energieversorger Vattenfall und EnBW

Leidenschaftlich warb Architekt Jochen Schurr aus Bad Wörishofen für Altbausanierungen und Maßnahmen zur Energieeinsparung durch Hausbesitzer. Doch: „wenn man saniert, dann g'scheit“, sagte er und stellte die Möglichkeiten vor. Einsparungen ergäben sich durch Dämmungen am und im Gebäude und durch eine effiziente Heiztechnik. Es solle auch keine Sanierung mehr ohne Installation einer Belüftungsanlage geben. Seine Erkenntnis lautete: Eine energetische Sanierung ist vernünftig und rechnet sich auch, zumal Einsparungen im Energieverbrauch bis zu 90 Prozent erreicht werden könnten.

Dr. Martin Demmeler aus Ottobern belegte am Beispiel des Konzepts „Von hier“ der Allgäuer Lebensmittelfirma Feneberg, dass auch der Bereich Ernährung enorme Möglichkeiten der Energieeinsparung biete. Hier gehe es vor allem um „kurze Wege“ und um die Reduzierung des Transportaufwandes. Lebensmittel würden weltweit und überregional hin und her transportiert, aus ferneren Ländern importiert und energieaufwendig gelagert. Feneberg habe als Alternative ein regionales Vermarktungskonzept entwickelt und beziehe Produkte aus der Region und aus einem Umkreis von bis zu 100 Kilometer. Damit fördere man nicht nur die regionalen Erzeuger, sondern man vermeide auch erheblichen, nachteiligen Energieverbrauch durch Flugzeug-, Schiff- und LKW-Transporte. Auch die aus den Transporten entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten für Straßenbau, Lärmschutz, Unfälle oder Umweltschäden müsste man dazu rechnen. Demmeler forderte, in „Kreisläufen“ zu denken und das Potential einer Region mehr zu nutzen. Sein Fazit: „Klimaschutz auf kurzen Wegen ist regional möglich!“

Schließlich stellte Walter Höhle von der Raiffeisenbank Pfaffenhausen die verwirrende Vielfalt von Förderprogrammen und Finanzierungsmöglichkeiten bei energierelevanten Investitionen vor. Hermann Kerler versprach zum Schluss für den Verein „Pro Nah“, den Dialog zum Thema „Klimawandel“ fortzusetzen. □



Die Referenten und Experten des Diskussionsabends zum Klimawandel durften zum Schluss symbolisch ein Haus dämmen. Von links: Walter Höhle (Raiba Pfaffenhausen), Architekt Jochen Schurr, Dr. Martin Demmeler (für Fa. Feneberg), Professor Thomas Hamacher (Max-Planck-Institut), Martin Sambale (eza), Landrat Hans-Joachim Weirather und Pro-Nah-Vorsitzender Hermann Kerler. Text und Bild: Josef Hölzle

„Roadshow Kommunale Beleuchtung“:

Mehr Licht, weniger Kosten

Event in München – Veranstalter ZVEI und Kampagne „Energiesparende Beleuchtung“

Die bundesweite „Roadshow Kommunale Beleuchtung“ bietet Anwendern, Anbietern und Experten aus Politik und Wirtschaft die Möglichkeit zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch. Die Veranstalter ZVEI (Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.) und die Kampagne „Energiesparende Beleuchtung“ der Berliner Energie Agentur wollen die Verantwortlichen in den Kommunen ansprechen, neue Technik schneller einzuführen. In Bayern wird die Reihe unter anderem vom Bayerischen Energieforum und der Energieagentur Mittelfranken unterstützt.

Auf einer Veranstaltung in München im Haus der Bayerischen Wirtschaft wurde schwerpunktmäßig das Einsparpotenzial im Bereich der Beleuchtung diskutiert. In Bayern beträgt dieses nach Schätzung des ZVEI jährlich 480 Millionen Euro. Ein Praxis-Beispiel aus Kempten in Bayern rechnete Mechthild Zumbusch von der Berliner Energieagentur vor: „Durch die Umrüstung vorhandener Leuchten mit energiesparenden Lampen werden 35 Prozent des Stroms eingespart. Das sind mehr als eine Million Kilowattstunden pro Jahr bzw. 630 Tonnen CO₂.“

Hürden „beleuchten“

Die Politik hat den Handlungsbedarf erkannt. Sie muss zunehmend gesetzgeberisch tätig werden, um die selbst gesteckten und von der EU verordneten CO₂-Energieeinsparziele von 20 Prozent bis 2020 zu erreichen. Bei der Roadshow geht es darum, die Hürden und die geeigneten Lösungsmöglichkeiten zu „beleuchten“.

Da die Stadt München neuer Partner des „GreenLight“-Programms der Europäischen Kommission ist, wurde Volker Krefß und Ralf Noziczka von der Abteilung Straßenbeleuchtung und Verkehrstechnik der Landeshauptstadt im Rahmen der Roadshow eine Urkunde überreicht. In die Initiative wurden bislang über 30 Partner in Deutschland, darunter acht aus Bayern aufgenommen. Sie haben sich verpflichtet, ihre Beleuchtung auf den neuesten Stand der Technik zu bringen und so Energieverbrauch und CO₂-Ausstoß zu vermindern. Insgesamt hat das Programm 500 Projektpartner in 26 europäischen Staaten.

Umfangreiche Sanierungen

In München wurden in den vergangenen Jahren laut Krefß bereits über 25 Prozent der Straßenbeleuchtung erneuert. Weitere umfangreiche Sanierungen seien in den kommenden Jahren geplant. Bislang habe dies dazu geführt, dass der Energieverbrauch für die modernisierte Straßenbeleuchtung um 38

Prozent gesunken sei und damit jährlich rund 1.000 Tonnen CO₂ weniger abgegeben werden.

Beitrag der Kommunen

Markus Sackmann, zum Zeitpunkt der Roadshow noch bayerischer Wirtschaftsstaatssekretär, würdigte das Engagement bayerischer Kommunen für mehr Klimaschutz und verbesserte Energie-Effizienz: „Bayern hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2020 die CO₂-Emissionen von heute sieben Tonnen auf deutlich unter sechs Tonnen pro Kopf zu mindern und die Energieproduktivität um 30 Prozent zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, sind Anstrengungen in allen Bereichen der Energienutzung erforderlich. Mit Investitionen in moderne energieeffiziente Straßenbeleuchtung leisten bayerische Kommunen dazu einen wertvollen Beitrag.“

Veraltete Technik, „verbranntes“ Geld

„Jede dritte Straßenlaterne ist noch aus den 60er Jahren. Mit so veralteter Technik wird Geld der Bürger buchstäblich verbrannt“, erläuterte Dr. Jürgen Waldorf, Geschäftsführer der ZVEI-Fachverbände Elektroleuchten und elektrische Lampen. „Nur etwa drei Prozent der Lampen und Leuchten werden jedes Jahr erneuert.“

Neue Finanzierungsmodelle

„Zahlreiche Städte und Gemeinden haben erhebliche Einsparpotentiale“, betonte Waldorf. Der Verbrauch für die Beleuchtung von Straßen, Plätzen, Verwaltungsgebäuden, Schulen und Krankenhäusern mache bundesweit einen großen Teil des gesamten Strombedarfs von Kommunen aus. Neue Finanzierungsmodelle wie das so genannte Contracting seien gute Instrumente für Städte und Gemeinden, ihre Hausaufgaben zu machen. Private Geldgeber finanzierten dabei Investitionen vor. Stromersparungen und CO₂-Verminderung ließen sich auf diese Weise ohne finanzielle Belastung für Kommunen erreichen. **DK**

Vor 55 Jahren im Landkreis Mühldorf:

Erstes Erdöl in Bayern entdeckt

Vor 55 Jahren wurde im Landkreis Mühldorf das erste Erdöl in Bayern entdeckt. Wenn die Öl- und Gaspreise weiter so steigen, stellt sich die Frage, ob sich nicht bald wieder aufwändige Bohrungen lohnen.

1953 wurden im sogenannten ostbayerischen Molassebecken die ersten Tiefbohrungen nach dem 2. Weltkrieg niedergebracht, nachdem man bereits Jahre zuvor im niederbayerischen Füssing nach Öl gebohrt hat, aber hier nur auf heißes Wasser gestoßen ist. Bei der ersten Bohrung in Heldenstein stieß man in rund 1800 Metern Tiefe nur auf geringe Ölschichten. Bei der zweiten Bohrung nahe Ampfing erreichte man einen öl- und gasführenden Sandstein. Mit diesen ersten Funden ging Ampfing in die Erdöl- und Erdgasgeschichte Bayerns ein. Insgesamt hat man im ostbayerischen Molassebecken rund 160 Bohrungen abgeteuft, rund 100 wurden dann in 20 Erdöl- und Erdgasfeldern für eine Ölgewinnung und Gasproduktion ausgebaut und angeschlossen.

Das geförderte Erdöl wurde vom Ampfing Bahnhof zu den Raffinerien abtransportiert. Als dann in den 60er Jahren die erste Raffinerie in Ingolstadt errichtet wurde, hat man das in Ampfing geförderte Erdöl dort verarbeitet. In Bayern begann die Suche nach Erdöl bereits vor dem 2. Weltkrieg, nach der Machtergreifung Hitlers. So wurde z. B. im niederbayerischen Füssing gebohrt, aber man fand hier weder Gas noch Öl, dafür aber eine heiße Kochsalz-Schwefeltherme, die dann in den Nachkriegsjahren erschlossen wurde und zum heutigen bekannten Bad Füssing führte.

Die Bohrungen Ampfing II und III waren gasförmig geworden, doch erst bei der Bohrung IV fand man Erdöl, was damals für eine Sensation sorgte, denn nun konnte Öl und Gas im voralpinen Molassebecken nachgewiesen werden. Weitere Gasfunde

machte man dann in Steinkirchen, Isen, Albaching, Weitermühle und Schnapping. Für das Erdgas mussten damals noch die nötigen Abnehmer gefunden werden. Die Stadt München hatte damals vorausblickend von Kokereigas auf Erdgas, das einen höheren Brennwert hatte, umgeplant. 1957 wurde die Erdgaslieferung aufgenommen. München war damit die erste Großstadt der Bundesrepublik, die an die Erdgasversorgung angeschlossen wurde. Mit der Mobil Oil AG in Ampfing, die bis zu 130 Mitarbeiter beschäftigte, kamen neue Impulse in die Gemeinde.

1957 wurde auch das Konsortium, die „Bayerische Erdgasleitung GmbH“ gegründet, um den Bau von Rohrleitungen für das Erdgas zu forcieren. Nach und nach wurden Waldkraiburg, Ampfing, Mühldorf, Haag, Erding, Dorfen, Landshut angeschlossen und auch Großbetriebe wie die Nitrochemie in Aschau, Wacker in Burghausen, das Milchwerk Weiding und Höchst in Gendorf.

In Bierwang bei Gröden wurde 1964 eine große Gaslagerstätte entdeckt; von hier baute man Gasleitungen nach München und Gendorf. Nachdem das Gasvorkommen ausgefördert war, wurde ein Gasspeicher angelegt. 1974 entdeckte man ein Erdgasfeld bei Eggstätt im Chiemgau, auch dort wurde ein unterirdischer Gasspeicher entwickelt. Im Sommer 1998 wurde mit dem Verschließen der Bohrungen und dem Ziehen der Förderleitungen die Gewinnung von Erdgas und Erdöl beendet. Im sogenannten Ampfing Feld sind in rund 40 Jahren 3,6 Millionen Tonnen Erdöl und rund 14 Milliarden Kubikmeter Gas gefördert worden. **Jos. Göllinger**

3. Energietag Westmittelfranken in Triesdorf:

Fokus auf erneuerbare Energien

Triesdorf (wefa) – Der Groll gegen die „Schlaumeier, die uns als Baukastenspieler und Spinner verspottet haben“, sitzt tief bei Josef Göppel, dem Bundestagsabgeordneten aus Herrieden, dem der Ruf des „Energiepapstes“ vorausgeht. Die jüngste Entwicklung auf den Finanzmärkten und in der Wirtschaft ist ihm Beweis genug, dass er richtig liegt mit seiner Botschaft, in allen Bereichen noch mehr auf den Einsatz von erneuerbaren Energien zu setzen.

„All jene Herren mit ihren gegelten Haaren und schwarzen Anzügen haben unser Land fast an den Abgrund geführt“, schimpft der wohl bekannteste Umweltpolitiker der CSU. Beim „3. Energietag Westmittelfranken“ in Triesdorf (Landkreis Ansbach) ließ er Dampf ab: „Mich ärgert es, wenn aktive Menschen für dumme verkauft werden, die die Entwicklung tatsächlich vorangebracht haben.“ Die aktuellen weltweiten Vorgänge offenbaren: „Die langfristigen Gesetze der Natur können von virtuellen Geldschiebern nicht außer Kraft gesetzt werden.“

Göppel ist zuversichtlich, dass die Beratungen im Bundesrat so flott vorangehen, dass im Juni 2009 die Energieeinsparungsverordnung seine endgültige Fassung erhält. Dann wird die Nutzung von erneuerbaren Energien beim Hausneubau verbindlich vorgeschrieben. Im besten Fall erwartet er eine Energieeinsparung um 80 Prozent. Mit Befriedigung sieht Göppel, wie nun auch die Internationale Energieagentur von ihren bisher optimistischen Prognosen abrückt. Deshalb sein Postulat: „Weg vom Öl, wo immer wir können!“ Der hochwertige Rohstoff Öl werde künftig in anderen Bereichen gebraucht und sei für das Verbrennen zu schade.

Im neuen EEG ist die 30-prozentige Senkung des zulässigen Energiebedarfs verankert. Die Norm ist dann 70 kw/h pro Qua-

dratmeter im Jahr, für 2012 wird sogar ein Wert von 40 kw/h angestrebt. Göppel steht fest dahinter: „Das ist der richtige Weg!“ Bei Neubauten soll der Pflichtanteil am Wärmebedarf bei Sonnenkollektoren 15 Prozent betragen, bei Bioerdgas in Kälte-Wärme-Koppelung 30 Prozent, bei Holz 50 Prozent und bei effizienten Wärmepumpen bei 50 Prozent liegen.

Um die Altbauten umzurüsten gibt der Staat finanzielle Anreize: Sonnenkollektoren zur Warmwasseraufbereitung werden mit 60 Euro/m² bezuschusst, solche mit Heizungsunterstützung mit 105 Euro. Für eine Holzpelletsheizung gibt es 1500 Euro Zuschuss pro Anlage, für eine Scheitholzverbrennung 1250 Euro und für Wärmepumpen 10 Euro/m². Sein Gebäudesanierungsprogramm hat der Staat von einer auf 1,6 Milliarden Euro aufgestockt (bis 2011).

Göppel rät, die Angebote anzunehmen, denn: „Es kommt die Zeit, wo niemand mehr bei der energetischen Sanierung hilft, dann sind die Leute auf sich selbst gestellt.“ Die Finanzierung durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (kfw.de) hält er für „bombig“: zinsgünstige Kredite und Investitionszuschüsse, Zinssatz 2,05 Prozent, Tilgungssatz fünf Prozent oder zehn Prozent Zuschuss zu den Investitionskosten.

Auch die Gemeinden können mit Unterstützung rechnen. Geld gibt es für die energetische Sanierung von Gebäuden, für Kon-

zepte zur Einsparung von Heizenergie, für sparsame Straßenbeleuchtung (25 Prozent Zuschuss) und für die Finanzierung (1,8 Prozent Zins).

Der Herriedener Abgeordnete sieht Westmittelfranken auf einem guten Weg, beim Wettbewerb „Bioenergie regional“ ganz vorne mitzumischen. Der Antrag aus der Region ist unter den ersten 50 von 210 aus ganz Deutschland zu finden. Jetzt wird noch ein regionales Entwicklungskonzept erstellt, für das der Bezirkstag schon seine Zustimmung gegeben hat. Alle Ideen aus den Gemeinden und

BayWa-Konzern trotz der Rezession

Bestes Geschäftsjahr der Firmengeschichte erwartet
Rekordgewinn mit Getreide und Heizöl

München. Trotz der weltweiten Finanzkrise bleibt der BayWa-Konzern auf Erfolgskurs. Der neue Vorstandsvorsitzende Klaus Josef Lutz stellte für das laufende Geschäftsjahr der Presse in München sogar den höchsten Gewinn der 85-jährigen Firmengeschichte in Aussicht. Er wird in einer Höhe von rund 100 Millionen Euro vor Steuern erwartet. Beim Umsatz soll erstmals die Marke von acht Milliarden Euro überschritten werden.

Für die ersten neun Monate 2008 liegen die Zahlen, so Lutz, deutlich über denen des Vorjahres, wobei das Handelsunternehmen vor allem von starken Zuwachsraten im Getreide- und Düngemittelhandel sowie im Mineralölgeschäft profitierte. Den größten Umsatz- und Ertragszuwachs erwirtschaftete das Konzernsegment Agrar. Hier machte sich besonders in der ersten Jahreshälfte der Aufschwung in der Agrarwirtschaft bemerkbar. Der Umsatz lag Ende September fast ein Drittel über dem Vorjahreswert und erreichte 3,2 Milliarden Euro. Der starke Anstieg resultiert sowohl aus Preissteigerungen bei Getreide und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln als auch aus größeren Absatzmengen im Agrargeschäft. Hoch blieb die Investitionsbereitschaft auch im dritten Quartal. So registrierte die BayWa beispielsweise im September mit 436 den bisher höchsten Traktorenabsatz in einem Monat. Die Nachfrage nach Serviceleistungen zog ebenfalls erheblich an. Insgesamt legte die Techniksparte um mehr als 18 Prozent zu und erlöste 625 Millionen Euro.

Höhere Energie-Erlöse

Im Segment Bau verzeichnete der BayWa-Konzern trotz einem schwachen Marktumfeld insgesamt ein Umsatzplus von 5,7 Prozent auf knapp 1,4 Milliarden Euro. Das Wachstum kommt aus dem Baustoffhandel und dort überwiegend aus dem Bereich Sanierung. Dagegen blieb die Neubautätigkeit schwach. Insgesamt erwirtschaftete der Baustoffhandel einen Umsatz von rund einer Milliarde Euro und damit ein Plus von 8,6 Prozent. Der Einzelhandel war von der anhaltenden Konsumflaute geprägt. Außerdem wurden die Verkaufserlöse der Bau- und Gartenmärkte durch die Standortschließungen beeinflusst. Insgesamt führt dies zu einem leichten Umsatzrückgang.

Deutlich höhere Erlöse wurden im Segment Energie erzielt. Mit dem Absturz der Ölnotierungen stieg die Nachfrage nach Heizöl sprunghaft an. Hausbesitzer geben derzeit im Schnitt 30 Prozent weniger für den Brennstoff aus als noch vor vier Monaten. „Unsere Tankwagenfahrer sind rund um die Uhr im Einsatz“, erklärte Lutz. In den letzten neun Monaten steigerte die BayWa den Umsatz der Energiesparte um knapp 45 Prozent auf 1,84 Milliarden

Landkreisen sollen eingebaut werden. Koordinierend tätig ist Johann Sedlmaier vom EBA (Entwicklungs-, Beratungs- und Anwendungszentrum für verstärkte Nutzung von Biomasse). Dem Sieger des Wettbewerbs gibt das Landwirtschaftsministerium 400.000 Euro, die auf drei Jahre verteilt werden. Göppel ist versichtlich und vorsichtig zugleich: „Wir haben große Chancen, aber den Preis noch nicht in der Tasche.“

An die Kommunen appelliert der Obmann der CSU im Umweltausschuss des Bundestags, die eigenen Gebäude zu sanieren, Blockheizwerke zu bauen, Flächen zum Anbau von erneuerbaren Energien auszuweisen, Bürgschaften für Investitionen in erneuerbare Energien zu übernehmen und Gebäude für Bürgerso-

laranlagen zur Verfügung zu stellen. Eine Kehrtwendung in Richtung Gülle verspricht sich Göppel an der Änderung des EEG zum 1.

Januar 2009. Dann gilt die Lösung „Weg vom Mais“. Das ist ein Vorteil für die kleinbäuerlichen Strukturen. □



Von links: MdL Gerhard Wägemann, IHK-Vizepräsidentin Erika Gruber, MdB Josef Göppel, Unternehmer Dr. Karl-Friedrich Osberger und Weißenburgs Landrat Franz Xaver Uhl. Foto Falk

16.251. Während im Segment Agrar aufgrund der anziehenden Geschäftstätigkeit ein leichter Zuwachs zu verzeichnen war, kam es im Segment Bau zu einer Anpassung der Mitarbeiterzahl an die verhaltene Nachfrage.

Die BayWa rechnet damit, dass sich die Kaufzurückhaltung in den nächsten Monaten bemerkbar machen wird. 2009 halte der Konzern, so Lutz, an der Mittelfristplanung fest, die einen Gewinn von 100 Millionen Euro vorsieht. „Sollte jedoch der erwartete Konjunkturabschwung auch in unseren Branchen gravierende Auswirkungen haben, sind Korrekturen in unserer Planung nicht auszuschließen.“ Weiter wachsen soll das Handelsunternehmen durch Firmenzukäufe, vor allem in der Agrarsparte. Es laufen bereits Verhandlungen mit Übernahmekandidaten in Osteuropa. E.Scholl

SWM erhöhen Preise für Gas und Strom

Zum 1. Januar erhöhen die Stadtwerke München den Strompreis um 13 Prozent, für Gas sogar um 14 Prozent. Den Strompreis hatten die Stadtwerke drei Jahre lang stabil gehalten, das Erdgas aber bereits zum 1. Juli um 11 Prozent verteuert.

Begründet wird die Preiserhöhung mit der Entwicklung auf den Rohstoffmärkten und ihren gestiegenen Bezugskosten. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass sich - mit einer zeitlichen Verzögerung von rund einem halben Jahr - die derzeit niedrigeren Ölpreise auf die Gaspreise auswirken und im Frühjahr zu einer deutlichen Senkung führen werden. □

Gundelfingen:

Altanlagen raus – Effizienz rein

Südwärme versorgt Schulkomplex mit Sporthalle und Schwimmbad zentral mit Wärme

Als „Standard-Gebäudesituation, die so in vielen Kommunen anzutreffend ist“, beschreibt Südwärme-Vorstand Rudi Maier das im Ortszentrum der Kleinstadt Gundelfingen an der Donau (Landkreis Dillingen) anzutreffende Gebäude-Ensemble, bestehend aus Grund- und Hauptschule, Turnhalle mit Schwimmbad, Mehrzweckhalle und Kindergarten. Die Gebäude wurden jeweils über eine Heizzentrale in der Grund- und eine in der Hauptschule mit Wärme versorgt. Aufgrund des Alters der Anlagen und deren technischen Zustandes war eine komplette Sanierung notwendig.

Die Zielsetzungen des Stadtrates waren dabei, durch Steigerung der Effizienz deutlich Energiekosten einzusparen, und gleichzeitig die CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren. Nach einer europäischen Ausschreibung erhielt die Unterschleißheimer Südwärme AG, zusammen mit ihrem örtlichen Kompetenzzentrum der Firma Julius Gaiser, Ulm, den Zuschlag das neue Versorgungskonzept im Rahmen eines Wärmelieferungsvertrages (Contracting) umzusetzen.

„Kommunales Vorzeigeprojekt“

Basis des Südwärme-Konzepts ist die Übernahme der kompletten Verantwortung für Finanzierung, Bau und den Betrieb der neuen Heizzentrale in Zusammenarbeit mit der Firma Julius Gaiser. Nach nur sechs Monaten Bauzeit konnte die neue Heizzentrale unlängst in Betrieb genommen werden. Mit dabei war der ehemalige bayerische Minister für Landwirtschaft und Forsten, Josef Miller, der die neue Biomasse-Heizanlage mit Hackschnitzelfeuerung als ein „kommunales Vorzeigeprojekt“ würdigte. Und in der Tat, die Zahlen sind beeindruckend: Die neue, in einem separaten Gebäude untergebrachten Anlagen-Kombinati-

on, bestehend aus einem Biomassekessel für die Grundversorgung und einem Öl-Niedertemperaturkessel für Spitzenlasten, reduziert den CO₂-Ausstoß gegenüber der alten Gasheizung um sage und schreibe 85 Prozent - oder konkret: um etwa 550 Tonnen pro Jahr. Das entspricht dem CO₂-Ausstoß von zirka 230 Fahrzeugen mit einer jährlichen Kilometerleistung von 15.000 km.

Wirtschaftliches Konzept

Die Versorgung der Anlage mit Hackschnitzel erfolgt über die regionale Biomasse Energie Netzwerk eG, einer Genossenschaft, zu deren Gründern die Firmen Südwärme und Gaiser gehören. 90 Prozent der benötigten Holzmenge entstammt heimischen Wäldern; die Restmenge setzt sich aus Sägeholzresten zusammen. Für die Kommune ist dieses Konzept besonders wirtschaftlich, weil die Anlage voll eigenverantwortlich von Südwärme und ihrem Partner Gaiser betrieben und überwacht wird. Die Stadt Gundelfingen bezahlt im Rahmen des Wärmelieferungsvertrages ausschließlich für die abgenommene Wärme. Das Konzept schließt die Vollwartung sowie mögliche Instandhaltungen und Reparaturarbeiten durch den Energiedienstleister mit ein. □



Wer Geld fürs Alter auf die Seite legen will, sollte jede Unterstützung nutzen. Nehmen wir nur die **Riester-Rente** – bei ihr gibt es zum Beispiel für eine 3-köpfige Familie schon bis zu 608 Euro Förderung – Jahr für Jahr. Wie auch Sie sich maximale staatliche Zuschüsse und Steuervorteile sichern können, planen wir mit Ihnen, als wär's für uns selbst. Mehr darüber erfahren Sie in über 4.000 Agenturen und Sparkassen in Ihrer Nähe oder unter www.versicherungskammer-bayern.de

Private Altersvorsorge

VER SICHER KAMMER UNGS
KAMMER
BAYERN

Finanzgruppe

Wir versichern Bayern.

Heilkraft für unser Klima aus 1000 Metern Tiefe

Bad Füssing (obx). Die Heilkraft des Bad Füssinger Thermalwassers bei Erkrankungen des Bewegungsapparats, bei Rheuma oder Rückenschmerzen ist legendär. Jetzt hilft die Heilquelle aus 1000 Metern Tiefe auch dabei, unsere Atmosphäre zu „heilen“. Durch den Einsatz des Wassers für Heizzwecke wird die CO₂-Belastung der Umwelt deutlich reduziert.

Seit Jahren bemühen sich die Bad Füssinger um eine maximale Nutzung der Restwärme ihres Thermalwassers. Entdeckt wurden Bad Füssings Heißwasserquellen bereits vor 70 Jahren auf der Suche nach Erdöl. Statt auf Öl stießen die Bohrtrups damals inmitten von Feldern und Wäldern auf heißes Wasser. Es war der Beginn der Erfolgsgeschichte von Bad Füssing, dem heute Übernachtungsstärksten Kurort auf dem Kontinent.

Energiequelle zum Nulltarif

Im Laufe der Zeit wurden drei Thermalquellen erschlossen. Heute sprudeln stündlich 100.000 Liter Schwefelwasser 56 Grad

Ayurveda im Gesundheitsnetz Rosenheim

Das Gesundheitsnetz Rosenheim und Region erfreut sich immer größerer Beliebtheit bei der Bevölkerung. Mehr als 10.000 Besucher informieren sich monatlich auf den Internetseiten der Stadt unter www.rosenheim.de/gesundheitsnetz über aktuelle Veranstaltungen zum Thema Gesundheit, in der Region über Pflegeeinrichtungen, Ärzte, Notdienste, Krankenhäuser, Beratungsstellen, Selbsthilfeeinrichtungen oder „News“ zu aktuellen Gesundheitsthemen. Gerne besucht werden auch die Seiten 'Wellness und Fitness'. Unter diesem Stichpunkt ist seit kurzem auch 'Ayurveda' als Unterkategorie zu finden. Anerkannte Einrichtungen präsentieren hier ihr Angebot.

Um das Informationsportal noch attraktiver für den Besucher zu gestalten, wurde auch die Suchmaschine aktualisiert. Ab sofort können neben der Namens- beziehungsweise Ortssuche auch Stichwörter im Detailfeld abgefragt werden. „Dies macht die Suche für unsere Nutzer noch einfacher und schneller“, freut sich Manfred Grundel, Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung bei der Stadt Rosenheim und gemeinsam mit Pia Schneider für die Gesundheitsseiten im Netz verantwortlich. Zweimal jährlich tagt der Internetbeirat „Gesundheitsnetz“, der mit Fachleuten aus dem Gesundheitswesen, dem Seniorenbeirat, dem Sozialamt und Behindertenbeauftragten besetzt, stete fachliche Verbesserungen der Seiten plant. Um die Aktualität der Einträge kontinuierlich zu gewährleisten, sind allerdings möglichst viele Einträge von Gesundheitsdienstleistern erforderlich. Die Einträge sind kostenlos, die Anmeldung ist bequem unter www.rosenheim.de/gesundheitsnetz unter dem Stichwort 'Kontakt' möglich. □



Von links: die Kurdirektoren Dirk Sasse, Thomas Jahn und Michael Grießer. Foto: Gerd Spranger

heiß aus dem Boden und füllen die mit 12.000 Quadratmetern ausgedehnte Thermalwasserlandschaft Europas. Hat das Wasser in den drei Bad Füssinger Thermen seine Aufgabe als Heilmittel erfüllt und ist es zum Baden zu kalt geworden, wird das Wasser vor der Rückführung in die Erde heute in wachsendem Maß als Energiequelle genutzt.

Bares Geld gespart

Das nützt nicht nur der Umwelt sondern spart der Kommune auch bares Geld. Um 40 Prozent sanken beispielsweise die Kosten für die Beheizung des kommunalen Freibads, seitdem dort das Heilwasser als Heizquelle eingesetzt wird. In der Therme 1, der ältesten der drei Bad Füssinger Thermen, wird das aus medizinischer Sicht „verbrauchte“ Thermalwasser nochmals über Wärmetauscher als Heizquelle genutzt. Zum Nulltarif und ohne jede Umweltbelastung werden damit dort alle

Räume und auch das Warmwasser für die Duschen aufgeheizt. Das entlastet die Umwelt um mehr als 1.500 Tonnen CO₂ pro Jahr, weil damit der Erdgasverbrauch der Therme 1 gegenüber früher glatt halbiert werden konnte. Insgesamt liefert das Bad Füssinger Thermalwasserkraftwerk derzeit Heizenergie, die dem Verbrauch von 240 Einfamilienhäusern entspricht.

Unerschöpfliches Reservoir

Ein Versiegen ihrer unterirdischen Heizquelle brauchen die Bad Füssinger nicht zu befürchten und auch die Heilkraft ihrer Quellen ist, wie ständige Untersuchungen der Universität München bestätigten seit 70 Jahren praktisch konstant. Bad Füssings Quellen scheinen unerschöpflich: Der Ort liegt auf einem rund 5.900 Quadratkilometer großen unterirdischen Thermalwasservorkommen. Von Regensburg bis Linz und in Ausläufern bis nach Baden-Württemberg erstreckt sich dieser natürliche „Heißwasserboiler“ – eine in Europa beispiellose Energiequelle, die speziell im Raum Bad Füssing auch noch besondere heilende Kräfte besitzt. □

Neuer Thermenverbund in Oberbayern

Mit einer Bonuscard soll die Region zwischen München und Salzburg erobert werden

OBERBAYERN (gsp). Unter der Dachmarke Edelweiss-Thermen haben sich die vier Orte Berchtesgaden, Bad Aibling, Bad Endorf und Bad Reichenhall mit ihren Thermen zu einem Verbund zusammengeschlossen. Ein Thermen-Hopping soll Gäste und auch Einheimische dazu bewegen alle vier Thermen zu besuchen. Dabei ist der vierte Thermenbesuch gratis.

„Ein Bewegungsradius von 65 Kilometer ist bei den Gästen üblich“, bekräftigt Thomas Jahn, Kurdirektor von Bad Aibling, und setzt damit auf die Mobilität der Besucher. „Sie suchen Abwechslung und die bieten wir nicht nur in den Thermen, sondern auch im örtlichen Umfeld mit vielen weiteren Attraktionen.“

Kurdirektor Gabriella Squarra aus Bad Reichenhall setzt auf die hohe gesundheitliche Kompetenz der Angebote. „Nicht umsonst haben wir den Slogan 'Gesundheit zwischen Wendelstein und Watzmann' gewählt. Gesundheit wird immer mehr als Investition in sich selbst verstanden. Die Thermen bieten für sich, aber noch mehr in ihrer Vielfalt, beste Möglichkeiten der Vorsorge.“

Dominoeffekt

Michael Grießer, Tourismusdirektor Berchtesgaden-Königssee, hingegen hofft auf einen Dominoeffekt. „In Bad Reichenhall und Berchtesgaden kommt etwa jeder zweite Besucher aus dem nahen Salzburg. In Bad Endorf und Bad Aibling hingegen ist der Großraum München ein starkes Einzugsgebiet.“

Mit einer auf Papier gedruck-

ten Bonuscard haben sich die Initiatoren für die einfachste Lösung entschieden. „Die Abrechnung erfolgt einzeln ohne zusätzlichen Aufwand. Die Karte gilt ein Jahr und bietet den Gästen klare Vorteile. Eine Tageskarte kostet im Durchschnitt 17 Euro. Einheitliche Preise gibt es in den vier Thermen nicht.“

Partner erwünscht

Die Chiemgau Thermen Bad Endorf bieten 1.800 Quadratmeter Wasserfläche. Geschäftsführer Otmar Steßl rühmt besonders den 125 Meter langen Strömungskanal und die hohe Qualität der Jod-Thermalquelle.

In der Therme Bad Aibling steht das Naturheilmittel Moor im Vordergrund mit einer einzigartigen Verbindung zum Thermalwasser. In der Beauty-Kuppel sorgen Massagen, Bäder und Kosmetik für das Wohlbefinden.

Das Spa & Fitness-Resort Rupertustherme in Bad Reichenhall punktet mit warmer Alpengold aus dem Meer der Urzeit, das direkt aus den Reichenhaller Solequellen eingeleitet wird. Dazu ein mildes Alpenklima und ein großes Angebot für Entspannung und Fitness.

Die Watzmann-Therme in Berchtesgaden ist wohl am meisten auf Familien ausgerichtet. Sie verfügt über ein großes Sportbecken. Auch hier ist die Sole aus dem nahen Bergwerk ein bekömmliches Naturheilmittel.

Für weitere Kooperationen sind die Edelweiss-Thermen offen. Doch die Ausrichtung muss klar auf Gesundheit sein. Am Günstigsten wäre die Beteiligung eines weiteren Kurortes.

Weitere Informationen:
www.rupertustherme.de,
www.chiemgau-thermen.de,
www.therme-bad-aibling.de,
www.watzmann-therme.de. □



Heilkraft aus 1000 m Tiefe - Die Wirkung des Bad Füssinger Heilwassers ist legendär. Nach der medizinischen Nutzung wird das verbrauchte Thermalwasser in Europas Übernachtungsstärkstem Heilbad verstärkt zur Energiegewinnung eingesetzt. Foto: obx-news

Ratsmitglieder haften für rechtswidrige Entscheidung

Generell hat eine Gemeinde die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen, im übrigen aus Steuern zu beschaffen, soweit sonstige Finanzmittel nicht ausreichen. Zu den sonstigen Finanzmitteln zählen auch Einnahmen aus Schadensersatzforderungen, was von Bedeutung ist, wenn die Gemeindeordnung weiter bestimmt, dass, sofern die Gemeinde infolge eines Beschlusses des Rates einen Schaden erleidet, die Ratsmitglieder haften, wenn sie in vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verletzung ihrer Pflichten gehandelt haben.

Wenn es um eine Entscheidung nach dem Bauplanungsrecht geht, haben sich die Mitglieder des Gemeinderats bzw. eines Ausschusses sorgfältig vorzubereiten und, soweit ihnen die eigene Sachkunde fehlt, den Rat ihrer Verwaltung oder die Empfehlungen von sonstigen Fachbehörden einzuholen bzw. notfalls sogar außerhalb der

Verwaltung stehende Sachverständige hinzuzuziehen.

Weigert sich die Gemeinde möglicherweise bestehende Ersatzansprüche gegenüber den Ratsmitgliedern geltend zu machen, verstößt sie gegen das Wirtschaftlichkeitsgebot.

Diese Auffassung hat das Verwaltungsgericht Minden im Be-

schluß vom 26. 5. 2008 – 3 L 231/08 – vertreten. In dem konkreten Fall ging es um Schadensersatzansprüche in Höhe von 150.000 Euro, die die Gemeinde gegen diejenigen Ausschußmitglieder geltend machen sollte, die in zwei Sitzungen rechtswidrige Beschlüsse gefasst hatte.

Unbestimmte Klage

Da die Gemeinde die ihr kraft Gesetzes obliegenden Pflichten nicht erfüllt hatte, konnte die Aufsichtsbehörde anordnen, dass innerhalb einer bestimmten Frist das Erforderliche veranlasst wurde. Allerdings war die Anordnung, nämlich Erhebung einer Klage in Höhe von 150.000 Euro gegen zwölf Ausschußmitglieder unbestimmt. Es hätte bestimmt werden müssen, ob die zwölf Ratsmitglieder als Gesamtschuldner haften sollten oder ob nach den jeweiligen unterschiedlichen Anteilen an der Mitwirkung und damit auch an der Verursachung des Schadens unterschiedliche Haftungsquoten gebildet werden.

Mitverantwortung

Im Übrigen stellt es sich als ermessensfehlerhaft dar, allein die zwölf Ausschußmitglieder in Anspruch zu nehmen. Es hätte auch die Mitverantwortung des Hauptverwaltungsbeamten gesehen werden müssen. Er hätte, wie die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse dies vorsah innerhalb von drei Tagen gegen den Beschluß schriftlich Einspruch einlegen müssen, worauf die Zuständigkeit für die Entscheidung dann auf den Gemeinderat übergegangen wäre. Hätte der Hauptverwaltungsbeamte diese Vorgaben, die Ausschußmitglieder vor den Folgen rechtswidrigen Handelns schützen sollen, befolgt, hätte sich nachfolgend der Rat mit der Problematik auseinandersetzen müssen. **Dr. O.**

21. Ergänzungslieferung:

Bayerische Gemeindeordnung

Die Vorzüge des Werkes:

- ▶ Ausführliche Kommentierung mit hoher praktischer Relevanz
- ▶ Große Übersichtlichkeit durch Randnummern
- ▶ Aktuelle Bezüge zu verwandten Bereichen wie Verwaltungslehre, Verwaltungsgemeinschaft, Gemeindefinanzrecht, Kommunale Zusammenarbeit, Sparkassenrecht
- ▶ Umfangreiches Stichwortverzeichnis

Die 21. Ergänzungslieferung verarbeitet wichtige Novellierungen der vergangenen Monate, so u. a.

- ▶ das Gesetz zur Änderung des kommunalen Haushaltsrechts mit umfassenden Modifikationen im Regelungsbereich der Haushaltswirtschaft (Art. 61 ff.), des Kassen- und Rechnungswesens sowie des Prüfungswesens (Art. 103 ff.) und
- ▶ das Gesetz zur Erweiterung und Erprobung von Handlungsspielräumen der Kommunen vom 10.4.2007 mit einer Änderung in Art. 60.

Das Werk wendet sich an alle Kommunalbehörden und an Verbände, Rechtsanwälte, Richter. Weitere Informationen zum Titel: www.beck-shop.de

Widmann/Grasser, Bayerische Gemeindeordnung, 21. Ergänzungslieferung, Stand: August 2007, rund 300 Seiten, in Schläufe € 68,00, ISBN 978-3-406-56624-0.

Grundwerk mit eingeordneter 21. Ergänzungslieferung, Verlag C.H.Beck, rund 1.900 Seiten, im Ordner € 92,00, Vorzugspreis bei Fortsetzungsbezug, ISBN 978-3-406-30529-0; € 110,00 bei Einzelbezug, ISBN 978-3-406-50094-7. □

Schutzmaßnahmen

In dem konkreten Fall war die Aufbringung der bituminösen Decke auf die eingebauten Schottertragschichten nach den zum Zeitpunkt der Arbeiten maßgeblichen Regelungen erforderlich, um die Straße gemäß den planerischen Vorstellungen der Gemeinde herzustellen. Nach den Straßenbauvorschriften sind die erforderlichen Schutzmaßnahmen vorzunehmen, wenn die Tragschicht für längere Zeit unmittelbar befahren wird oder über Winter liegen bleibt. Eine Abdeckung der Schottertragschichten ist schon deshalb erforderlich, weil das un-

50 Jahre Kraftwerk Zolling:

Saubere Leistung für die Umwelt

Neben der Amper erhebt sich das Kraftwerk Zolling bei Anglberg, einem Ortsteil der oberbayerischen Gemeinde Zolling (Landkreis Freising), in den Himmel und fügt sich mit seiner hellblauen Fassade in die Landschaft. Das Kraftwerk ist nicht zu übersehen. Der Kamin ist mit 220 Metern Höhe weithin sichtbar. Seit 50 Jahren wird hier Kohle verstromt. Neben dem Steinkohlekraftwerk, dem so genannten Block 5, wird seit August 2003 ein modernes Biomasse-Heizkraftwerk betrieben. Insgesamt umfasst das Kraftwerksgelände eine Größe von 292.500 Quadratmetern.

Sein 50-jähriges Standortjubiläum feierte das Kraftwerk Zolling mit einem Tag der offenen Tür, zu dem alle Nachbarn, Anwohner und interessierte Besucher eingeladen wurden. Erwachsene und Kinder konnten einen spannenden Ausflug in die Welt der Energie unternehmen und erfahren in einem Kraftwerksrundgang, wie aus Steinkohle und Biomasse Strom und Wärme erzeugt wird.

Ausstellung zum Leitthema

Auf dem gesamten Kraftwerksgelände erwartete die Gäste ein abwechslungsreiches Informations- und Unterhaltungsprogramm für die ganze Familie. Speziell für Kinder hatte das Kraftwerk Zolling viele interessante Aktivitäten von Musikworkshops über das Kohlestapeln bis zur Hüpfburg vorbereitet. Für das musikalische Rahmenprogramm sorgte das Blasorchester Zolling. Die Freiwillige Feuerwehr probte einen Löscheinsatz und demonstrierte den Zuschauern in einer Übung, wie eine technische Hilfeleistung mit Personennrettung erfolgt.

Besucher konnten im Festzelt eine Ausstellung zum Leitthema „50 Jahre Kraftwerk Zolling“ besuchen und erhielten ganz nebenbei einen Einblick in die spannende Kraftwerksgeschichte. Darüber hinaus erschien zum Festtag eine Chronik des Kraftwerks Zolling in Buchform, die die Historie ausführlich beleuchtet: „Oberbayern unter Strom.“

125 Jahre Bayerischer Wald-Verein:

Aus Liebe zur Heimat

Seit 125 Jahren steht der Bayerische Wald-Verein für Heimatverbundenheit und ehrenamtlichen Einsatz für die Region. Im Rahmen eines Festakts in Deggendorf gratulierte Josef Miller, zu diesem Zeitpunkt noch Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten, dem Verein zum Gründungsjubiläum. Die Feier fand im Festsaal des Alten Rathauses statt, dem Ort, an dem am 25. November 1883 der Bayerische Wald-Verein gegründet wurde.

Präsident Heinz Wöfl führte in einer Rückschau auf, wie es um den Bayerischen Wald im 19. Jahrhundert stand: Die Region war rückständig, die Landschaft erschien den Zeitgenossen unbekannt und obskur. Durch romantische Vorstellungen vom natürlichen Leben im Wald und den Werken der Heimatschriftsteller Adalbert Stifter und Maximilian Schmidt wurde das negative Bild zunehmend relativiert und der Bayerische Wald geriet in den Fokus der Touristen. Bergmeister Bartholomäus Stölzl kam schließlich auf die Idee, eine Sektion „Bayerischer Wald“ des Deutschen und Österreichischen Alpenvereins zu gründen. Da für Gebiete nördlich der Donau aber keine Subventionen gewährt wurden, wurde kurzum ein eigener Verein gegründet. Der Bodenverein Stölzl wurde zum ersten Vorsitzenden des Bayerischen Wald-Vereins ernannt.

Auf die Worte folgten Taten: Wanderwege wurden ausgeschildert, Aussichtspunkte errichtet, die Gastronomie mit dem Bau von Unterkunftshütten und Berghäusern belebt, Werbung für die Region betrieben. Von Anfang an engagierte sich der Verein auch für die Verkehrsentwicklung mit dem Waldbahn und dem Straßenbau, den Denkmalschutz

Die Geschichte des Kraftwerkstandorts Zolling“.

1985 fertig gestellt und seit Anfang 1986 offiziell am Netz, arbeitet das Kraftwerk Zolling mit seinen rund 100 Mitarbeitern heute mit einer Nettoleistung von 449 Megawatt. Bereits 30 Jahre zuvor hatten die Isar-Amperwerke an gleicher Stelle mit dem Bau eines Kraftwerks begonnen und es bis 1966 in vier Ausbaustufen auf eine Leistungsstärke von 265 Megawatt gebracht. Aus Gründen des Umweltschutzes wurden diese Blöcke jedoch zwischen 1982 und 1987 schrittweise stillgelegt und im Jahr 1989 abgerissen. Das heutige Kraftwerk ist mit modernster Umweltschutztechnik ausgestattet.

Fast pausenlos im Einsatz

Erst ein präzises Zusammenspiel garantiert sicheren Strom. Strom muss immer zeitgleich mit dem aktuellen Bedarf produziert werden. Weil der Strombedarf im Tagesverlauf schwankt, laufen bestimmte Kraftwerkstypen kontinuierlich, andere nur periodisch. Zolling zählt zu jenen E.ON-Kraftwerken, die vor allem den Strombedarf im sogenannten Grund- und Mittellastbereich abdecken – und deshalb häufig rund um die Uhr fast ohne Unterbrechung im Einsatz sind. Zur Abdeckung der Spitzenlast stehen darüber hinaus Gasturbinenanlagen zur Verfügung. Ebenfalls seit 2003 in Be-

trieb: ein Biomasseheizkraftwerk. Durch Kraft-Wärme-Kopplung entsteht Fernwärme, mit der man 20.000 Haushalte im Landkreis versorgen kann. Auf einer Länge von 30 Kilometern sind an das Fernwärmenetz auch der Flughafen München und die Stadt Freising angeschlossen.

Engpässe ausgeschlossen

In den Brennern des Kraftwerks werden bei voller Leistung stündlich etwa 148 Tonnen Steinkohle aus Polen, Tschechien und auch aus Übersee verfeuert. Durchschnittlich drei Güterzüge des schwarzen „Urgesteins“ werden täglich in Zolling angeliefert und in einem Tiefbunker entladen. Förderbänder transportieren den Brennstoff entweder über die Kohlebunker im Kesselhaus in die Kohlemöhlen oder auf den Kohlelagerplatz. Mit seiner Kapazität von rund 215.000 Tonnen ist gewährleistet, dass zu keiner Zeit Engpässe entstehen.

Da die zuverlässige Versorgung mit Strom eine zentrale Aufgabe des Kraftwerkstandorts ist, muss das Kraftwerk samt

Auszeichnung für „mischen!“

Kinder- und Jugendkulturtage des Bezirks Mittelfranken ein „Ausgewählter Ort im Land der Ideen“

Wegen des überzeugenden Konzepts wurden die Kinder- und Jugendkulturtage des Bezirks Mittelfranken 2008, kurz „mischen!“ bei dem bundesweiten Projekt „365 Orte im Land der Ideen“ mit dem Titel „Ausgewählter Ort im Land der Ideen“ ausgezeichnet. Die Übergabe des Preises fand bei der Abschlussveranstaltung von „mischen!“ in Nürnberg statt.

Über 1500 Projekte hatten sich bei diesem Wettbewerb beworben, der unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler steht. Ausgelobt wurde er von der Deutschen Bank und der Standortinitiative „Deutschland – Land der Ideen“. Gesucht wurden 365 Erfolgsgeschichten, die Deutschland mit Kreativität und Innovationskraft zukunftsfähig machen.

Seit 2006 veranstaltet der Bezirk Mittelfranken zusammen mit dem Bezirksjugendring Mittelfranken die Kinder- und Jugendkulturtage. Durch die Arbeit mit Künstlern aus der Region werden die 8 bis 21-Jährigen zu eigenständigem kreativem

Minister Miller betonte in seiner Festrede, dass aus den Leistungen der Vergangenheit Kraft für die Zukunft geschöpft werden könne. Er erinnerte daran, dass die Zukunft des Menschen eng an die Zukunft der Natur gebunden sei. Besonderes Augenmerk legte Miller darauf, besonders dem Nachwuchs die Natur wieder näher zu bringen. „Es muss uns gemeinsam gelingen, bei unseren Kindern wieder das Interesse für die Natur zu wecken. Denn nur was man kennt, lernt man schätzen“, forderte der Politiker.

Weiter hob Miller auch das Engagement des Vereins für Brauchtum und Kultur hervor und rückte den Begriff „Heimat“ ins Zentrum seiner Betrachtungen. In der globalisierten Welt gebe es wieder verstärkt ein Bedürfnis nach Geborgenheit und Vertrautheit und für diese Bedürfnisse sei Heimat ein Synonym. Eigens hob Miller das Ehrenamt hervor, das er als „Rückgrat der Gesellschaft“ bezeichnete. Auch der Staat stünde in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen, stellte der Politiker klar. Insgesamt gingen sieben Millionen Euro aus dem Staatshaushalt für Gesamtleistungen in diesem Bereich ein. DK

Anlagen auch beständig instand gehalten werden. Alle vier Jahre ist eine große Revision angesetzt. So sind im Sommer 2006 allein 16 Millionen Euro in Instandsetzung und Reparatur von Komponenten wie Turbine, Generator, Dampferzeuger, Mahlanlagen und Rauchgasreinigungsanlagen investiert worden. Der Einsatz modernster Technik wird sicherstellen, dass auch in Zukunft eine Stromversorgung aus Kohle für 30 weitere Jahre garantiert ist.

2005 lieferte ein Rekordergebnis: 2,3 Milliarden Kilowattstunden Strom wurden im Kohlekraftwerk erzeugt. Das entspricht der Versorgung von 650.000 Vier-Personenhaushalten. Damit könnte man 2,5 Millionen Menschen mit Strom versorgen. Zusätzlich erzeugte das Kraftwerk 200 Millionen Kilowattstunden thermische Energie aus Kraftwärmekopplung – das entspricht 20.000 Haushalten.

Strom bestimmt das Leben, je nach Bedarf als Kraft, Wärme oder Licht. Doch Strom leistet mehr. Er trägt auch dazu bei, die Ideen von morgen zu realisieren. Bei der Erzeugung von Strom gibt es viele Wege, aber immer nur ein Ziel: verantwortungsvolle Energieversorgung. Dafür sorgt E.ON auch im Kraftwerk Zolling. DK



Bundefamilienministerin Ursula von der Leyen zusammen mit Ansbachs Landrat Rudolf Schwemmbauer.

1. Bündnis-Unternehmertag im Landkreis Ansbach:

Herausforderung demografischer Wandel

„Jungen Menschen zwischen 25 und 39 Jahren ist die Familie mehrheitlich wichtiger als das Gehalt“, so Ursula von der Leyen beim 1. Bündnis-Unternehmertag im Landkreis Ansbach. Sie warb für mehr Familienfreundlichkeit in den Unternehmen – nicht nur als soziale Verpflichtung, sondern vielmehr, um langfristig die Nase vorn zu haben. Das Bündnis für Familie im Landkreis Ansbach hatte Unternehmen eingeladen, um ihnen konkrete Vorteile für das eigene Unternehmen mit zu geben. Ort der Veranstaltung war das Ansbacher Boschwerk, das unter anderem mit solchen familienfreundlichen Themen zur Fabrik des Jahres gekürt wurde – diese deutschlandweite Auszeichnung gilt als Unternehmens-Oskar.

Die Familienministerin freute sich, dass trotz der aktuellen Finanzkrise rund 250 Unternehmer und Bündnisfreunde Interesse an familienfreundlichen Themen hatten. „Langfristig kommen größere Herausforderungen auf Sie zu, als diese Krise: Der Demografische Wandel“, so von der Leyen. „Zukünftig werden bis zu 400.000 Fachkräfte fehlen.“ Sie plädierte schon jetzt die Weichen dafür zu stellen. Dabei ginge es darum, zu schauen, wo in Deutschland noch Potentiale sind. „Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder einen Zugang zu Bildung bekommen, damit Fähigkeiten nicht verkümmern“, warnt die Ministerin.

Vorurteilen, dass sie die Frauen mit ihrer Politik in die Arbeit dränge, nahm sie den Wind aus den Segeln. „Frauen lassen sich nicht drängen. Sie sind mündige Bürger und sie drängen selbst in den Markt“, so die Ministerin. Aber die Gesellschaft in Deutschland mache es den Frauen nicht gerade einfach. Deshalb sei Deutschland im europäischen Vergleich auch Schlusslicht.

Anine Linder vom Erfolgsfaktor Familie, einem Unternehmensnetzwerk, bestätigte mit Zahlen die Aussagen der Ministerin. „Sinkt die Elternzeit von 32 auf 19 Monate, so entspricht dies einem Einsparpotential von 17.000 Euro bei den Überbrückungskosten und 127.000 Euro bei den Wiedereingliederungskosten für ein Unternehmen mit rund 270 Beschäftigten“, rechnet Linder vor.

Arbeitsgemeinschaft „AirfolgsRegion Erding-Freising“:

Zweckverband im Visier

Wie sieht die Zukunft des Regionalmarketings in der Flughafen-Region aus? Diese Frage wurde im Rahmen eines Workshops der Arbeitsgemeinschaft „AirfolgsRegion Erding-Freising“ in der oberbayerischen Universitätsstadt diskutiert.

An der von dem Politikwissenschaftler Dr. Michael Weigl moderierten Tagung nahmen die Landräte Martin Bayerstorfer (Erding) und Michael Schwaiger (Freising), der Erdinger Bürgermeister Max Gotz, Freisinger Oberbürgermeister Dieter Thalhammer sowie der Umland-Beauftragte der Flughafen-Gesellschaft München, Rudolf Strehle, teil.

Die Teilnehmer einigten sich darauf, dass die Arbeit am besten auf Basis eines Zweckverbands fortgeführt werden sollte. Dieser soll sich nicht nur um die Vermarktung der „AirfolgsRegion“ kümmern, sondern sich auch mit deren weiterer Entwicklung befassen. Eine enge Zusammenarbeit der Kommunen sei dabei

das Gebot der Stunde. Die Diskutanten waren sich darüber im Klaren, dass künftig auch mehr Geld für das Regionalmarketing zur Verfügung gestellt werden muss. Inhaltlich wollen die Verantwortlichen auf die regionalen Stärken eingehen, damit die Region nicht einzig über den Flughafen definiert wird.

Zu den Schwerpunkten des Regionalmarketings gehören nach ihrer Auffassung unter anderem Wirtschaft und Technologie, Ressourcenmanagement, Sozialstruktur und soziale Infrastruktur, Bildung und Wissenschaft, Kultur- und Freizeitangebot, Tourismus, Verkehr, Umwelt und Erholungsgebiete, Gemeinschaftsgefühl und Bürgerengagement. DK

Für Landschaftspflege und Artenvielfalt

Projekt nepo.muk des Landschaftspflegeverbandes Regensburg zog Bilanz

Die Vernetzung von Lebensräumen, die Wiederbelebung von Nutzflächen und die Förderung einzelner landschaftlicher Bereiche stellte Josef Sedlmeier, der Geschäftsführer des Landschaftspflegeverbandes Regensburg e.V., vor kurzem hoch über dem Naab- und Vilstal als erreichte Ziele fest. Denn zur Präsentation der Ergebnisse des Projektes nepo.muk des Landschaftspflegeverbandes luden er und Landrat Mirbeth die Mitglieder dieser Arbeitsgruppe auf die Burgruine von Kallmünz bzw. auf den Turm ein.

Landrat Mirbeth ging in seiner Begrüßung auf den kulturellen Aspekt ein und nannte das vor kurzem auf den Weg gebrachte Programm „Burgensteig“ (Wanderrouten entlang der Burg (ruin)en und Schlösser), das bereits jetzt gut angenommen werde.

Eigenes Kulturprogramm

Ab 2009/10 soll ein eigenes Kulturprogramm angeknüpft werden - bei zirka 120 Anlagen aus diesem Bereich im Landkreis sieht Mirbeth diese Idee auch als Unterstützung der Gemeinden. Auch bei der nötigen Infrastruktur - etwa Bühnen für Konzerte oder Theateraufführungen - will

der Landkreis Hilfestellungen leisten in Form von Förderung aus Mitteln der Sparkasse.

Biotopverbund

„Das bisher Erarbeitete im Projekt nepo.muk sichtbar machen“, gab Josef Sedlmeier als Grund für die Zusammenkunft. Da Kallmünz als Ort des Zusammenflusses von Vils und Naab und nahe an den nepo.muk-Mitträger-Landkreisen Amberg-Sulzbach, Neumarkt und Schwandorf sehr zentral liegt, hatte er diesen Ort gewählt. Laut Sedlmeier ist in den Flusstälern von Schwarzer Laber, Naab, Vils und Lauterach bereits ein Biotopverbund entstanden, was sich

etwa im Austausch von Tier- und Pflanzenarten zeige. „Seit sechs Jahren wurden viele Landschaftsschutz- und -pflegemaßnahmen durchgeführt, Schäfer zur Beweidung gewonnen, das Juradistl-Lamm etablierte sich als Marke und viele Landwirte wurden ins Boot geholt“, fasste der Geschäftsführer zusammen. Er wies aber auch darauf hin, dass zum Teil Umstrukturierungen in landwirtschaftlichen Betrieben nötig waren, Felder bzw. Nutzflächen in anderen Lagen mit ertragreicheren Böden nun bewirtschaftet werden.

Förderprogramme im Visier

Gefördert wurde auch das Entbuschen und Mähen. Zwar ist die Fläche von 250 Hektar, für die Verträge abgeschlossen wurden, relativ gering, aber diese seien, so Sedlmeier, „punktuell sehr viel wert“. Denn es seien vor allem Flächen, „die jetzt wieder in die Nutzung gebracht wurden“. Er

bedauerte, dass einige Förderprogramme wieder ausgelaufen sind. Bisher wurden die Maßnahmen vor allem aus EU-Töpfen und vom Bayerischen Umwelt- und Landwirtschaftsministerium gefördert sowie - speziell das Projekt nepo.muk - vom Bayerischen Naturschutzfonds und der Glücksspirale. Ziel ist es, bis Eterzhäuser Landschaftspflegemaßnahmen in die Wege zu leiten und damit die Brücke vom Penker Tal zum Labertal zu schaffen. Erste Maßnahmen laufen bereits in Duggendorf und Wolfsegg. „Wir bemühen uns, dass wir Förderprogramme für die Landwirtschaft finden“, versprach Sedlmeier und nannte in diesem Kontext das neue Heckenpflegeprogramm.

Viele freie Flächen

BBV-Kreisobmann Johann Mayer unterstrich die bisherigen Erfolge. „Es wäre eigentlich alles versteppt. Durch die Maßnahmen sind viele Flächen wieder frei“, stellte er fest und erinnerte auch an Nutzungen wie Wandern und damit für den Tourismus. Das landkreisübergreifende Projekt nepo.muk läuft noch bis Ende Januar 2009. Auch da wird sicher über Bilanzen, Erfolge und Desiderate berichtet werden. **Markus Bauer**

Stadt und Landkreis Aschaffenburg:

Treffen der Koordinatoren von Nachbarschaftshilfen

Zu einem ersten Treffen aller Koordinatoren der Nachbarschaftshilfen hatten die Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement des Landkreises und der Fachdienst der Gemeindecaritas in das Landratsamt Aschaffenburg eingeladen.

Mit der Einladung zu diesem ersten Koordinatorentreffen entsprachen die Organisatoren dem Wunsch nach gegenseitigem Kennen lernen und Austausch der einzelnen Nachbarschaftshilfen.

„Nachbarschaftshilfen gibt es zwischenzeitlich in vielen Gemeinden. Doch eine Vernetzung untereinander besteht noch nicht. Das Koordinatorentreffen bot die Chance, bei gegenseitigem Austausch wertvolle Tipps aber auch neue Anregungen zu erhalten“, fasste Steffen Naimann, Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement für Senioren, im Anschluss an das Treffen zusammen.

Burkhard Oberle, Fachdienst Gemeindecaritas, fügte hinzu: „Das Treffen ist deshalb so hilfreich, weil die einzelnen Koordinatoren der Nachbarschaftshilfen aufeinander treffen und sich von ihren Erfolgen aber auch ihren Problemen erzählen. Manche Gruppen sind gerade im Aufbau, andere bestehen schon jahrelang gerade die neueren Gruppen können von den Erfahrungen und Tipps der anderen profitieren.“

Lebendige Atmosphäre

Nach einem sehr gelungenen Abend mit konstruktiven Gesprächen bei angenehmer lebendiger Atmosphäre ist das Fazit der 34 Teilnehmer eindeutig ausgefallen: Ein solches Treffen sollte künftig regelmäßig stattfinden.

Nachbarschaftshilfen tragen Namen wie Lebensbrücke, Menschen füreinander, Regenbogen oder Sonnenstrahlen und der Name ist Programm.

In vielen Gemeinden des Landkreises, aber auch im Stadtgebiet Aschaffenburg haben sich bereits aktive Nachbarschaftshilfen gegründet. In anderen Gemeinden befinden sich solche Gruppen derzeit im Aufbau.

In Nachbarschaftshilfen engagieren sich Menschen ehrenamtlich und freiwillig für Andere. Der eigene Gewinn: Anerkennung und Dank für die Hilfe, aber auch eine Menge neuer Erfahrungen.

Freiwillige Helfer erledigen auf Anfrage Fahrdienste, helfen bei der Kommunikation mit Behörden oder begleiten zu Ärzten. Sie bieten Botengänge an, erledigen Einkäufe, Spaziergänge und Ausflüge oder Urlaubsdienste. Oft geht es auch einfach um die stundenweise Entlastung von pflegenden Angehörigen. Neben diesen allgemeinen Unterstützungsangeboten kristallisieren sich bei vielen lokalen Nachbarschaftshilfen noch besondere Schwerpunkte

heraus. Beispielsweise gehört bei einigen Nachbarschaftshilfen auch die Organisation von Seniorentreffs zu den Aufgaben. Eins haben alle Nachbarschaftshilfen gemeinsam: das Hilfsangebot ist kostenlos.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt des ersten Koordinatorentreffens war die Vorbereitung des Treffpunkts Nachbarschaftshilfe. Unter diesem Motto können sich im März 2009 alle Nachbarschaftshilfen mit ihren Freiwilligen im Martinushaus vorstellen und im gegenseitigen Austausch voneinander profitieren sowie neue Freiwillige werben.

Weiterer Tagesordnungspunkt war die Vorstellung der neuen Fachstelle Bürgerschaftliches Engagement für Senioren des Landkreises Aschaffenburg mit ihren Projekten. Auch der Fortbildungskalender für Nachbarschaftshilfen wurde präsentiert und erläutert. □

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherrieble (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 42 vom 01.01.2008

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse-Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Arbeitssicherheit im Kernkraftwerk Gundremmingen:

Mit Qualitätssiegel ausgezeichnet

Erfolgreich erneuert hat das Kernkraftwerk Gundremmingen die Zertifizierung seines vorbildlichen Arbeitssicherheits-Managementsystems nach „OHRIS“ (Occupational Health- and Risk-Management System) durch die Bayerische Staatsregierung. Ziel von OHRIS ist es, für die Mitarbeiter die Sicherheit am Arbeitsplatz kontinuierlich zu verbessern und dadurch die Zahl der Arbeitsunfälle weiter zu senken. OHRIS ist damit die logische Ergänzung und Fortentwicklung zur umfassenden hauseigenen Sicherheitsphilosophie des Kernkraftwerks.

Gewerbedirektor Dipl.-Ing. Helmut Bersch von der Regierung von Schwaben überreichte das neue Zertifikat im Namen der Bayerischen Staatsregierung an das Kernkraftwerk Gundremmingen.

Motivierte Mitarbeiter

Oberste Prüfungsinstanz für OHRIS ist das Bayerische Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, das vor der Vergabe untersucht, ob alle Anforderungen aus dem Zertifikat erfüllt wurden und die Bereitschaft zur Arbeitssicherheit gelebt wird. Im nächsten Schritt erfolgen neben der Sichtung von Arbeitssicherheitsdokumentationen, -richtlinien und -schulungsunterlagen vor allem auch zahlreiche Gespräche, unter anderem mit dem Betriebsarzt, dem Arbeitssicher-

heitsingenieur, dem Betriebsrat, dem Qualitätsmanager sowie mit der Geschäftsführung. An dritter und letzter Stelle steht ein ausgiebiger Rundgang durch die gesamte Anlage, bei dem auch die praktische Umsetzung von Arbeitssicherheitsrichtlinien vor Ort genau unter die Lupe genommen wird.

In jeder Phase der Zertifizierung schneidet das Kernkraftwerk Gundremmingen positiv ab. Das Ergebnis: Führungskräfte und Mitarbeiter sind hoch motiviert, das Thema Arbeitssicherheit wird in allen Bereichen sehr ernst genommen. Im Gundremminger Kernkraftwerk sind seit 2005 alle drei grundlegenden Managementsysteme (Qualität, Umwelt und Arbeitssicherheit) gemäß ISO bzw. OHRIS extern zertifiziert worden. Die Zertifikate sind jeweils für drei Jahre gültig. □



Die Mitglieder des Netzwerkprojekts Oberpfälzer Jura - Mensch Umwelt Kultur mit Landrat Herbert Mirbeth (Mitte hinten).
Text und Bild: Markus Bauer

Zeiler & Geisenhausen:

Enge Verknüpfung

„Zeiler & Geisenhausen - eine Jahrhundertgeschichte“ lautet der Titel einer Ausstellung, die noch bis 23. November im Verwaltungsgebäude des Zeiler-Gewerbeparks im niederbayerischen Geisenhausen, Landkreis Landshut, zu sehen ist. In einer umfangreichen Bilddokumentation präsentieren der Historische Verein Geisenhausen und der Zeiler-Gewerbepark die Geschichte des Unternehmens und dessen enge Verknüpfung mit der Entwicklung des Marktes Geisenhausen. Zudem ist am „Tag der offenen Tür“ (23. November) der Gewerbepark zwischen 13 und 17 Uhr für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich.

Wie Firmeninhaber Jakob Zeiler, Josef Seisenberger, 1. Vorsitzender des Historischen Vereins Geisenhausen, Robert Maier, 1. Bürgermeister Geisenhausen und Josef Deimer, Altbürgermeister der Stadt Landshut, bei der Ausstellungseröffnung in ihren Grußworten bzw. Laudationes erläuterten, begann die Geschichte der Firma Zeiler im Jahre 1885 mit der Gründung einer Schäftefabrik durch Jakob Zeiler. Schnell verwandelte sich die Firma fortan in eine Leder- und Textilbekleidungsfabrik.

Parallel zum stetigen Anstieg der Einwohnerzahl des Ortes Geisenhausen - 1831 waren es 546 Einwohner, im Jahre 1858 bereits 813 Einwohner und 1928 schon 1440 - wuchs die Firma Zeiler zu einem großen Unternehmen heran. Zwischen 1960 und 1980 beschäftigte das Unternehmen bis zu 850 Mitarbeiter, alle aus Geisenhausen und den umliegenden Orten. Zusammen mit der Leder- und Schäftefabrik Dräxhmaier entwickelte sich die Firma Zeiler zu einem der wichtigsten und größten Arbeitgeber des Ortes.

Mit der Rezession der Textilindustrie Ende des 20sten Jahrhunderts wandelte sich das Bild. Nach einer Verlagerung der Pro-

duktion ins Ausland verlor der Standort Geisenhausen für die Bekleidungsproduktion an Bedeutung. Aus der weitflächigen Industrieanlage wurde ein Gewerbepark. Eine der größten Mieterinnen ist eine Montessori-Schule. Künstler, ein Krankenpflagedienst, Krankengymnastik, Rechtsanwälte, ein Übersetzungsbüro, Fitnesscenter, IT-Spezialisten etc. nutzen die zentrale Lage für ihre Unternehmen. **DK**

Finanzaffären belasten Kommunen

Kommunalpolitiker aus Greding und Pfaffenhofen stehen derzeit besonders im Fokus der Aufmerksamkeit. Während der Pfaffenhofer Landrat Josef Schäch wegen einer Finanzaffäre immer stärker unter Druck gerät, wurde der ehemalige Bürgermeister von Greding, Franz Josef Lerzer, inzwischen zu elf Monaten Bewährungsstrafe verurteilt.

Auf Gemeindegeldern hatte Lerzer während seiner Amtszeit diverse Artikel - von Laptops über Keyboards bis hin zu Mobiltelefonen - auf Gemeindegeldern besorgt und privat benutzt. Das Amtsgericht Schwabach wies ihm Untreue in 30 Fällen nach. Dabei entstand ein Schaden von mehr als 10.000 Euro.

Gegen Landrat Schäch wiederum hat die Regierung von Oberbayern ein Disziplinarverfahren eingeleitet, die Staatsan-

waltshaft München II ermittelt wegen Verdachts auf Untreue und Kreditbetrug.

Nach Angaben des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands (BKPV) soll Schäch als Bürgermeister der Marktgemeinde Wolnzach in den Jahren 1999 bis 2008 rechtswidrig die Haushaltszahlen manipuliert haben. Derzeit prüft der BKPV, inwieweit die Kommune den 61-Jährigen in Regress nehmen kann. □

Oper für Obdach

Unverständnis, Ausgrenzung, Einsamkeit, Verlust, Suche, Kälte, Tod und die Sehnsucht alles mit Liebe zu überwinden: Das betrifft jeden Menschen und das sind auch die Themen des fatalistischen Liederzyklus 'Winterreise von Franz Schubert (1797-1828). Der Bariton Christoph von Weitzel erinnert am 24. November um 19 Uhr im Münchner Gasteig (Carl-Orff-Saal) sowie am 8. Dezember, 19.30 Uhr im Saalbau Luisengarten in Würzburg mit seiner szenischen Version von Franz Schuberts Winterreise an diejenigen, von denen dieses Werk handelt: Die Liebenden, Einsamen, Verlassenen, Ausgegrenzten, Leidenden, Frierenden, Vergessenen, Sterbenden.

Das Projekt „Oper für Obdach“ in der Landeshauptstadt wird zugunsten des Katholischen Männerfürsorgevereins München e.V. aufgeführt. Der KMFV bietet in und um München rund 1000 Wohnplätze für obdachlose, strafentlassene, suchtkranke und psychisch kranke Menschen an. In Würzburg kommt der Erlös der Wohnungsnotfallhilfe der Christophorus-Gesellschaft zugute.

Der Gründer des KMFV, Msgr. Adolf Mathes, würde in diesem Jahr 100 Jahre alt werden. Er hat mit seinem Engagement tausenden von Obdachlosen wieder zu einer Perspektive, Obdach und Arbeit verholten. Daran soll mit den Konzerten erinnert werden. □



Heimatbewusstsein, Naherholung und Fremdenverkehr werden in der Dillinger-Sparkassen-Broschüre „Ausflugziele“ wirksam gefördert (v. r.): Landrat Leo Schrell, Vorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Vorstandsmittglied Josef Holzmann, Erich Pawlu, Siegfried Heide (Sparkasse) und der frühere Vorstandsvorsitzende Joseph Silberhorn. Bild: -jdt-

Förderung von Naherholung und Fremdenverkehr:

Auf Entdeckungsreise in der eigenen Heimat

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen stellt „Ausflugziele im Landkreis Dillingen“ vor / Sehenswerte Dokumentation

Dillingen (jdt). „Mit der Broschüre ‘Ausflugziele im Landkreis Dillingen’ wird der oftmals übersehene Reichtum an Architektur, Kultur und Geschichte unserer Heimat ins Bewusstsein gerufen“. Mit diesem besonderen Lob bedachte Landrat Leo Schrell die neue Jahresdokumentation der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen.

Die inzwischen 22. Publikation dieser Art wurde bei ihrer Vorstellung im Sparkassensaal von zahlreichen Ehrengästen aus Kommunen, Wirtschaft und Kirche mit starkem Beifall gefeiert. Die Anerkennung galt dem Vorstandsvorsitzenden der Sparkasse, Thomas Schwarzbauer, für die gelungene Fortsetzung der jährlich erscheinenden, reich bebilderten Broschüren, die wirksam Heimatbewusstsein, Naherholung und Fremdenverkehr stärken.

Vielfältige Themen aus der Region

Landrat Schrell, Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreis- und Stadtparkasse, wies in seiner Ansprache auf das lohnende Ziel hin, sich auf die Entdeckungsreise durch den schönen und vielfältig sehenswerten Landkreis und darüber hinaus durch das reizvolle „Schwäbische Donautal“ zu machen.

Freizeit lasse sich, wie die Broschüre verdeutliche, sinnvoll gerade in der nächsten Umgebung gestalten. In Erinnerung rief Leo Schrell einige frühere Jahresveröffentlichungen. Dazu gehören u. a. „Wallfahrtsorte im Landkreis“, „So isch Brauch gwest“, „Schlösser im Landkreis“, „Luschtig isch dia Fasnacht“, „Aus Küche, Haus und Garten“, „Ein Landkreis auf dem Weg in die Zukunft“ und auch „Radeln im Landkreis Dillingen“.

Überregionale Resonanz

Landrat Schrell erinnerte daran, dass der inzwischen in Ruhestand gegangene bisherige Sparkassen-Vorstandsvorsitzende, Josef Silberhorn, die Publikationsreihe eingeführt und gefördert habe. Seinem Nachfolger Thomas Schwarzbauer habe man zu danken für die Fortsetzung der von Sammlern geschätzten Schriftenreihe. Viele der früheren Ausgaben seien innerhalb kürzester Zeit vergriffen gewesen, weil sie auf überregionale Resonanz stießen. Die kostenlosen Broschüren wurden u. a. in die Deutsche Nationalbibliothek, die Bayerische Staatsbibliothek sowie in zahlreiche andere Bibliotheken aufgenommen.

Erinnert wurde vom Landrat daran, dass Direktor Max Springer aus Lauingen die ersten Aus-

gaben betreute. Besonderer Dank galt dem erfolgreichen Schriftsteller und Studiendirektor i. R. Erich Pawlu für die qualitativvolle Gestaltung der Publikationen.

Schwarzbauer: Gutes Echo

Vorstandsvorsitzender Schwarzbauer würdigte die Initiative von Direktor Silberhorn zur Einführung der Broschüre, die weit über die Region hinaus ein so gutes Echo finde. Dem heimatverbundenen Autor Pawlu, der für seine Bücher mehrfach mit herausragenden Literaturpreisen bedacht wurde, galt die besondere Anerkennung Schwarzbauers.

Erich Pawlu stellte die Broschüre, mit humorvollen Anmerkungen zu früher romantisch

verklärten „Ausflügen vergnüglicher Fluchten aus dem Alltag“ vor. Unter den Sehenswürdigkeiten der „Ausflugziele im Kreis Dillingen“ sind in der Broschüre dokumentiert der Apollo-Granus-Tempel in Faimgingen, das Pfannenthalhaus am Rande eines Trockentales, der „Denkmalweg“ (der bei Höchstädt und Blindheim an die in die europäische Geschichte eingegangene Schlacht von 1704 erinnert), die Goldbergalm bei Lutzingen, die sagenumwobene „Hanseles Hohl“ am Michelsberg bei Frohnhofen und der Skulpturenweg zwischen Binswangen und Pfaffenhofen. Hinzu kommen das Schwäbische Ofenmuseum Wertingen, der „Neuhof am See“, Bernhard Ebers Kulturgewächshaus Birkenried, das „Schwäbische Seenland“ und die Nusseralm mit dem Golfclub Dillingen.

KPV zum kommunalen Wahlrecht und Wahlverfahren:

Unterlagen den Bürgern rechtzeitig zustellen

Kommunalpolitische Vereinigung der CSU unterbreitet Änderungsvorschläge

Bei der Mitgliederversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung im Landkreis Günzburg wurde u. a. über Änderungsvorschläge zum kommunalen Wahlrecht und Wahlverfahren diskutiert. Bezüglich Verteilung der Listenstimmen wurde der Vorschlag unterbreitet, Reststimmen der Gesamtliste zuzuschlagen. Danach werden auch die Sitze vergeben! Als Begründung nannte KPV-Kreisvorsitzender Hans Joas: Beim Listenkreuz fallen Reststimmen auf die vorne platzierten Kandidaten. Würden sie der Liste zugerechnet wie bei der Landtagswahl, hätte die Platzierung der Bewerber nicht mehr die große Bedeutung,

Bei jeder Kommunalwahl wird erneut über die Größe der Stimmzettel diskutiert. Diese sind aufgrund der zahlreichen Kandidaten und den vielen Listen unhandlich. Die Überschaubarkeit leidet.

Überschaubare Stimmzettel

Zu vielschichtig wurde der Vorschlag von Bezirksrat Georg Schwarz gesehen, die kommunalen Gremien, insbesondere die Kreistage zu verkleinern. Dies ginge zu Lasten der ländlichen Bereiche. Ausschüsse könnten nur schwerer im erforderlichen Maße besetzt werden. Auch der von Mitgliedern der KPV im Landkreis Augsburg eingebrachte Vorschlag, den Stimmzettel als Stimm-(Kandidaten-)heft zu gestalten wurde als nicht praktikabel erachtet. Dafür sollte vielmehr die Briefwahl vereinfacht

werden oder eine Übersendung der Stimmzettel erfolgen.

Briefwahl vereinfachen

Wähler sollten auch nicht mehr „einzelne Gründe“ für ihre Briefwahl angeben müssen. Die meisten Gründe sind ohnehin nicht nachprüfbar. Inzwischen wählt jeder vierte Wähler in Bayern per Brief. Nachteil einer „Freigabe“ der Briefwahl ist aber für Günzburgs Stadtrat Dr. Thomas Ermer das Manipulationsrisiko („wer hat den Stimmzettel wirklich ausgefüllt?“). Alternativ könnten die Stimmzettel künftig (wie in Baden-Württemberg) vor der Wahl an alle Bürger versandt werden, die diese zu Hause ausfüllen und am Wahltag persönlich in die Urne einwerfen können. Briefwahl für echte Fälle der Verhinderung bliebe daneben möglich. hj

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Im November ist wirklich die Hochsaison für schwarze Anzüge. Der Mensch hat seine Erinnerungskultur halt doch im Einklang mit der Natur organisiert.“ Mein Chef, der Bürgermeister, ging seinen Terminkalender für November vom Gräberrundgang an Allerheiligen, Messe an Allerseelen, Gedenksitzung des Stadtrats zur Reichspogromnacht, Volkstrauertag bis hin zum Buß- und Bettag und dem Totensonntag durch. Der Gedenkmonat schlechthin.

Zwischen dem Freuden- und Dultmonat Oktober mit Kirchweih, Erntedank und Halloween-Party (na klar, für uns Jüngere, nicht für den Chef) und dem Dezember mit Advent, Nikolaus- und Weihnachtsfeiern liegt der November grau und trist mit seinen bleischweren Erinnerungstagen, die uns vor Augen führen, dass wir alle eines Tages das Schicksal der nun



er wird verdrängt, ausgeblendet, versteckt, als ob er nicht zum Leben gehöre, sondern ein unerhörter - wenngleich unvermeidlicher - Einbruch in scheinbar für die Ewigkeit gemachte Existenzen wäre. Mit dem medizinischen und wissenschaftlichen Fortschritt, der für uns alle ein echter Segen ist, gelang es nicht nur, dem Tod viele für den Einzelnen schöne und gewinnbringende Jahre Lebenszeit abzurufen. Das Sterben, wenn es denn unvermeidlich ist, geschieht heute weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit - in Krankenhäusern, Altenheimen, Hospizen.

Die mittelalterlichen Totentänze hatten für die Zeitgenossen die Botschaft bereit: Mitten im Leben sind wir vom Tod umgeben. Früher wurden schon die Kinder mit den Tod konfrontiert, wenn die Großeltern oder ein leidender Verwandter zu Hause starben. Heute erhalten die Angehörigen eine Ablebensnachricht von irgendeiner Verwaltung und man sieht nur noch den verschlossenen Sarg. Vielleicht resultiert die Angst vor dem Tod in der heutigen Zeit auch daraus, dass wenige die Chance nutzen, in das friedliche Antlitz eines alten Menschen zu sehen, der in Frieden eingeschlafen ist.

Klar, der Tod ist nicht immer friedlich, sondern nicht selten auch schrecklich. Aber er ist ein so unumstößlicher Fakt, dass wir gut daran tun, uns mit ihm abzufinden, statt in ständiger Angst in der Verdrängung Zuflucht zu nehmen.

Mein Chef, der Bürgermeister, steht mit beiden Beinen mitten im Leben und doch ist er sich der Endlichkeit alles Irdischen bewusst. Ein Aspekt seines Glaubens, den er immer wieder hervorhebt. Vielleicht kann er deshalb auch in manchen Situationen leichter mit einer Provokation, einer Niederlage oder sogar mit Ungerechtigkeit umgehen - das letzte Wort spricht er nicht der Mensch. Sicherlich gefällt ihm der Satz des römischen Kaisers Marc Aurel auf dem heutigen Kalenderblatt: „Nicht den Tod soll man fürchten, sondern dass man nie beginnen wird zu leben“.

Das letzte Wort spricht nicht der Mensch

braun werdenden Blätter teilen, nämlich sterben und vergehen werden.

Wahrscheinlich haben die immer längeren Nächte, die schleichend-feuchte Kälte und die auch tagsüber hartnäckig in den Tälern hängenden Nebelschwaden unsere Vorfahren so deprimiert, dass ihnen der Tod in diesem Monat näher schien, als im übrigen Jahreslauf. Daraus resultieren sicherlich auch die christlichen Feste. Der Volkstrauertag, der ja ursprünglich zu Ehren der im Ersten Weltkrieg Gefallenen bestimmt war, orientierte sich zwar am Kriegsende im November 1918, passt aber „wie die Faust aufs Auge“ in den novemberlichen Gedenkreigen - Friedhof, Kränze, Besinnung.

Oftmals habe ich den Eindruck, als ob manche Leute ganz froh sind, diese besinnlichen Tage so zeitlich gedrängt begehen zu können. Ganz nach dem Motto: Ende November kommt der schwarze Anzug wieder in den Schrank und mit ihm schließen wir auch den Gedanken an den Tod, die Erinnerung an die Vergänglichkeit weg. In unserer Gesellschaft ist der Tod ein Tabu,

the Sabriul

Stiftung „Kinderlachen“ und Kommunen Hand in Hand:

Neue Wohlfühlhäuser für Kinder

Krippen Kindergärten und Schulkindgruppen Jüngstes Großprojekt der Michael-Wagner-Stiftung „Kinderlachen“

Schwabmünchen/Langenneufnach (wkl). Das Netz von Einrichtungen mit durchdachten und familienfreundlichen Konzepten zur Kinderbetreuung in Schwabmünchen ist ein Stück enger geknüpft. Mit einem Festakt wurde jüngst in der Wiesstraße das Wohlfühl-Kinderhaus offiziell seiner Bestimmung übergeben. Als „Zweigstelle“ des Kinderlachen-Wohlfühlzentrums in Fischach konzipiert, werden hier seit Anfang September 41 Buben und Mädchen in drei Gruppen betreut. Die Trägerschaft hat der Verein „Wohlfühlhaus Westliche Wälder“ übernommen.

Ermöglicht wurde der Bau des Kinderhauses ein weiteres Mal durch das großzügige finanzielle Engagement der Eheleute Christine und Michael Wagner und ihrer Stiftung „Kinderlachen“. Gleichzeitig kamen zwei glückliche Fügungen dazu. Zum einen befand sich ein passendes Grundstück im Besitz der Familie Wagner. Zum anderen wollte es der Zufall, dass der 1975 im „Baukasten-System“ errichtete gut erhaltene Kindergarten von Langenneufnach wegen des inzwischen an gleicher Stelle einer anderweitigen Nutzung zur Verfügung stand. Er musste lediglich in der Staudengemeinde abgebaut und in Schwabmünchen wieder aufgebaut werden.

Im April rollten die Tieflader an - und schon ein knappes halbes Jahr später erfolgte im Beisein zahlreicher Ehrengäste die feierliche Einweihung des Kinderhauses. Ganz ohne zusätzliche Investitionen ging es allerdings nicht: so wurden unter der Regie von Bau- und Projektleiter Josef Zink ein Pavillon angebaut, die Innenwandstellung den Erfordernissen angepasst, die Wärmedämmung optimiert, die Innenräume verkleidet, neue Fenster, sowie eine neue Küche, eine neue Heizung und ein neuer Sanitärbereich eingebaut. Die Hauptpersonen beim Eröffnungsfest waren jedoch die Kinder, die in dem schmucken, lichtdurchfluteten Gebäude nach dem bewährten „Wohlfühlhaus“-Konzept betreut werden. Als einen wertvollen Beitrag für das Angebot an Kinderbetreuungsstätten in seiner Stadt bezeichnete Schwabmüchens Bürgermeister Lorenz Müller das Kinderhaus. In Zeiten enger finanzieller Spielräume sei die Stadt für derartig großzügige private Initiativen sehr dankbar. Der Rathauschef würdigte besonders die Flexibilität aller Beteiligten, die es ermöglicht habe, dass ein gebrauchter Kindergarten an anderer Stelle eine neue und willkommene Verwendung finden konnte.

Hebauf im Doppelpack

In Langenneufnach wurde inzwischen Hebauf im Doppelpack gefeiert. Das Richtfest für das neue Kinderhaus und für die Sanierung der Turn- und Pausenhalle wurde kürzlich gemeinsam begangen. Im Herbst 2009 ziehen die Kinder ein.

Neben zahlreichen Ehrengästen und Vertretern von Planungs-

büros, Fachbehörden und Handwerksfirmen waren zum „Hebauf im Doppelpack“ auch viele Kindergärten und Schulkinder gekommen, die mit ihren lustigen Gesangs- und Musikbeiträgen für einen heiteren Rahmen sorgten. Auf großes Interesse stieß das Richtfest aber auch bei der Bevölkerung: viele Langenneufnacher wollten bei dem denkwürdigen Ereignis mit dabei sein. Bürgermeister Josef Böck betonte, dass sich die Staudengemeinde mit den beiden Bauprojekten fit für die Zukunft mache und für die jüngsten Mitbürger kräftig investiere: „Die Schulstraße verändert zum Wohle unserer jüngsten Mitbürger ihr Gesicht!“

Knapp vier Monate nach dem ersten Spatenstich nimmt das neue Kinderhaus „St. Martin“ bereits konkrete Formen an. Es wird auf dem Gelände des vormaligen Kindergartens - der jetzt in Schwabmünchen für die Stiftung Kinderlachen gute Dienste leistet - errichtet. Erstellt wird das neue Gebäude unter der Trägerschaft der Katholischen Kirchenstiftung St. Martin. Neben zwei Kindergartengruppen sind dort künftig auch ein Kinderhort und eine Kinderkrippe untergebracht. Wegen dieser vielfältigen Nutzung, so Bürgermeister Josef Böck, sei die bisherige Bezeichnung Kindergartens nicht mehr ganz korrekt. Vielmehr müsse jetzt von einem richtigen Kinderhaus gesprochen werden, in dem künftig Kleinkinder ebenso betreut werden können wie Schulkinder. □

Besondere Würdigung eines Lebenswerks:

Goldener Ehrenring für Hanns Dorfner

Hohe Ehrung für Passaus Altlandrat Hanns Dorfner: Im Rahmen eines Empfangs auf Schloss Neuburg wurde der passionierte Kommunalpolitiker mit dem Goldenen Ehrenring des Landkreises ausgezeichnet. Wie der amtierende Landrat Franz Meyer in seiner Laudatio betonte, werde der Goldene Ehrenring des Landkreises nur ganz selten verliehen. Die Zahl der lebenden Preisträger sei auf 15 beschränkt.

„Hanns Dorfner ist der geborene Kommunalpolitiker“, stellte Landrat Meyer fest. Bereits im Jahr 1972 gehörte dieser als 30-Jähriger zu Bayerns jüngsten Bürgermeister. Vom 1. Mai 1990 bis 30. April 2008 stand Dorfner an der Spitze des größten niederbayerischen Landkreises. Schon bald sei es ihm gelungen, wesentliche Akzente in der Kreispolitik zu setzen. Beispielhaft nannte Meyer die frühzeitige Neustrukturierung der Kreiskrankenhäuser durch Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH, die Errichtung einer Kreismusikschule mit rund 3.000 Schülerinnen und Schülern sowie den Aufbau und Ausbau eines leistungsfähigen und vorbildhaften ÖPNV-Netzes.

Kulturarbeit

Der Kulturarbeit habe Dorfner stets einen besonders hohen Stellenwert beigemessen, was sich in der frühzeitigen Gründung eines eigenen Kulturamtes sowie in der Initiierung eines weitum anerkannten Kulturpreises ausdrückt,

betonte Meyer: „Dass man vom Landkreis Passau mittlerweile auch überregional mit großem Respekt vom ‚Kultur-Landkreis Passau‘ spricht, ist ausschließlich Deiner überzeugenden und engagierten Kulturarbeit zuzurechnen.“

Unter seiner Landrats-Tätigkeit sei ein Höchstmaß an Bildungsinvestitionen getätigt worden. Beispiele hierfür seien der Neubau des Pockinger Gymnasiums mit dem bayernweit einmaligen und preiswürdigen Sonderfinanzierungsmodell, die flächendeckend eingeführte R6 oder aber der immense Investitionsaufwand im Bereich der beruflichen Schulen.

Wirtschaft und Tourismus

Wirtschaft und Tourismus seien in Dorfners kreispolitischer Agenda immer ganz oben gestanden, „wobei Du insbesondere die neuen Chancen der Öffnung nach Osten rechtzeitig in kommunalpolitisches Handeln umgesetzt hast“, erinnerte Franz Meyer. So sei sein Vorgänger der Initiator eines Teilraumgutachtens gewesen,

in das neben der Stadt Passau und dem Landkreis auch der angrenzende oberösterreichische Bereich eingebunden ist.

Gleiches ist für das wirtschaftspolitische Standbein des Tourismus festzustellen: So hat der Altlandrat das europaweit einmalige Pilotprojekt einer multifunktionalen „Passau-Card“ mit größtmöglichem persönlichem Engagement nachhaltig gefördert und vorangetrieben. Als Antreiber des Projekts „Granitzentrum Bayerischer Wald in Hauzenberg“ gelang ihm zudem ein besonderer, auch überregional bedeutsamer kommunalpolitischer Wurf. Ein beachtenswertes Vorzeige-Projekt, das „Haus am Strom“ in Jochenstein, trägt ebenso Hanns Dorfners Handschrift.

Aushängeschilder

Als besonders erwähnenswert empfand Meyer auch Dorfners Arbeiten und Wirken im Bereich der Kreismusikschule sowie dessen Präsidentschaft beim Verband Bayerischer Sing- und Musikschulen e.V. Sichtbares Aushängeschild sei hierbei das so erfolgreiche und mit höchsten Preisen dekorierte „Symphonische Blasorchester“, das der Ex-Landrat mit initiiert habe. Für seine auch überregional herausragende Kulturarbeit wurde Dorfner im Jahr 1998 die Medaille „PRO MERITO“ verliehen sowie im Jahr 2002 die angesehene „Carl-Orff-Medaille“.

„Auch Natur- und Umweltschutz waren in Deiner Ära nie politisches Feigenblatt, sondern stets von urpersönlicher Überzeugungskraft getragen“, führte Landkreischef Meyer weiter aus.

Die Agenda 21-Arbeit habe Dorfner aus dem von ihm initiierten Leitbild entwickelt; er habe einen jährlichen Naturschutztag installiert, einen Umweltpreis eingeführt und die europaweit beachtlichen und geförderten Projekte wie „Saubere Ilz“ und Life-Projekt „Unterer Inn“ forciert.

Sozial- und Jugendhilfe

In dem gesellschaftspolitisch so bedeutsamen Feld der Sozial- und Jugendhilfe sah der Geehrte nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern setzte mit zahlreichen eigenen Initiativen beachtliche Akzente. In einer Zeit, in der die Ausgabenflut, vor allem bei der Heimunterbringung, ein beängstigendes Ausmaß angenommen hatte, favorisierte Dorfner mutig antizyklisches Handeln und investierte im Landkreishaushalt durch verstärkten Personaleinsatz in die Prävention. Mit zu den Eckpfeilern der Sozialpolitik des Landkreises und damit untrennbar mit dem Namen Hanns Dorfner verbunden ist die Erstellung von Sozialplänen und Sozialraum-Analysen, die für eine effektive Sozial- und Jugendhilfearbeit mittlerweile unverzichtbar geworden sind.

Straßeninfrastruktur

Auch die Bedeutung des Ausbaus der Straßeninfrastruktur hat der verdiente Kommunalpolitiker mit großem Einsatz nachhaltig vorangetrieben. Exemplarisch nannte Meyer Dorfners hohen persönlichen und von großer Überzeugung getragenen Einsatz für eine Umfahrung der Stadt Passau, für die Anbindung des nordöstlichen Landkreisgebietes an die Autobahn A 3 und vor allem seinen nicht nachlassenden unermüden Kampf für die Weiterführung der A94 und deren zukunftsfähigen Ausbau.

Neben all diesen großen Wirkungsfeldern hat der Altlandrat seinem Haus von Anfang an eine



Altlandrat Hanns Dorfner (l.) mit Ehefrau Gerlinde und seinem Nachfolger Franz Meyer. Bild: Robert Geisler

besondere Anerkennung beigemessen, „die wohl in der Erkenntnis wurzelt, dass Kommunalpolitik nicht nur der politischen Entscheidungskraft, sondern auch der kompetenten Umsetzung durch eine loyale und motivierte Verwaltung bedarf“, lobte Meyer.

Verwaltungsmodernisierung

Kernpunkt und persönliches Anliegen sei für Dorfner die bürgernahe Dienstleistungsfunktion des Amtes gewesen. Nicht überraschend sei es daher, „dass das Landratsamt Passau in all den Prozessen der Verwaltungsmodernisierung bayernweit immer bei den ersten war, wenn es darum ging, neue Wege zu beschreiben oder innovative Entwicklungen anzustoßen und umzusetzen“. So habe die aktive Mitarbeit im Bayerischen Innovationsring dem Amt eine Vorreiterrolle im Bereich der Betriebswirtschaft eingebracht und bei der Einführung der kaufmännischen Buchführung an die Spitze der bayerischen Landkreise geführt.

Kommunalpolitisches Schwergewicht

Auch Dorfners langjährige Mitarbeit in kommunalen Zweckverbänden und insbesondere sein

kommunalpolitisches Gewicht beim Bayerischen Landkreistag, wo er Mitglied des Präsidiums und zwölf Jahre lang Bezirksvorsitzender war, hätten dem Landkreis Passau gut getan. Als langjähriger Vorsitzender des Zweckverbands Abfallwirtschaft Donau-Wald habe der Altlandrat durch sein überaus engagiertes Wirken ein bundesweit zukunftsweisendes und modernes Abfallwirtschaftssystem aufbauen können.

Wesentliche Marksteine

Meyer abschließend: „All Dein Schaffen, lieber Hanns Dorfner, war für unseren Landkreis Passau und für unsere gesamte Region gleichermaßen erfolgreich und in die Zukunft hinein gerichtet. Du hast die Geschichte dieses Landkreises um einige ganz wesentliche Marksteine erweitert und ihr damit weitere erfolgreiche Kapitel angefügt. Vieles was in diesem Landkreis in den vergangenen 18 Jahren geschehen und entstanden ist, Sichtbares und Unsichtbares, trägt Deinen Namen. Mit der höchsten Auszeichnung des Landkreises Passau, dem ‚Goldenen Ehrenring‘, soll Dir unsere Wertschätzung und Anerkennung, aber auch unser Dank für dieses vielfältige Engagement entgegengebracht werden.“ DK

Vorschau auf GZ 23

In unserer Ausgabe Nr. 23, die am 4. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Umwelttechnik • Abfalltechnik
- Wasserversorgung • Wasserentsorgung
- Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV
- Kommunalfahrzeuge

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN
KOCH
COBURG



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK

- Abfallbehälter
- Absperrpfosten
- Fahrradständer
- Sitzbänke u.a.

Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 07195/693300 · Fax 07195/693333
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN
KOCH
COBURG



FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen



Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahradabstellanlagen



Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen



Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (089) 749 949 74

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 • D-97285 Röttingen
Tel. (09338) 89-0 • Fax (09338) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de • www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ[®]
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69050 · Fax 07195/690577 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de

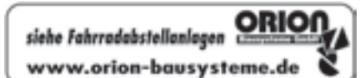
Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Gmeiner GmbH
Daimlerstraße 18
92533 Wernberg-Köblitz
Tel.: 09604/93267-0, Fax: -49
E-Mail: info@gmeiner-online.de
www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wasserzähler



HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung



ihr partner für LICHT

postfach 1141
90519 oberasbach

Vertrags-
handel für **Telitto Star**